

4725-9869

**Bericht über die
Verhandlungen der
Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren
Sitzung am ...**

4725 986

Jg. 1920/1921 Nr 1-3

UB Braunschweig

84



4725-986-9

1920/1921.

Mr. 1.



10012328

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. April 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Wahl der Vorsitzenden und seiner Stellvertreter	1
2. Wahl eines Schriftführers und seines Stellvertreters	3
3. Übernahme einer Bürgschaft für die Kraftverkehrs-gesellschaft.	4
4. Ankauf von Baraden vom Flugfelde	5
5. Bewilligung von Beihilfen an Minderbemittelte zum Ankaufe von Milch	6
6. Erhöhung der Vergütungssätze für die Lehrkräfte an der städtischen Fortbil- dungs- und an der Gewerbeschule	8
7. Antrag Lehner auf Instandsetzung des westlichen Fußweges der Helmstedter Straße zwischen Altwiekering und Wörthstraße	10
8. Ankauf einer Aktie der Strasseneisenbahngesellschaft	12
9. Antrag Wahrendorf auf Einrichtung einer neuen Sexta in den hiesigen Oberrealschulen	12
10. Regelung der Hinterbliebenenbezüge der Ratsmitglieder	14
11. Erhöhung der Zuschüsse für den Verein für Gesundheitspflege	15
12. Beteiligung der Stadt an einer zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaft.	18
13. Nachbewilligung von Kosten für Instandsetzung der Straße an der Martini- kirche	31
14. Umwandlung des Lohnes der Feuermannsanwärter in Vergütung nebst Feuerungszulage	31

	Seite
15. Anfrage Lehnert über die geringe Milchlieferung an Kinder in der Woche vor Ostern	33
16. Antrag Benzen auf Besichtigung der Hilbesheimer Bauausstellung durch zwei Delegierte	35

Am Platztische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Vogler, Stadtrat Schaper, Rechtsanwalt Philipps, ferner die Stadträte Fiermann, Langemann, Ehendorf.

Es fehlen die Stadtverordneten Jahn, Dr. Jasper und Steinbrecher.

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.

Altersvorsitzender **Meyerhoff**: Meine Damen und Herren! Als Ältester der Anwesenden — ich bin im Jahre 1842 geboren; sollte jemand unter Ihnen sein, der früher geboren ist, so würde ich diesen Platz an ihn abtreten müssen — eröffne ich die Sitzung. Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter. Ich bitte, dahingehende Vorschläge zu machen.

Stadtv. **Schmidt**: Ich schlage Herrn Stadtverordneten Wilhelm Kieke als Vorsitzenden vor.

Anderer Vorschläge werden nicht gemacht, und gegen die Wahl durch Zuvor werden keine Einwendungen gemacht. Der Vorgesetzte wird darauf von der Versammlung durch Handaufheben gewählt, dem Anschein nach einstimmig.

Auf Anfrage des Altersvorsitzenden nimmt Herr Wilhelm Kieke die Wahl an und übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender **Wilhelm Kieke**: Wir hätten nunmehr die stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Wenngleich nach dem Statut nur ein Stellvertreter zu wählen wäre, so ist doch durch den Vorgang bei der letztmaligen Wahl festgelegt, daß aus jeder der an dem Vorsitz noch nicht beteiligten Fraktionen je ein Stellvertreter gewählt wird. Widerspruch erhebt sich dagegen nicht. Für den aus der Versammlung ausgeschiedenen Herrn Dr. Wolters müßte dann Ersatz genannt werden.

Aus der Versammlung wird von der demokratischen Fraktion Herr Stadtverordneter Munte als Stellvertreter des Vorsitzenden vorgeschlagen, von der sozialdemokratischen Fraktion Herr Heinrich Kieke und von der Fraktion des Landeswahlverbandes Herr Stadtverordneter Frede.

Gegen den vom Vorsitzenden gemachten Vorschlag der gemeinsamen Wahl durch Handaufheben erfolgt kein Widerspruch. Die drei genannten Herren werden dem Anschein nach einstimmig gewählt.

2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.

Der bisherige Schriftführer der Versammlung, Herr Magistratssekretär Müller, und sein Stellvertreter, Herr Magistratssekretär Kühne, werden durch Handaufheben wiedergewählt.

Vorsitzender: Es sind eine Anzahl Eingaben eingegangen.

Die Anstaltsleitung des Landesjäuglingsheims „Viktoria-Luise-Haus“ schreibt an die Stadtverordneten: „Unter Bezugnahme auf den der verehrlichen Versammlung überreichten Bericht des Landesjäuglingsheims „Viktoria-Luise-Haus“ erlaubt sich die Anstaltsleitung, die verehrlichen Mitglieder der Versammlung zu Sonntag, den 11. April 1920, vormittags 11 Uhr, zu einer Besichtigung der Anstalt ergebenst einzuladen.“ — Der erwähnte Bericht wird jedem der Herren zugestellt sein. Das „Viktoria-Luise-Haus“ befindet sich an der Ludwigstraße 15, Ecke des Mittelweges.

In einer Eingabe des Vereins Braunschweiger Presse heißt es: „Die neugeschaffene Organisation Braunschweiger Redakteure und Journalisten bittet die Stadtverordnetenversammlung, falls sie sich für die Einrichtung eines städtischen Presseamtes entschließen sollte, den Posten des Pressescheffs nur mit einem Journalisten zu besetzen. Nur ein solcher bietet mit seinen Kenntnissen des Zeitungsbetriebes die Gewähr eines wirklich nützlichen Zusammenarbeitens zwischen Stadtverwaltung und Presse.“ Es hat dieses Schreiben auf Punkt 10 der Tagesordnung, der aber wohl heute noch nicht zur Verhandlung kommen wird, Bezug.

Der Rat der Stadt gibt folgendes Schreiben des Ministeriums vom 29. März den Stadtverordneten zur Kenntniznahme: „Auf das Schreiben vom 22. März, das hier am 26. März einging, erwidern wir, daß die Straßensperrungen bereits aufgehoben und die Truppen fast gänzlich von der Straße zurückgezogen sind. Während der Streikbewegung ließen sich diese Sicherungsmaßnahmen nicht vermeiden. Die Polizei reichte nicht aus, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Nachdem inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen wurde, haben auch wir die Hoffnung, daß die Ruhe und Ordnung wieder zur Geltung kommt.“ — Es ist dies die Antwort auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 18. März. Er wird wohl etwas recht spät eingegangen sein; solche Sachen müssen jedenfalls immer erst die rechte Zeit ablagern.

Des weiteren ist eine Eingabe vom Braunschweiger Ausschuß für Leibesübungen eingegangen. Es ist eine längere Abhandlung, die die Einrichtung eines Stadtkamtes für Leibesübungen betrifft, und die auch an den Rat der Stadt gegangen ist, so daß wir dessen Stellungnahme abwarten können.

Vom Räte der Stadt ist die Mitteilung eingegangen, daß das Ministerium auf Grund des Gesetzes vom 24. September 1919 die Amtszeit des Herrn Stadtrat von Frankenberg bis zum 30. April d. J. verlängert hat.

Ferner ist eine Bitte der Frau Marie Ahrens, Bergfeldstraße 3, um Bewilligung eines Ruhelohnes eingegangen. Ich überweise das Schreiben dem Räte der Stadt zur Stellungnahme, da wir hier ohne weitere Unterlagen unmöglich dazu Stellung nehmen können.

Herr Lehnert richtet folgende Anfrage an den Rat der Stadt: „Kann der Rat der Stadt darüber Auskunft geben, warum in der Woche vor Ostern in verschiedenen Stadtteilen den Kindern vom 6. bis 11. Lebensjahre keine, respektive nur geringe Mengen von Milch verabfolgt sind?“

Schließlich ist Ihnen allen ein Jahresbericht des Verkehrsvereins zugegangen.

Wir fahren nunmehr in der Erledigung der weiteren Punkte der Tagesordnung fort.

3. Übernahme einer Bürgschaft für die Kraftverkehrsgesellschaft.

Stadtv. Munte: Meine Damen und meine Herren! Wie Ihnen bekannt sein wird, ist schon früher von den städtischen Behörden die Beteiligung der Stadt an der Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H., Braunschweig beschlossen worden. Diese Gesellschaft hat ein Stammkapital von 200 000 *M*, an dessen Aufbringung sich der Staat Braunschweig, verschiedene Kreise und Städte des Landes beteiligt haben: das Land mit 140 000 *M*, die Stadt Braunschweig mit 25 000 *M*, die kleineren Kreisverbände und die Stadt Holzminden mit je 5 000 *M*. Nun hat diese Kraftverkehrsgesellschaft, die dazu dienen soll, die Transportnot zu mildern, von der Kriegsverwaltungsstelle noch verwertbare Automobile zum Betrage von 500 000 *M* gekauft, und das Reichsschatzamt Berlin verlangt baldmöglichst Bezahlung, da es bekanntlich mit den Finanzen im Reiche sehr schlecht bestellt ist. In einer Aufsichtsratsitzung der Kraftverkehrsgesellschaft ist darauf beschlossen, die 500 000 *M* bei der hiesigen Staatsbank anzuleihen, und die Staatsbank hat sich auch bereit erklärt, dieses Darlehn auf 5 Jahre fest zum Zinsfuß von 4 $\frac{2}{3}$ herzugeben, aber unter Bürgschaftsübernahme durch die Gesellschafter, und zwar soll diese Bürgschaft im Verhältnis zu der Beteiligung an der Gesellschaft geleistet werden. Da der Anteil der Stadt

an dem Stammkapital nur den achten Teil des Gesamtbetrages ausmacht, so hat die Stadt demnach nur für den achten Teil der 500 000 *M.*, also für 62 500 *M.*, Bürgschaft zu übernehmen. Das Geld ist unverloren, wird verbend angelegt; die Gesellschaft soll nach Möglichkeit die Geschäftskosten durch ihre Leistungen aufbringen, es würden also selbstverständlich auch die Verzinsung und Amortisation der angeliehenen Summe mit in die Kosten der Transporte und Personenbeförderungen eingerechnet werden müssen. Der Rat der Stadt stellt an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen, sich mit der Bürgschaftsübernahme einverstanden zu erklären. Der Finanzausschuß hat die Sache behandelt und ist zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Finanzausschusses gemäß.

4. Ankauf von Baracken vom Flugfelde.

Stadtv. **Heinrich Niese**: Meine geehrten Damen und Herren! Der Rat der Stadt hat sich schon seit langer Zeit bemüht, der dauernden Wohnungsnot zu steuern, und so ist er auch bemüht gewesen, aus den Baracken auf dem Flugfelde Notwohnungen herzurichten. Die dort bestehende Aufstellung der Baracken hat sich als unzulänglich erwiesen. Ein Teil derselben — die Offizierwohnbaracke, die Offiziersspeiseanstalt und die Küchenbaracke —, die auf gemauertem Fundament stehen, können so stehenbleiben und versprechen eine längere Dauer, während die auf Pfählen aufgebauten Baracken höchstens fünf Jahre alt werden können. Die 4 Baracken, die auf der Korfesstraße auf gemauertem Fundament aufgestellt sind und deren Wände ausgemauert sind, versprechen eine Dauer von mindestens 30—35 Jahren. Die Wohnungen dort sind schön, und die Mieter sind damit zufrieden. Jede Familie hat dort auch einen besonderen Eingang zu ihrer Wohnung, und es sind die Verhältnisse so weit gediehen, daß bis jetzt 128 Familien draußen wohnen können. Es handelt sich heute noch um Ankauf der ersten und zweiten Barackenreihe, die noch auf dem Flugplatz stehen. Diese Baracken sollen ebenfalls von der Stadt angekauft und auf einen andern Platz gestellt werden. Die Verhandlungen über den Ankauf der Baracken mit der Abteilung III der Reichsvermögensverwaltung in Hannover haben über ein Jahr gedauert. Man konnte sich zuerst über den Preis nicht einigen, und es sollte von der Stadt eine hohe Miete für Benutzung der Baracken bezahlt werden. Darauf hat sich der Rat mit folgendem Schreiben an die Reichsvermögensverwaltung erneut gewandt: „Vorbehaltlich der sofort von uns einzuholenden Zustimmung der Stadtverordneten sind wir bereit, die erste und zweite Barackenreihe

der Fliegerstation zum Gesamtschätzungswerte von 204 000 *M* zu übernehmen mit der Maßgabe, daß vom Tage der stadtsseitigen Inanspruchnahme der Bauten unter Fortfall der Mietzahlung der eben genannte Wert mit 5 % verzinst wird. Nach unserm Dafürhalten kann aus Billigkeitsgründen kein höherer Wert als derjenige vom März 1919 von uns verlangt werden, da sich die von uns angeregten Verkaufsverhandlungen ohne unser Verschulden so lange verzögert haben.“ Wie ich schon sagte, ist es notwendig, auf diese Baracken zurückzukommen und brauchbare Wohnungen daraus herzurichten. Wir kommen auf diese Weise leichter dazu, Notwohnungen entstehen zu lassen, als wenn wir die Wohnungslosen 4 Treppen hoch unterbringen wollten, was doch meistens auch gegen den Willen der betreffenden Besitzer geschieht. Durch Ausbau dieser Baracken können wir mit einem Male viele Wohnungen schaffen und der Wohnungsnot nach meiner Überzeugung am ersten abhelfen. — Der Bauausschuß hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich die Genehmigung des Ankaufes zum Preise von 204 000 *M* anheim.

Was später mit diesen Baracken werden soll, und wo sie einmal aufgestellt werden sollen — auf dem Bauplatz am Petritore oder, was meiner Ansicht nach am besten ist, auf dem Arkeröder Felde, weil wir dort das nötige Baumaterial, Sand, Grand und Lehm, finden — das muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Vorläufig handelt es sich nur darum, daß der Rat ermächtigt wird, die Baracken anzukaufen.

Der Ankauf zu dem genannten Preise wird von der Versammlung beschlossen.

5. Bewilligung von Beihilfen an Minderbemittelte zum Ankaufe von Milch.

Stadtv. Blumeier: Der Rat bittet die geehrten Herrschaften um Bewilligung von 20 000 Mark als Beihilfe für Minderbemittelte zum Milchankauf. In der Begründung dieses Antrages heißt es unter anderem in der Vorlage: „Bei den gegenwärtigen hohen Milchpreisen liegt die Befürchtung nahe, daß Minderbemittelte die Milch für ihre versorgungsberechtigten Kinder und für Kranke nicht kaufen können, und Tatsachen haben gelehrt, daß aus Geldmangel die bezogene Milch wieder verkauft worden ist. Da die Milch aber für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr sowie für ältere, schwächliche Kinder und kranke Erwachsene ein notwendiges Nahrungsmittel ist, gilt es, dafür Sorge zu tragen, daß für diese Versorgungsberechtigten die ihnen zustehende Milch wirklich gekauft werden kann. Wir halten es für erforderlich, daß aus städtischen Mitteln für diesen Zweck Beihilfen für die wirtschaftlich Schwachen bereitgestellt werden.“

Die Kinder im ersten Lebensjahre erhalten täglich $\frac{3}{4}$ Liter Milch, und zwar lose Vollmilch im Preise von 87 Pfennig, und Flaschenmilch zu 96 Pfennig. Die Kinder im zweiten Lebensjahre und im Durchschnitt auch die Kranken erhalten täglich $\frac{1}{2}$ Liter Milch für 58 Pfennig beziehungsweise 64 Pfennig. Bei einem Milchbezuge von täglich $\frac{3}{4}$ Liter wird eine Beihilfe von 50 Pfennig, bei einem Bezuge von täglich $\frac{1}{2}$ Liter eine solche von 30 Pfennig in Vorschlag gebracht. Die Anträge auf Gewährung der Beihilfen sollen für die Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre bei den Säuglingsfürsorgeschwestern, in andern Fällen bei dem städtischen Wohlfahrtsamt gestellt werden, daß in jedem einzelnen Falle die Bedürftigkeit nachzuweisen hat. Die Zahlung der Beihilfen soll nicht in barem Gelde, sondern in Gutscheinen erfolgen, die den Milchhändlern in Zahlung gegeben werden. Diese rechnen in gewissen Fristen mit der Stadthauptkasse ab. Da sich im voraus nicht annähernd feststellen läßt, wie groß die Zahl derjenigen sein wird, denen eine Beihilfe zum Ankauf zugebilligt werden muß, so gibt der Rat der Stadt anheim, zunächst die Summe von 20 000 Mark zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Finanzausschuß war einstimmig für Annahme der Ratsvorlage und bittet Sie, ebenfalls dieser Maßnahme zuzustimmen.

Stadtv. Marth: Meine Damen und Herren! Die Vorlage ist zu begrüßen, denn es ist tatsächlich festgestellt worden, daß wohlhabende Leute den Minderbemittelten die Milch abgekauft haben und so den Kindern die Milch entzogen ist. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß nicht bloß dieses Hilfsmittel, durch das erleichtert wird, daß die Milch gekauft werden kann, von uns angewandt werden sollte, sondern daß es auch nötig ist, daß eine scharfe Kontrolle der Milchhändler stattfindet, denn die Versorgung der Kranken und Kinder mit Milch ist sehr schwach. Es herrscht darüber eine kolossale Erbitterung und die Bevölkerung glaubt, daß nicht genügend Kontrolle über den Milchverkauf geübt wird. Ich weise darauf hin, daß für Kinder über 6 Jahre zum Teil wochenlang keine Milch abgegeben wurde, trotzdem in der Stadt behauptet wird, daß diese Milch an Händler zur Ablieferung gekommen ist. Wo bleibt sie? Gerade bei den grünen Karten, bei denen die Milchhändler 2 bis 4 Marken auf einmal abschneiden, müßte die Kontrolle einsetzen. Die Karten werden vom Milchhändler wohl eingeliefert, aber die Milch kann ebensowohl auf die Karten abgegeben, wie auch hinten herum zu höherem Preise verkauft worden sein. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, eine schärfere Kontrolle beim Milchverkauf eintreten zu lassen.

Stadtrat Schaper: Die Milchabgabe wird selbstverständlich seitens der Stadt scharf kontrolliert; wir haben zu dem Zweck Überwachungsbeamte, die tagtäglich umhergehen und den Milchverkauf überwachen. In der letzten Zeit, namentlich in der zuletzt abgelassenen Woche, ist es allerdings vorgekommen, daß diejenigen Milch-

hefte, deren Abschnitte über $\frac{1}{4}$ Liter Milch lauten, nicht haben beliefert werden können. Das hat aber meines Wissens seinen Grund darin, daß zu wenig Milch vom Lande angeliefert worden ist. Woran das liegt, kann ich nicht nachweisen, aber ich glaube auch, wie Herr Schmidt eben zuzustimmt, daß deshalb wenig Milch angeliefert ist, weil auf dem Lande Kuchen gebacken und dadurch die Milch der Ablieferung entzogen worden ist. Daß Milch in der Stadt anderweitig verkauft worden ist, kann ich mir nicht denken. Im übrigen findet eine Kontrolle der Verkäufer statt: Die Milchmarken werden auf dem Rathause eingeliefert und nachgezählt. Ich glaube auch, daß jetzt wieder die $\frac{1}{4}$ -Liter-Hefte beliefert werden können. Es handelt sich bei diesem Vorkommnis um eine Erscheinung, die nicht in diesem Jahre zum ersten Male beim Osterfest eingetreten ist, sondern sich leider alle Jahre zu den Festzeiten wiederholt.

Vorsigender: Ich möchte bitten, die Frage der Milchabgabe bei diesem Punkte der Tagesordnung nicht in den Vordergrund zu stellen, denn bei der diese Sache betreffenden Anfrage des Herrn Lehnert werden alle Herrschaften ausgiebig zu Worte kommen können. Es handelt sich hier lediglich um Bewilligung von Geldmitteln, und es ist wohl nicht angebracht, bei Beratung dieser Angelegenheit gleich die andere Frage mit zu erörtern.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte darauf hinweisen, daß das Wohlfahrtsamt durch seine mannigfachen Beziehungen am besten in der Lage ist, den vielfachen Wünschen der Bevölkerung in bezug auf Milchlieferung an die Minderbemittelten gerecht zu werden. Wir werden besonders für die Säuglingsfürsorgestellten eine sachgemäße Verteilung zu schaffen suchen und werden daneben mit anderen Beteiligten, insbesondere mit dem ärztlichen Vertrauensauschusse Fühlung unterhalten. Nachdem das Wohlfahrtsamt die Übergangszeit überstanden und verschiedene Verteilungen zur Zufriedenheit der Bevölkerung schon durchgeführt hat, haben wir zu ihm das Vertrauen, daß es auch diese ihm von den städtischen Behörden zugeteilte Aufgabe aufs beste erledigen wird.

Stadtv. Lehnert verzichtet auf das Wort.

Die 20 000 Mark zu dem angegebenen Zwecke werden bewilligt.

6. Erhöhung der Vergütungssätze für die Lehrkräfte an der städtischen Fortbildungs- und an der Gewerbeschule.

Stadtv. Schmidt: In Verfolg einer Eingabe der Lehrkräfte der städtischen Fortbildungs- und der Gewerbeschule um Aufbesserung ihrer Vergütung unterbreitet

der Rat der Stadt den geehrten Damen und Herren eine Vorlage mit folgender Begründung:

„Seit Ostern 1919 beziehen die männlichen Lehrkräfte an der städtischen Fortbildungs- und an der Gewerbeschule in den ersten drei Dienstjahren eine Vergütung von 140 *M*, in den folgenden drei Dienstjahren von 170 *M* und von da an 200 *M* für die Jahresstunde. Das bringt für die einzelne Stunde 3,50, 3,75 und 4,50 *M*. Der Verein der Fach- und Fortbildungsschullehrer und -Lehrerinnen hat nun an die zuständigen Schulvorstände das Ersuchen gerichtet, in Rücksicht auf die gesunkene Kaufkraft des Geldes die genannten Vergütungssätze auf allen drei Besoldungsstufen um 200 *M* für die Jahresstunde zu erhöhen. Den Schulvorständen erschien die beantragte Vergütung zu hoch, sie haben eine Besoldung von 180, 220 und 260 *M* und für die weiblichen Lehrkräfte eine solche um 20 *M* auf jeder Stufe niedriger befürwortet. Wir haben uns in Rücksicht auf die kürzlich festgesetzte Vergütung von 200 und 240 *M* für die Jahresstunde für die Hilfslehrer an den städtischen höheren Schulen auch mit dem Vorschlage der Schulvorstände nicht einverstanden erklären können und halten eine Vergütung von 180, 210 und 240 *M*, beziehungsweise 4,50, 5,25 und 6,00 *M* für die männlichen Lehrkräfte und für die weiblichen Lehrkräfte von 160, 190 und 220 *M*, beziehungsweise 4,00, 4,75 und 5,50 *M* für angemessen, und ersuchen die Stadtverordneten ergebenst, der Zahlung dieser Sätze mit Wirkung vom 1. März dieses Jahres an zuzustimmen.“

Der Schulausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und empfiehlt die Annahme der Ratsvorlage. Aber mit Rücksicht darauf, daß die Sätze, die der Rat der Stadt zur Annahme vorschlägt, nicht das zusichern, was man billigerweise wohl erwarten könnte, hält es der Schulausschuß für geboten, das Ersuchen an den Rat der Stadt zu richten, nach Möglichkeit die Sätze des Schulvorstandes bewilligen zu wollen. Die Mehrausgabe, die sich durch Annahme der Ratsvorlage ergibt, würde bei rund 1 *M* Erhöhung für die Einzelstunde pro Jahr 30 000 *M* betragen. Der Vorschlag des Schulvorstandes weicht nur auf der 2. und 3. Dienstaltersstufe von dem Ratsvorschlage ab, und wenn der Rat dem Vorschlage des Schulvorstandes folgen würde, so würde das nur eine Mehrausgabe von jährlich 13 000 *M* bedeuten. Angesichts des Umstandes, daß die jetzige Bezahlung an sich sehr minimal ist und die Erhöhung nach der Ratsvorlage keineswegs so namhaft ist, hält es der Schulausschuß für geboten, an den Rat das Ersuchen zu richten, den Vorschlägen des Schulvorstandes beizutreten. Der Schulausschuß richtet an die geehrte Versammlung die Bitte, dieser Ansicht beizustimmen zu wollen.

Die Anträge des Schulausschusses werden angenommen.

7. Antrag Lehnert auf Instandsetzung des westlichen Fußweges der Helmstedter Straße zwischen Altemwiefing und Wörthstraße.

Stadtv. **Meyerhoff**: Herr Stadtverordneter Lehnert hat unterm 18. März folgenden Antrag eingebracht: „Unterzeichneter ersucht hierdurch den Rat der Stadt, den westlich gelegenen Fußweg der Helmstedter Straße zwischen Altemwiefing und Wörthstraße sobald wie möglich ausbauen zu lassen.“ Der Antrag ist der Baukommission überwiesen; und ich habe im Namen der Baukommission über die Vorberatung des Antrages zu berichten. Der Weg war durch das Umhauen und Ausroden der Bäume beschädigt, und diese Arbeit fiel in die Zeit, in der Herr Lehnert seinen Antrag einbrachte. In der inzwischen verstrichenen Zeit hat das Tiefbauamt den Fußweg wieder ordnungsmäßig hergerichtet. Ich habe mich davon überzeugt, und die Baukommission empfiehlt nun, den weiteren Ausbau dieses Weges — es handelt sich nur darum, ihn mit Platten zu belegen — so lange aufzuschieben, bis das Material dazu wieder zugänglich ist und eine Einigung mit den Anliegern wegen der Kosten erzielt ist, also vorläufig den Antrag für erledigt anzusehen.

Stadtv. **Lehnert**: Ich habe mir heute morgen die Zeit genommen und bin recht früh hinausgegangen, um mir die Beschaffenheit des Weges anzusehen. Nach dem Bericht, den Herr Meyerhoff gestern abend erstattet hat, glaubte ich, daß der Weg mindestens einigermaßen anständig hergerichtet wäre. Nun sind dort aber vielleicht sechs Bäume ausgerodet, und die dabei entstandenen Löcher sind mit gelbem Sand zugeschüttet — man kann das an den vorhandenen Zeichen noch feststellen. Im übrigen aber ist alles auf diesem Fußwege so geblieben, wie ich es bei der Begründung meines Antrages gekennzeichnet habe. Wenn Herr Meyerhoff gestern im Ausschuß erklärte, daß die Beschaffenheit des Weges selbst bei Regenwetter gut wäre, so muß ich feststellen, daß, obgleich es gestern nicht geregnet hat, doch noch große Wasserpflügen vom letzten Regen vorhanden sind. Ich möchte ersuchen, daß der Rat der Stadt sobald als möglich Schritte einleitet, daß diesem Übelstande abgeholfen wird.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich kann nicht anders als sagen, daß ich die Beschaffenheit des Weges so, wie gestern von mir mitgeteilt, befunden habe. Ich habe in der Kommissionsitzung darauf aufmerksam gemacht, daß noch Hunderte von Wegen in viel schlechterem Zustande sind. Es ist uns von der Verwaltung des Tiefbauamtes gesagt, daß der Weg ausgebessert worden ist. Wenn sich Senkungen im Wege zeigen, so kann ich das nicht so hoch anrechnen, daß der Weg nicht gangbar wäre. Der Plattenbelag fehlt an ihm natürlich, aber sonst ist er gangbar.

Stadtv. Genzen: Ich kann den Ausführungen meines Freundes Lehnert nur zustimmen. Wenn Herr Meyerhoff sagt, der Weg sei gangbar, so ist er dort wahrscheinlich am hellen Tage gegangen. Wenn es aber dunkel ist, dann kann er sich vermuten sein, daß er auf diesem Wege stürzt. Mitten im Wege steht der Pfosten für den Hydranten handhoch über den Weg hinweg. Das ist auch die Stelle, wo, wie Herr Lehnert berichtete, eine schwangere Frau hingestürzt ist, so daß sie von Befreundeten in ein Haus gebracht werden mußte, bis sie sich von dem Falle erholte. Wenn es heute nicht möglich ist, Platten zur Befestigung des Weges zu beschaffen, so würde es vorläufig genügen, daß dort Schlacken oder Bodasche und Grand angefahren werden und vielleicht etwas Teer darüber angebracht wird. So, wie der Weg jetzt ist, muß man annehmen, daß dort Bürger zweiter Klasse wohnen. Nicht die Löcher, die durch das Ausroden der Bäume entstanden sind, haben den schlechten Zustand des Weges veranlaßt, sondern die ganze Beschaffenheit des Weges an sich ist schlecht. Ich kann dem nicht beistimmen, daß gesagt werden soll: Wir wollen die Sache so lange ruhen lassen, bis das nötige Material beschafft werden kann. Darüber können Jahre vergehen, es muß aber unbedingt jetzt etwas für den Weg geschehen.

Stadtbaurat Gebensleben: Man scheint darüber geteilter Ansicht zu sein, ob der Weg in Ordnung ist oder nicht. Leider habe ich selber mir den Weg nicht angesehen; aber ich werde in der nächsten Zeit Gelegenheit nehmen, ihn mir bei schönem und bei schlechtem Wetter anzusehen. Wenn ich dann zu derselben Überzeugung komme wie Herr Lehnert, dann werde ich das Tiefbauamt veranlassen, ihn abermals instand zu setzen. Damals, als ich von dem mangelnden Zustand erfuhr, habe ich sofort das Tiefbauamt beauftragt, eine Instandsetzung vorzunehmen. Sollte diesem Auftrage nicht entsprochen sein, so können Sie überzeugt sein, daß das demnächst geschehen wird. Allerdings ist es nicht möglich, den Weg mit Platten zu belegen — das habe ich gestern in der Baukommission schon dargelegt. Die Anlieger würden sich weigern, die Kosten dafür aufzubringen, denn sie würden zehnmal so hoch werden wie in der Friedenszeit, und Plattenbelag zu verlangen, ist ja auch nicht Ihre Ansicht.

Stadtv. Meyerhoff: Ich beantrage, die Beratung als nicht geschehen zu betrachten und den Weg zu besichtigen. Jetzt steht Meinung gegen Meinung, und die Sache wird sich klären.

Vorsitzender: Eine solche hochwichtige Angelegenheit ist es doch wohl nicht, daß hierüber noch lange Debatten gepflogen werden; mir wenigstens scheint es überflüssig zu sein.

Stadtv. Rönneburg: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Stadtv. Wahrendorf: Ich bitte um's Wort vor Schluß. (Vorsitzender: Sie könnten nur gegen den Schluß der Debatte sprechen.) Es wurde gesagt, daß die dortigen Anwohner wegen des Zustandes des Fußweges als Bürger zweiter Klasse angesehen werden. Ich gehe diesen Weg fast täglich und muß sagen, daß das nicht stimmt, was die beiden Herren vorgebracht haben.

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Lehnert wird sich mit der Auskunft des Herrn Stadtbaurats zufrieden geben. Einige Fuder Bockasche werden ja wohl auch bei den teuren Zeiten zu haben sein. (Ohne Widerspruch.)

8. Ankauf einer Aktie der Straßeneisenbahngesellschaft.

Stadtv. Reizner: Herr Direktor Herkt in Magdeburg ist noch von früher her Besitzer einer Aktie der Straßeneisenbahngesellschaft, die er nunmehr der Stadt zum Kauf angeboten hat. Zuerst hat er einen Übernahmekurs von 120 % gefordert, nachdem ihm aber mitgeteilt ist, daß die Aktien zum Kurse von 115 % von der Stadt übernommen sind, hat er sich ebenfalls einverstanden erklärt, seine Aktie zu 115 % abzugeben. Der Rat der Stadt ersucht um Zustimmung zum Ankaufe dieser Aktie zum Kurse von 115 %, und der Finanzausschuß empfiehlt, dem zuzustimmen.

Der Ankauf der Aktie wird beschlossen.

9. Antrag Wahrendorf auf Einrichtung einer neuen Sexta in den hiesigen Oberrealschulen.

Stadtv. Frede: Der Antrag des Herrn Wahrendorf lautet: „Die städtischen Behörden werden ersucht, in Anbetracht der großen Zahl eingehender Meldungen für die hiesigen beiden Oberrealschulen eine neue Sexta einzurichten, damit den gestellten Anforderungen Rechnung getragen werden kann.“ Wie die geehrten Herrschaften aus dem Wortlaut des Antrages hören, ist Herr Wahrendorf durch die außerordentlich zahlreichen Anmeldungen zu den beiden Oberrealschulen zu dem Antrage gekommen. Wenn man auch den Prozentsatz der Schüler abzog, der wegen Unreise von den Anmeldungen ausfiel, so mußte man doch die lebhafteste Befürchtung haben, daß eine große Menge reifer Schüler wegen Raum mangels abgewiesen werden mußte, und so schien der Antrag damals berechtigt. Nachdem nun die Prüfungen stattgefunden haben, hat sich das erfreuliche Ergebnis gezeigt, daß es möglich ist, zur Not alle Schüler aufzunehmen, die eine hinreichende Reife für die Aufnahme besaßen, bis auf drei Schüler, und diese können wohl noch anderweitig untergebracht werden. Damit entfällt für

dieses Jahr die Notwendigkeit der Einrichtung neuer Klassen. Wir hätten uns, wenn die Notwendigkeit hätte bejaht werden müssen, damit vertraut machen müssen, die Einrichtung einer neuen Sexta und ihre Durchführung im Laufe der Zeit unter Umständen bis Prima hin vorzunehmen. Da diese Sorge gegenstandslos geworden ist, so könnte ich mein Referat damit schließen, wenn nicht bei Behandlung der Frage im Schoße des Schulausschusses zwei Momente hervorgetreten wären, die eine besondere Hervorhebung verdienen.

Zunächst steht fest, daß außer in der Stadt Braunschweig im ganzen Lande Braunschweig keine Oberrealschule besteht und deshalb eine große Zahl von Anmeldungen aus dem Lande Braunschweig kommt. Zweifellos ist aber die Stadtgemeinde Braunschweig nicht verpflichtet, für die auswärts wohnenden Familien in dieser Hinsicht zu sorgen. Mit der Einrichtung und Unterhaltung einer Oberrealschule ist natürlich eine sehr namhafte Aufwendung von Kosten verbunden, zunächst für das Gebäude, die erste Einrichtung und weiter im Verfolg der Sache für die Besoldung der Lehrkräfte, Beschaffung der Lehrmittel usw. Deshalb hat der Schulausschuß der Meinung Ausdruck gegeben, daß hier der Staat einzugreifen die Pflicht hätte. Hoffentlich wird das Ministerium hiervon Notiz nehmen, andernfalls wird in späteren Jahren durch die zuständige Stelle darauf hingewiesen werden, daß eine Verpflichtung für den Staat ohne Zwang konstruiert werden kann.

Das zweite Moment, das ich hier auf Wunsch des Schulausschusses und auch als meinen Wunsch hervorheben muß, ist folgendes: Es hat sich gezeigt, daß unter den Anmeldungen für die Oberrealschulen sich auch Schüler befanden, die aus einer sogenannten Bildungsanstalt kommen, die unter der Leitung des Herrn Kühnel in Braunschweig steht, und weiter hat sich herausgestellt, daß dieser Herr Kühnel wenig vom Unterricht versteht — er ist gelernter Konditor. Das hat nicht nur das lebhafteste Befremden, sondern auch eine gewisse Entrüstung im Schulausschuß erregt über den Mut, den dieser Herr in der Aufmachung einer Unterrichtsanstalt entwickelt hat. Diese Anstalt soll von 40 bis 50 Schülern besucht werden. Man hat sich darüber gewundert, daß so etwas in der Stadt Braunschweig möglich ist, und der Herr Oberbürgermeister hat Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen, daß dieses Vorkommen nur möglich ist dadurch, daß in der Gesetzgebung etwas versehen ist. Vielleicht ergreift der Herr Oberbürgermeister noch einmal das Wort, um auf diesen Mangel hinzuweisen. Jedenfalls hat der Schulausschuß den bestehenden Mißstand aufs ernsteste gerügt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Rat bei der Volksschulkommission wie bei dem Ministerium für Volkserziehung dahin vorstellig werde, daß dieser Zustand schleunigst sein Ende erreicht. Wenn gesagt wurde, daß die Volksschulkommission insofern eingeschritten ist, daß sie Herrn Kühnel aufgegeben hat, künftig keine Aufnahmen zu vollziehen, so muß ich sagen, daß uns diese Auskunft

und dieses Vorgehen absolut nicht genügt hat. Es ist zwar gesagt worden, daß diese Duldung der schon dort befindlichen Schüler im Interesse der Eltern liegen sollte, aber Sie werden mir zustimmen, daß es umgekehrt im Interesse der Eltern liegt, daß die Schüler von einer Anstalt weggenommen werden, wo sie unmöglich so behandelt werden, wie es wünschenswert ist. Es ist zuzugeben, daß auch ordentliche Lehrer an dieser Anstalt mitunterrichten, aber der Umstand, daß ein Laie die Leitung dieser Anstalt hat, ferner der Umstand, daß dieser Herr selbst Unterricht erteilt, ist für den Schulausschuß Anlaß genug gewesen, den dringenden Wunsch auszusprechen, daß unverzüglich Wandel geschaffen wird. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß die geehrte Versammlung sich dieser Stellungnahme des Schulausschusses vollständig anschließen wird.

Die Versammlung schließt sich der Stellungnahme des Schulausschusses einstimmig an

10. Regelung der Hinterbliebenenbezüge der Ratsmitglieder.

Stadtv. Wahrendorf: Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet: „Nach § 4 des Gesetzes Nummer 30 vom 22. März 1876 sind die auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten zur Teilnahme an der staatlichen Witwen- und Waisenversorgungsanstalt berechtigt und verpflichtet, jedoch erlischt nach § 6 Absatz 1 die Verpflichtung und das Recht der Teilnahme mit der Auflösung des Dienstverbandes, sofern nicht etwa die Versetzung in den Ruhestand der Grund der Auflösung des Dienstverbandes ist.“

Den nicht auf Lebensdauer angestellten städtischen Beamten war zwar nach § 30 des genannten Gesetzes der Eintritt in die Anstalt gestattet, aber dieses Recht ist durch § 2 des Gesetzes Nummer 9 vom 20. Februar 1899 beseitigt. Hiernach sind diejenigen besoldeten Mitglieder des Rates der Stadt, die als solche Teilnehmer der gedachten Anstalt geworden waren, abgesehen von dem am 1. Oktober vorigen Jahres in den Ruhestand versetzten Stadtrat Wagner, am 1. Oktober aus der Beamten Witwen- und Waisenversorgungsanstalt ausgeschieden, denn ihre Amtszeit „endigte“ nach § 2 des Gesetzes Nummer 95 vom 2. August 1919 „am 30. September 1919“, und die Wiederwahl beziehungsweise die einstweilige Verlängerung des Mandates des Stadtrats von Frankenberg begründet nach § 2 des genannten Gesetzes Nummer 9 vom 20. Februar 1899 nicht das Recht zum Wiedereintritt in die Anstalt beziehungsweise das Recht zur Fortsetzung der Teilnahme.

Über diese Angelegenheit ist bereits am 25. September 1919 aus Anlaß der Wahl des Oberamtsrichters Meyer zum besoldeten Stadtrat mit den Stadtverordneten verhandelt, und dabei hat Stadtverordneter Dr. Jasper mitgeteilt, daß nach Ansicht des Rates der Volksbeauftragten das wohlervorbene Recht der bisherigen Mitglieder

der Anstalt, sobald sie neue Mitglieder des Rates in den Städten wurden, gesetzlich gesichert werden müsse. Wir haben darauf am 15. Oktober 1919 unter eingehender Darlegung der Verhältnisse an den Rat der Volksbeauftragten das Ersuchen gerichtet, den Erlaß eines Gesetzes zu erwirken, durch das den beteiligten Ratsmitgliedern der Wiedereintritt in die Anstalt ermöglicht wird. Bislang ist ein solches Gesetz nicht erlassen und ungeachtet der Vorschrift in Artikel 129 der Reichsverfassung, wonach Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zugunsten der Beamten gesetzlich geregelt werden sollen, steht zur Zeit den Beteiligten ein Anspruch nicht zu. Sie sind somit in dieser Beziehung tatsächlich ungünstiger gestellt als alle übrigen städtischen Beamten und Arbeiter, da die ersteren, soweit sie fest angestellt wurden, Mitglieder der Beamten-Witwen- und Waisenversorgungsanstalt sind und den Hinterbliebenen der übrigen Beteiligten Anwartschaft auf Witwen- und Waisengeld zusteht.

Es darf nun wohl angenommen werden, daß die oben erwähnte gesetzliche Regelung noch erfolgen wird, zumal zwei von den ausgeschlossenen Ratsmitgliedern seinerzeit noch Beiträge gezahlt haben. Aber bis dahin, daß diese gesetzliche Regelung erfolgt, dürfte eine Hinterbliebenenversorgung zu Gunsten derjenigen besoldeten Ratsmitglieder, die bis 1. Oktober vorigen Jahres Mitglieder der genannten Anstalt waren und durch das Gesetz Nummer 95 vom 2. August 1919 diese Mitgliedschaft verloren haben, sicherzustellen sein. Wir empfehlen zu beschließen: daß bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Angelegenheit die Stadt die Verpflichtung übernimmt, gegebenenfalls den Hinterbliebenen der vorgedachten Ratsmitglieder die Bezüge zu gewähren, die ihnen beim Fortbestehen der Mitgliedschaft die Beamten-Witwen und Waisenversorgungsanstalt zu gewähren gehabt haben würde.“

Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Frage eingehend befaßt. Die Rechtslage ist in dieser Sache nicht einfach, es sind dabei zivilrechtliche Fragen zu berücksichtigen. Wir haben uns schließlich auf den Standpunkt gestellt, dem Vorschlage des Rates zu folgen und der Versammlung zu empfehlen, dem Antrage des Rates zuzustimmen. Demnächst wird sich eine andere Regelung ergeben müssen, da tatsächlich in dem Gesetze über die Ratswahl diese Frage nicht gewürdigt ist. Bis die Zukunft uns lehrt, wie die Regelung stattfinden soll, erscheint es angemessen, die einstweilige Regelung so vorzunehmen, wie es der Rat vorgeschlagen hat. Ich bitte Sie namens des Rechtsausschusses, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

11. Erhöhung der Zuschüsse für den Verein für Gesundheitspflege.

Stadtv. **Schmerbach**: Der Verein für Gesundheitspflege hat unter dem 4. März ein Schreiben an den Rat der Stadt gerichtet, in dem er zunächst seinen Dank aus-

spricht für die ihm überwiesene außerordentliche Beihilfe von 3000 Mk. Er gibt dann seinen Voranschlag für das Jahr 1920 bekannt, demzufolge der Verein eine höhere Summe als Zuschuß bedarf, und zwar ein Mehr an Zuschüssen von 4000 Mk. für den Verein und 4000 Mk. für die Tuberkulosefürsorgestelle, also zusammen 8000 Mk. Es wird darauf hingewiesen, daß von der Landesversicherungsanstalt ein Mehrzuschuß von 1000 Mk. für die Fürsorgestelle unverbindlich zugesagt sei, so daß noch 7000 Mk. zu decken übrigblieben. Der Verein bedarf, die jetzigen Zuschüsse der Stadt und des Staates eingerechnet, für den Verein 4700 Mk. und für die Fürsorgestelle 8500 Mk. In der Annahme nun, daß eine gleichmäßige Verteilung der Kosten auf Stadt und Staat angemessen erscheint, bittet der Verein den Rat der Stadt, ihm in diesem Jahre die Hälfte der angeführten Beträge zu bewilligen. Das würden für den Verein 2400 Mk. anstatt der bisherigen 500 Mk. und für die Fürsorgestelle 4300 Mk. statt der bisherigen 3000 Mk. sein, und abgerundet eine Gesamtsumme von jährlich 7000 Mk. für die Stadt bedeuten. Eine gutachtliche Äußerung des Herrn Geh. Sanitätsrats von Holwede befürwortet dieses Gesuch warm. Der Herr weist darauf hin, daß bei der außerordentlich hohen Ziffer der Lungenkranken, die jetzt zu verzeichnen ist, diese Mittel sehr gut angewandt werden zur Beseitigung oder Vorbeugung dieser Krankheit, und daß es deshalb sehr angebracht sei, daß die Versammlung diesen erhöhten Zuschuß bewilligt. Weiter sagt Herr Dr. von Holwede, daß es der Stadt bedeutend mehr Kosten verursachen würde, wenn sie die Fürsorgestelle an ihre Verwaltung der Stadt angliedere. Er beruft sich ferner darauf, daß die Erhöhung der Kosten nicht etwa durch Werbetätigkeit usw. hervorgerufen würde, sondern daß die Preisverhältnisse, die diese Zeit mit sich gebracht habe, hauptsächlich die Schuld daran trügen, daß diese Mehrforderung gestellt werden müßte.

Der Rat der Stadt wendet sich in folgender Weise an die Stadtverordnetenversammlung:

„Der Verein für Gesundheitspflege erhält stadtseitig zu seinen laufenden Verwaltungskosten eine Jahresbeihilfe von 500 Mk., zu den Aufwendungen für seine Tuberkulosefürsorgestelle einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mk. Mit Rücksicht auf die gesteigerten Ausgaben ist daneben für das laufende Jahr eine außerordentliche Beihilfe von 3000 Mk. am 18. Dezember vorigen Jahres von den städtischen Behörden bewilligt.

Der Vorstand des Vereins hat am 4. d. M. unter Vorlegung einer rechnermäßigen Zusammenstellung über seine Einnahmen und Ausgaben im laufenden und im kommenden Jahre um eine Erhöhung der Stadtzuschüsse gebeten. Der gutachtlich

gehörte Stadtarzt Geh. Sanitätsrat von Holwede empfiehlt in Anerkennung der aufklärenden und belehrenden Tätigkeit des Vereins und in Würdigung der Bedeutung der Tuberkulosefürsorgestelle ein Eingehen auf den Antrag.

Der Verein hat durch Änderung seiner Satzungen und durch Ausbau seiner Einrichtungen sich bestrebt, unter Zuziehung von Personen aus Arbeiterkreisen und von Frauen, durch Veranstaltung gemeinnütziger volkstümlicher Vorträge und durch Ausgestaltung seines Monatsblattes sein Wirken weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Die erheblichen hiermit verbundenen Mehrforderungen rechtfertigen es, wenn vom 1. April dieses Jahres an der allgemeine Zuschuß zu seinen Verwaltungskosten von 500 Mk. auf 2400 Mk., der Zuschuß für die Tuberkulosefürsorgestelle von 3000 Mk. auf 4600 Mk. erhöht wird, wobei wir damit rechnen, daß sowohl der Staat wie die Landesversicherungsanstalt ihre Zuschüsse ebenfalls heraufsetzen werden.“

Der Rat der Stadt beantragt darnach: Zu Lasten der Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen im Rechnungsjahr 1920/21 dem Verein für Gesundheitspflege einen Zuschuß von 2400 Mk. für seine allgemeinen Kosten und von 4600 Mk. für die Tuberkulosefürsorgestelle zu bewilligen.

Der Finanzausschuß hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und hat angesichts des gemeinnützigen Wirkens des Vereins und seiner Tuberkulosefürsorgestelle beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den Antrag des Rates anzunehmen, wie es der Finanzausschuß auch getan hat.

Stadttrat **von Frankenberg**: Meine verehrten Herrschaften! Ich zweifle zwar nicht daran, daß Sie mit dem Verein für Gesundheitspflege und mit dem Rate der Stadt auf dem Standpunkt stehen: Es genügt nicht, daß man heute gesundheitliche Einrichtungen für die Bevölkerung trifft, sondern man muß auch Verständnis dafür in weitere Kreise hineintragen, den Beteiligten die Sache nahelegen, sie aufklären und dafür sorgen, daß die Fürsorgeeinrichtungen im einzelnen in weitem Umfange bekannt werden. Wenn der Verein sich das schon bisher hat angelegen sein lassen, so ist er jetzt zu der Überzeugung gelangt, daß er darin noch mehr tun müsse, daß er enger Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere mit den minder-bemittelten Kreisen, mit der Arbeiterschaft, mit den Frauen, die für die Gesundheitspflege im Hause und in der Krankenpflege eine besondere Rolle spielen, nehmen müsse. Er wird sich bemühen, durch die erwähnten volkstümlichen Vorträge, zu denen der Rat der Stadt den Saal des Altstadtrathauses zur Verfügung gestellt hat, und zu denen auch die verehrten Damen und Herren Einladungen erhalten werden, dafür sorgen, daß seine gemeinnützigen Bestrebungen möglichst bekannt werden. Ich möchte

Sie freundlichst bitten, den Verein hierin zu unterstützen, indem auch Sie zu zahlreichem Besuche dieser Vorträge, die in nächster Zeit beginnen werden, auffordern. Die Worte, die der Herr Berichterstatter wegen der Tuberkulosefürsorgestelle gesprochen hat, rechtfertigen es durchaus, daß Sie für unsern Antrag eintreten. Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlage des Finanzausschusses zuzustimmen.

Die beantragten Zuschüsse werden bewilligt.

12. Beteiligung der Stadt an einer zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Stadtv. **Loftmann**: Meine Damen und meine Herren! Es handelt sich bei dem jetzt zu behandelnden Punkte der Tagesordnung um den Beitritt der Stadt zu einer demnächst zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaft. Dieser Gesellschaft soll die Aufgabe zufallen, den Wohnungsbau zu fördern, insbesondere die gemeinnützige Bautätigkeit der Gemeinden, industriellen Unternehmungen und der Bau- und Siedlungsvereine zu unterstützen durch Baustoff- und Geldbeschaffung, Verbilligung der Bauherstellung, durch Typisierung und Normalisierung der Bauteile im Einvernehmen mit den übrigen Wohnungsfürsorgegesellschaften, durch Ausarbeitung von Bau- und Siedlungsplänen usw. Hauptsächlich würde die Gewährung von Zwischenkrediten, die Lieferung von Ziegelsteinen, Kalk, Zement, Bauholzern, Schiefer, Dachpappe, Hobelbänken, Türen, Fenstern, Beschlägen, Schlössern, Glas, Farben, Firnis, Lack, Tapeten usw. in Betracht kommen. Dabei soll es sich zunächst nur um An- und Verkauf der Waren und Belegung der Betriebe für Herstellung von Baumaterialien handeln, nicht aber um Herstellung von Baumaterialien und Baubestandteilen in eigenen Betrieben, wenn auch letzteres für die Zukunft nicht ausgeschlossen sein soll. Seitens des braunschweigischen Staatsministeriums ist dem Räte der Stadt in diesem Schreiben eine Aufforderung zugegangen, der Gesellschaft mit beizutreten. Es hat auch bereits eine Sitzung im Ministerialgebäude stattgefunden, zu der sämtliche Bürgermeister aus dem Lande Braunschweig hinzugezogen waren, ferner Vertreter der Siedlungsgesellschaft, der Bauvereine und sonstiger Gesellschaften, um ihr Urteil zu hören, welche Stellung sie dazu einnehmen würden, wenn diese Gesellschaft ins Leben gerufen würde. Es ist auch seitens des Staates ein engerer Ausschuß nach Rheinland-Westfalen geschickt, um die dortige Wohnungsfürsorgegesellschaft, die über ein Jahrzehnt besteht, zu studieren und dort Kenntnis zu nehmen, wie sie bisher gearbeitet hat. Nachdem die erwähnte Aussprache im Ministerium stattgefunden hat und fast alle ihre Zustimmung dazu gegeben hatten,

dieses Unternehmen zu unterstützen, hat auch der hiesige Rat der Stadt Stellung dazu genommen und beantragt heute, daß die Stadtverordnetenversammlung beschließen möge, dieser neu zu gründenden Gesellschaft mit einem Kapital von 20 000 *M* beizutreten.

Der Bauausschuß hat sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die Ansichten der Mitglieder des Bauausschusses gingen in dieser Frage auseinander, teils waren sie damit einverstanden, daß die Stadt dieser Gesellschaft beitritt, teils waren sie dagegen. Bei der Abstimmung ist dann als Resultat herausgekommen, daß den Stadtverordneten empfohlen werden möchte, dieser zu gründenden Gesellschaft beizutreten, und zwar mit einem Kapital von 20 000 *M*. Ich habe also namens des Bauausschusses den Beitritt der Stadt zu empfehlen.

Stadtv. **Rasche**: Meine geehrten Damen und meine Herren! Zu der Minderheit, die sich, wie der geehrte Herr Vorredner berichtete, im Bauausschuß gefunden hat, gehöre auch ich. Anfangs wußte ich gar nicht, um was es sich handelte, aus den Erklärungen, die der Herr Berichterstatter auch hier eben vorgetragen hat, geht hervor, daß es sich bei dieser neu zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaft nicht um eine produzierende Gesellschaft handelt, sondern um eine Baumaterialienhandlung, und davon haben wir wirklich genug. Es ist nicht abzusehen, wie durch Einschaltung einer neuen Handelsstelle die Baustoffe billiger werden sollten. Es kommt hinzu, daß für eine solche Gesellschaft wieder Büroräume, Lagerräume, Wohnräume nötig werden, an denen es sowieso fehlt. Daß ein Erfolg mit einer solchen neuen Gesellschaft zu erzielen ist, glaube ich nicht, und selbst die Herren, die für die Beteiligung an der Gesellschaft gestimmt haben, fassen die Sache zweifelhaft auf. Man soll auch nicht sagen, daß man ja einen Versuch damit machen könnte. Auch das halte ich für verwerflich. Es kann durch eine Gesellschaft, die mit Baumaterialien handelt, eine Verbilligung des Baumaterials nicht erzielt werden; ich bitte, die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft abzulehnen.

Stadtv. **Hönneburg**: Meine Damen und meine Herren! Ich möchte dem Vorredner darin beistimmen, daß man sich des Gefühls nicht erwehren kann: Je mehr Gesellschaften entstehen, die auf den verschiedensten Gebieten etwas verwalten wollen, je weniger ist an Stoffen vorhanden. Aber ich glaube, der Gründung dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft liegt ein bestimmter Vorgang zugrunde, der meines Wissens folgenden Verlauf genommen hat: Es ist beobachtet worden, daß im Laufe der Zeit in wachsendem Maße die Ziegeleien im braunschweigischen Lande stillgelegt

worden sind, und zwar zum guten Teil aus eigennützigen Rücksichten, so daß man diese Maßnahmen wirklich nur als das Gesamtwohl schädigend bezeichnen muß. Den letzten Anstoß hat ein Vorgang gegeben, der sich in Wolfenbüttel zugetragen hat. Dort befindet sich eine große Ziegelei, die ebenfalls in dieser Zeit stillgelegt werden sollte, aber nicht etwa, weil der Betrieb unrentabel war. Es ist vielmehr festgestellt, daß eine Rentabilität voll vorhanden war. Die Besitzer haben die Ziegelei verkauft, weil sie jetzt einen kolossalen Konjunkturgewinn daraus holten, der die Anschaffungskosten des Werkes bei weitem überstieg. Sie haben schon aus dem Verkauf von Teilen ihrer Betriebseinrichtungen, Treibriemen usw. einen sehr großen Gewinn herausholen können. Nun ist der Wohnungskommissar wohl in der Lage, eine Beschlagnahme zu verfügen, aber nicht dazu, das beschlagnahmte Material einer Verwendung zuzuführen oder sie sicherzustellen. Ein Einschreiten gegenüber solchen Parasiten ist wohl angebracht, die ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl, ohne Rücksicht darauf, daß die Wohnungsnot immer mehr wachsen muß und Hunderte von Familien keine Unterkunft haben, ihren Betrieb stilllegen, wenn sie nur einen großen Gewinn herausholen können. Bei solchen Vorkommnissen muß von der Gesamtheit, vom Staate und von den Kommunen eingeschritten werden, und diesem Zwecke soll die Wohnungsfürsorgegesellschaft dienen. Sie soll beschlagnahmtes Material der gemeinnützigen Verwertung zuführen, und es kann auch dem realen Bauunternehmer nur erwünscht sein, wenn ihm auf diese Weise der Bezug von Baumaterialien ermöglicht wird. — So ist, soweit ich erfahren habe, der Sachverhalt zu verstehen, der zur Gründung dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft geführt hat, und aus diesem Grunde glaube ich, dem Beitritt der Stadt zustimmen zu können.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Fürsorgegesellschaften der Art, wie eine hier gegründet werden soll, gibt es in Deutschland schon mehrere, insbesondere hat sich der Bezirkswohnungskommissar für die Wohnungsfürsorgegesellschaft in Westfalen interessiert und hat Veranlassung genommen, eine kleinere Kommission einzuladen, an einer Besichtigung der Einrichtungen dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft teilzunehmen. Auch ich habe dieser Kommission angehört und habe mich in Münster über diese Angelegenheit orientiert. Der Direktor der Gesellschaft hat uns dort einen längeren Vortrag gehalten und dargelegt, welche Vorteile mit der Gesellschaft verknüpft sind, hat uns Aufgaben und Ziele der Gesellschaft vorgetragen und dabei angeführt, daß diese Aufgaben dreierlei Art seien: Einmal die Baustoffbeschaffung (das ist augenblicklich die Hauptaufgabe), sodann die Normalisierung und Typisierung von Bauten und Bauteilen, und zwar aus der Erwägung, daß, wenn in einem Hause, in

Häusergruppen oder in vielen Häusern man z. B. die Türen und Fenster nach einem einfachen, einheitlichen Schema herstellt, die Kosten tatsächlich geringer seien, als wenn man in einem Hause nach einem und in dem andern Hause nach einem andern Muster baut. Als drittes Beispiel wurde schließlich die Finanzierung erwähnt, und dabei wurde betont, daß die Finanzierung augenblicklich ganz besondere Schwierigkeiten machen würde. Wir wissen, daß Bauten nicht bloß deshalb nicht ausgeführt werden, weil keine Baustoffe vorhanden sind, sondern auch aus dem Grunde, weil die Finanzierung so außerordentliche Schwierigkeiten macht. Ich habe z. B. in Münster zweigeschossige Gebäude gesehen, im Erdgeschoß mit Küche und zwei Zimmern, ebenso im Obergeschoß, von denen der Baumeister erklärte, daß ein solches Haus 100 000 *M* koste. Für jede Zweizimmerwohnung mit Küche würden also Baukosten im Betrage von 50 000 *M* herauskommen, obwohl es sich nicht um ein Ein-, sondern um ein Zweifamilienhaus handelt. Daß das nicht anspornend wirkt, viele Häuser zu bauen, können Sie sich denken. Da die Finanzierung so außerordentliche Schwierigkeiten bietet, so wird erwartet, daß von Reichs wegen — wie im vergangenen Jahre — Mittel und Wege gefunden werden, um durch Finanzierung die Bautätigkeit zu beleben.

Außer dem Gelde gehören aber auch Baustoffe zum Bauen, und deshalb hat es sich die Gesellschaft zur Hauptaufgabe gemacht, Baustoffe zu verhältnismäßig billigen Preisen zu beschaffen. Sie hat auch, wie Herr Könneburg schon im Beispiel erwähnte, zu verhüten gesucht, daß weitere Ziegeleien dem Abbruch anheimfallen. Man hat die Ziegeleien finanziell unterstützt, hat sich mit dem Reichskommissar für Kohlenverteilung in Verbindung gesetzt und ihn ersucht, diese zu schützenden Ziegeleien vorwiegend mit Kohlen zu beliefern, allerdings mit der Maßgabe, daß die Besitzer dieser Ziegeleien gehalten sind, ihre gesamte Produktion mit Ausnahme eines geringen Teiles, der dem freien Verkehr überlassen bleibt, an diese Wohnungsfürsorgegesellschaft abzutreten. Der Direktor der Gesellschaft in Westfalen hat uns erzählt, daß man auf diese Weise ein gutes Ergebnis erzielt hat. Auch bezüglich der Beschaffung von Zimmerholz und Tischler Sachen — Türen und Fenstern — hat man gute Erfolge erzielt, indem sich der preußische Staat veranlaßt gesehen habe, dieser Gesellschaft billiges Bauholz zur Verfügung zu stellen. So konnten die Gesellschaften den Zimmereien und Tischlereien Holz zu niedrigen Preisen verschaffen, und auf diese Weise hat man selbst billigere Sachen bekommen. Das setzt allerdings voraus, daß tatsächlich der Staat zu einem angemessenen Preise, nicht zu dem üblichen hohen Preise Holz zur Verfügung stellt, und damit würde verknüpft sein, daß der Staat auf eine gewisse Mehreinnahme bei den Holzauktionen verzichtet.

Die Erfolge, die in Münster erreicht worden sind, sind in die Augen springend — davon habe ich mich überzeugt —, und so hofft der Bezirkswohnungskommissar in Braunschweig, Herr Regierungsrat Dr. Christoph, daß eine solche Gesellschaft auch hier sich bewähren wird. Er hat sich bei der Regierung für die Gründung energisch ins Zeug gelegt, und diese hat veranlaßt, daß vor einiger Zeit eine Besprechung stattgefunden hat, an der ein großer Kreis von Herren teilgenommen hat, zunächst sämtliche Kreisdirektoren und Bürgermeister der braunschweigischen Städte, aber auch sonstige Interessenten; und es hat sich als Ergebnis der Besprechung herausgestellt, daß die Gesamtheit der Teilnehmer sich davon überzeugt hat, daß eine derartige Wohnungsfürsorgegesellschaft sich wohl auch in Braunschweig bewähren würde. Ich will dabei erwähnen, daß auch der Vorsitzende der Handwerkskammer, Herr Eide, sich sehr energisch dafür ausgesprochen hat, und daß durch diese Fürsorgegesellschaft nicht etwa die hiesige Arbeiterschaft und der Handwerkerstand in ihrer Arbeitsbetätigung lahmgelegt werden sollten, sondern daß diesen Kreisen gerade durch die Gesellschaft Arbeit zugeführt werden würde. Ich habe eine diesbezügliche Anfrage an Herrn Dr. Christoph gerichtet, weil ich befürchtete, es könnten möglicherweise Aufträge zu einem möglichst billigen Preise nach außerhalb vergeben werden. Es wurde mir zu meiner Beruhigung erwidert, der hiesige Handwerkerstand und die hiesige Arbeiterschaft solle in jeder Weise bevorzugt werden, und das halte ich auch für dringend notwendig.

Als ich in der Baukommission die eben vorgebrachten Ausführungen machte, haben verschiedene Herren ein gewisses Mißtrauen gezeigt. Sie sagten, es liege kein Beweis vor, daß sich eine Einrichtung, die in Münster sich bewährt hat, nun auch in Braunschweig sich bewähren werde. Das trifft zu, und ich habe mich deshalb auch in der Kommission nicht mit einer gewissen Hurra Stimmung ausgedrückt, sondern sehr vorsichtig. Alle diese Momente sind bei der Vorbesprechung also schon erwogen und haben insbesondere bei der Besprechung im Ministerium zu dem Endergebnis geführt, daß man doch mit der Gründung einer derartigen Wohnungsfürsorgegesellschaft einmal einen Versuch machen solle; die Erfahrung, die in anderen Städten und Ländern zutage getreten sei, müßte doch wohl auch hier zutage treten.

Schließlich will ich noch bemerken, daß Herr Dr. Christoph — wie Herr Könneburg ausführte — dargelegt hat, daß tatsächlich in unserem Lande eine Ziegelei auf Abbruch verkauft sei, und dabei hätte der Betreffende allein an dem Abbruchmaterial so viel gewonnen, wie er überhaupt für die Ziegelei bezahlt habe, das andere habe er alles gratis gehabt. Das sind doch grauenhafte Zustände. Später müßte man dann erst wieder darangehen, neue Ziegeleien zu bauen. Allerdings hat der Wohnungskommissar das Recht, derartige Ziegeleien mit Beschlagnahme zu belegen;

beispielsweise wurde mir heute mitgeteilt, daß das Material einer Ziegelei zugunsten der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft beschlagnahmt sei. Aber nichtsdestoweniger würde es doch von außerordentlichem Vorteil sein, wenn auf diese Weise der Abbruch von solchen Unternehmungen verhütet würde und die Ziegelfabrikation in ihrem ganzen früheren Umfange wieder ins Leben gerufen werden könnte. Aus diesen Gründen hält der Rat der Stadt die Beteiligung an einer Wohnungsfürsorgegesellschaft, wenn auch nicht in gewaltigem Umfange, sondern in bescheidenem Maße, für am Platze. Die Regierung wird sich mit 50 000 *M* beteiligen, und auch sämtliche Kreisdirektoren haben sich bereiterklärt, den Kreisausschüssen zu empfehlen, der Gesellschaft beizutreten, vielleicht mit einem Betrage von 10 000 *M*. Der Rat der Stadt hat gemeint, daß für die Stadt Braunschweig eine Beteiligung mit 20 000 *M* am Platze sei, und dem bitte ich zuzustimmen.

Stadtv. Meyerhoff: Auch ich gehöre zu der Minorität, die gegen die Beteiligung der Stadt an der Gesellschaft gestimmt hat, und zwar aus dem Grunde, weil ich jeder Neuerung dieser Art, die jetzt auftaucht, ein gewisses Mißtrauen entgegenbringe. Alle diese Gründungen, mögen sie mit Butter, Eier, Käse oder etwas anderem sich beschäftigen, haben bisher für das Allgemeinwohl noch keinen Segen gebracht oder doch nur in sehr verschwindendem Maße. Es ist gesagt worden: Jawohl, für die Wohnungsbeschaffung und für billige Baupreise sind wir, auch dafür, solche Sachen zu finanzieren. Dagegen sind uns aber die Angaben, die Herr Stadtbaurat Gebensleben vorhin gemacht hat, auch schon gestern in der Kommissionsitzung angeführt: Ein zweistöckiges Haus mit 8 Räumen, die Küchen hinzugerechnet, kostet unter der Ägide der Wohnungsfürsorgegesellschaft 100 000 *M*, wo doch Beihilfen von allen möglichen Seiten gekommen sind. Da kommen bei mir die Bedenken. Ich erinnere an die Häuser an der Kälberweide, die halb so groß sind und lange nicht die Hälfte kosten. Wäre unter den gegebenen Umständen es nicht möglich, billiger zu bauen, als es in Münster geschehen ist? Ich sehe an der Beteiligung an der Wohnungsfürsorgegesellschaft keinen Segen. Nun die Finanzierung. Wie soll sie geschehen? Gibt die Stadt den kleinen Finger her, dann wird es nicht lange dauern, dann wird die übrige Hand nachfolgen. Das Zugestandene reicht nicht aus, und die Stadt wird nachschießen müssen. Dann komme ich auf die Beschaffung einheitlicher Fenster, Türen und meinetwegen auch Treppen. Läßt sich das hier bei uns nicht auch in anderem Rahmen machen? Ich weiß, daß auch hier die Arbeiten ebenso einheitlich gefördert sind, wie es dann unter der Ägide einer sogenannten Aufsichtsbehörde geschehen würde. So geht es mit allem übrigen. Was die Ziegeleien betrifft, so

kann man darüber zweierlei Meinung sein. Ich halte es nicht für ratsam, daß im ganzen Lande Braunschweig alle Ziegeleien beseitigt werden, aber das wird jeder Laie und jeder Sachverständige mir zugestehen müssen: Unsere Ziegeleien fabrizierten früher so viele Ziegel, daß sie sie nicht mehr los werden konnten und wir sie im Überfluß hatten. Das ganze Rätsel der Ziegelfabrikation wäre auf einfache Weise zu lösen: Schafft Kohlen für die Ziegeleien, für die Zementfabriken, für die Sägemühlen usw. usw., überhaupt für das Gewerbe, dann wären diese Stippstörchen — so nenne ich das — nicht nötig! Es geht einem die Galle über, wenn man das ganze Konglomerat der Kriegsgesellschaften mit ihren Direktoren, Kommiss und Angestellten sieht, die an dem Blute des Volkes zehren. Noch einen neuen Laden aufmachen für ein neues Unternehmen? Nein! Der Herr Stadtbaurat hat ganz recht gesagt: „Eine feste Überzeugung von der Notwendigkeit der Sache habe ich nicht, aber wir können es ja wagen!“ Wenn ich keine feste Überzeugung von einer Sache habe, dann wage ich es nicht, dann sage ich mir: Du kennst das nicht, bescheide dich mit deiner Dummheit und bleib davon! Ich werde gegen die Beteiligung an der Gesellschaft stimmen.

Stadtv. **Rasche:** Herr Rönneburg betont, daß das Unternehmertum keine Ursache habe, gegen die Beteiligung der Stadt zu sprechen. Es möchte nun scheinen, als ob ich ein Unternehmer wäre und Interesse daran hätte, die Sache zu hintertreiben. Das trifft durchaus nicht zu, und deshalb bin ich in der Lage, frei über die Sache zu reden. Ich stimme Herrn Rönneburg vollständig zu, daß es unrichtig ist, die Ziegeleien abzubrechen. Wie es kommt, daß es geschieht, weiß ich nicht. Die Hauptschuld liegt wohl daran, daß die Ziegeleien schlecht mit Kohle beliefert wurden. Wenn wir erst wieder genügend Kohlen haben, dann brauchen wir diese Wohnungsfürsorgegesellschaft nicht.

Stadtv. **Reißner:** Ich halte die Gründung dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft für durchaus begrüßenswert. Ich glaube, Sie sind alle mit mir der Überzeugung, daß die Bekämpfung des Wohnungsmangels außerordentlich notwendig ist. Wir haben vorhin den Ankauf der letzten Baracken vom Flugfelde beschlossen, und damit ist der letzte Schritt zur Erwerbung solcher Notwohnungen geschehen. Es schien nach dem Referat des Herrn Riefe, als wenn durch den Ankauf dieser Baracken noch Wohnungen neu eingerichtet werden könnten, aber diese Baracken sind schon seit einem Jahre längst bewohnt. Nun glaube ich aber, daß durch diese Wohnungsfürsorgegesellschaft es möglich sein wird, Wohnungen zu beschaffen. Die Gesellschaft

wird die Beschaffung von Wohnhäusern finanzieren, und durch ihr weiteres Vorgehen wird eine Belebung des ganzen Baumarcktes erfolgen. Das ist doch wohl begrüßenswert. Wie weit die Profitgier bei dem Verkauf von Ziegeleien geht, davon habe ich ein Beispiel. Im Kreise Helmstedt ist eine Ziegelei zum Preise von 420 000 Mark verkauft, und nach einer mir gewordenen Mitteilung hat der Käufer dabei einen Gewinn von 1 Million Mark erzielt. Man bedenke: Einen solchen Gewinn bei einer Anlage von 420 000 Mark! Es muß dahin gestrebt werden, daß derartige Auswüchse aus reiner Gewinnsucht beseitigt werden, und hierzu scheint mir das Mittel der Gründung einer Wohnungsfürsorgegesellschaft auch angebracht. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Stegmann: Wenn für die Wohnungsfürsorge etwas getan werden soll, dann müßten wir alle dafür sein, denn wie die Verhältnisse bezüglich der Wohnungsbeschaffung liegen, wissen Sie alle. Wir von unserer Partei stehen auf dem Standpunkt, daß Reich, Staat und Gemeinde dafür zu sorgen hätten, daß eine umfassende Wohnungsfürsorge Platz greift. Aber bei den heute herrschenden Verhältnissen glaube ich kaum, daß Staat und Gemeinde das tun können, deshalb muß man zu allen möglichen Aus Hilfsmitteln greifen. Als die Sache vorgetragen wurde, habe ich zuerst erklärt, daß ich befürchtete, es handele sich wieder um eine Gesellschaft nach dem Muster der berückhtigten Kriegsgesellschaften, bei denen eine Menge Kosten vergeben werden sollen und weiter nichts dabei herauskommt. Nachdem ich aber aus den Ausführungen des Herrn Rönneburg gehört habe, daß Mißstände ganz krasser Art vorkommen, die uns gestern nicht vorgetragen sind, will ich meine Bedenken zurückstellen. Ich nehme auch an, daß, wenn der Staat und die Städte beteiligt sind, nicht solche Mißstände bei der Gesellschaft eintreten werden, wie sie bei den berückhtigten Kriegsgesellschaften zu sehen sind. Ich nehme an, daß mit der Zeit doch etwas für die Wohnungsfürsorge durch Gründung einer solchen Gesellschaft herauskommen wird.

Stadtv. Wahrenndorf: Wenn ich etwas von neu zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaften höre, dann bin ich schon von vornherein mißtrauisch, nicht erst in der letzten Zeit, sondern solange schon, als man etwas davon hören konnte. Meistenteils handelt es sich dabei nur um Stellen, die vergeben werden sollen, um für die Inhaber etwas herauszuholen. Ich bin aus meiner langjährigen Praxis als Bauhandwerker der Ansicht, daß die private Bautätigkeit die richtige ist. Alles was vorgetragen ist von Typisierung und Normalisierung, das ist bei den Bauhandwerkern schon immer im Gange gewesen. Auch ich habe schon Häuser gebaut, und

ich weiß, daß fast alles nach einer Schablone hergestellt ist, wenn es auch nicht im Geschmacke der Zeit lag. Es scheint nun aber, daß durch die Einwirkung der Gesellschaft auf das, was Herr Rönneburg anführte, etwas herauskommen könnte, und ich würde es begrüßen, wenn die Gesellschaft es verbüten könnte, daß solche Auswüchse bei den Ziegeleien vorkommen können. Ich will keine weiteren Ausführungen machen. Ich für meinen Teil werde für den Antrag stimmen und abwarten, was dabei herauskommt, trotzdem bin ich der Ansicht, daß nichts Wesentliches bei der Gründung erreicht wird. Unser ganzes Augenmerk muß darauf gerichtet sein, dem privaten Bauhandwerk freie Hand zu geben. Denn wenn auch die Produktivgenossenschaften und ähnliche Vereinigungen mit staatlicher Unterstützung bauen könnten, so wären diese in der Lage, im Interesse der Hebung der Wohnungsnot vieles zu tun. Darum möchte ich bitten, daß auch die städtischen Behörden diese Anstalten unterstützen. Wir haben in der Stadtverwaltung Beamte in der Zahl, daß es möglich wäre, daß sie ihnen etwas an die Hand gehen können, und Baugelände ist auch da, es muß nur kräftig zugegriffen werden. Es ist hierbei wie beim Kriege. Es werden gute Ratschläge gegeben, aber sie werden nicht verwirklicht. Schöne und große Vorschläge werden gemacht, wie es gemacht sein müßte, aber niemand findet sich, der sie bis zum Ende ausführt. Die praktische produktive Arbeit fehlt überall, das ist der Mangel der jetzigen Zeit.

Stadt v. Rönneburg: Es sei mir gestattet, kurz auf das einzugehen, was Herr Rasche anführte, um Legendenbildungen vorzubeugen. Es ist mir nicht eingefallen, dem Unternehmertum einen Vorwurf mit meinen Worten zu machen. Ich habe hervorgehoben, daß es nur im Interesse des soliden Bauunternehmertums liegen kann, wenn Baustoffe beschafft werden. Auch an Herrn Rasche persönlich habe ich bei den Worten nicht gedacht; das liegt mir gänzlich fern. Im übrigen hat Herr Rasche recht, wenn er sagt: Die Hauptschwierigkeit ist die mangelhafte Kohlenlieferung. Im Wolfenbütteler Falle aber sind den Leuten die nötigen Kohlen geliefert worden, doch ist es ihnen nicht eingefallen, Steine zu brennen. Im Gegenteil, sie haben die Kohlen weiterverhandelt, und auch die Treibriemen sind schon verschoben gewesen; sie waren bereits verfrachtet, und 24 Stunden vor Abgang ist glücklicherweise durch das energische Dazwischenkommen des Herrn Dr. Christoph, des Bezirkswohnungskommissars, eingegriffen worden. Das ist ein hahnebüchener Fall. Hinterher, nachdem man in ihr gemeinschädliches Verfahren hineingeleuchtet hatte, sind diese Leute gekommen und haben alles wieder in Betrieb setzen wollen.

Sehen Sie sich die Bautätigkeit in der Stadt und auf dem Lande an, dann werden Sie die seltsame Erscheinung beobachten können, daß auf dem Lande mehr

gebaut wird als in der Stadt. Fragen Sie nach dem Grunde, so können sie hören: Die Ziegeleien haben für die städtischen Bauunternehmer keine Steine übrig (Zuruf Lehnert: Nur für 320 Mark das Tausend!), aber für die verschiedenartigsten, nicht immer dringend nötigen ländlichen Bauten sind Steine da. Man erzählt, daß es sehr materielle Gründe haben soll, weshalb für Bauwerke auf dem Lande eher Steine zu haben sind. Die beteiligten Kreise wissen ein Liedlein davon zu singen. Wenn endlich einmal dafür gesorgt wird, daß die Baustoffbeschaffung und ihre Vergebung in geregelte Bahnen gelenkt wird und dem kleinen Bauunternehmer auch in der Stadt, der seit Jahren mit seinen Arbeiten brachliegt, die nötigen Baustoffe zur Verfügung gestellt werden, damit er seine Tätigkeit wiederaufnehmen kann, so wäre das doch zu begrüßen. Ich bin allerdings auch der Auffassung, daß auf dem Baustoffmarkte nicht nur mit gemeinnützigen Gesellschaften gearbeitet werden kann, daß man auch des privaten Unternehmers nicht entraten kann, daß er jetzt aber brachliegt, weil es an Rohstoffen fehlt. Daß wir von dem Wirken der Kriegsgesellschaften alle miteinander in Gemeinschaft mit Herrn Meyerhoff nicht entzückt sind, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden; sie haben nicht viel Segen geschaffen — darüber wollen wir uns klar sein. Der Hauptausschuß der Landesversammlung hat sich für diese Wohnungsfürsorgegesellschaft ausgesprochen, und die Vertreter aller Parteien haben dem zugestimmt, weil man sich sagte, daß es sich um eine vernünftige Sache handelt. Derartige Wohnungsgesellschaften arbeiten schon seit Jahren mit Erfolg in Sachsen, Westfalen, Ostpreußen, Schleswig-Holstein. Die rheinisch-westfälische Gesellschaft arbeitete z. B. schon vor dem Kriege, schon seit zehn Jahren. Alle diese Gesellschaften haben auch für Unterstützung des Kleinhausbaues außerordentlich segensreich gewirkt, und das ist es, was uns not tut. Ich glaube nicht, daß man diese Wohnungsfürsorgestelle, die wohl hauptsächlich mit nebenamtlich tätigen Beamten (wie Herrn Dr. Christoph, der mit erfreulicher Energie die Sache in die Hand genommen hat) arbeiten wird, mit den Kriegsgesellschaften gleichstellen darf. Sie wird keineswegs aus den Gründen betrieben, wie sie Herr Wahrenndorf angibt, im Gegenteil soll durch sie auch das private Bauhandwerk gestützt werden. Man darf nicht Vorwürfe gegen sie erheben, deren Berechtigung nicht erweisbar ist. Wenn man alles zusammenrechnet, muß man anerkennen, daß eine gute Absicht mit der Gründung einer solchen Gesellschaft verbunden ist: daß man durch sie verhindern will, daß nicht alle Ziegeleien stillgelegt werden, und daß insbesondere durch diese Gesellschaft Rohstoffe für Bauzwecke beschafft werden sollen. Die Erreichung dieses Zweckes ist angesichts der großen Wohnungsnot und angesichts des Mangels an Arbeit, über den auch die privaten Unternehmer zu klagen haben, so wichtig und wertvoll, daß man sich für die Gründung einer solchen Gesellschaft aussprechen kann.

Stadt v. **Frede:** Jedes brauchbare Mittel, das der Wohnungsnot abhelfen kann, muß willkommen heißen werden, und wenn diese Maßnahmen ein brauchbares Mittel geben könnten, müssen wir dafür eintreten. Es darf nicht so gedeutet werden, daß derjenige, der gegen diese Gründung sich erklärt, als von Rücksichten geleitet hingestellt wird, die ihn in einen gewissen Ruf bringen können. Heute ist uns die Sache unvermittelt gekommen; auf der Tagesordnung hat sie nicht gestanden, mich jedenfalls überrascht sie vollständig. Sie werden mir zugeben, daß ich auf dem Gebiete einigermaßen bewandert bin, aber ich muß sagen: Nach dem, was Herr Rasche und Herr Rönneburg ausgeführt haben — ich war nicht in der Lage, das Referat des Herrn Tostmann zu hören —, spricht etwas für und etwas gegen die Sache. Wenn das, was Herr Rönneburg erwähnte, nur zur Hälfte eintrifft, bin ich für die Beteiligung der Stadt, aber nach dem Vorgang der Begründung und der Wirkung der Kriegsgesellschaften haben wir alle Ursache, davon abzuraten. Ich glaube, es handelt sich hier um einen Beschluß, der nicht sowohl durch das, was augenblicklich geschaffen wird, als durch das, was für die Folge von ihm erwartet wird, als ein wichtiger gelten muß, zu dem eine Vorberatung in den Fraktionen notwendig ist, und deshalb möchte ich sehr bitten — es kommt bei dieser Sache nicht auf 14 Tage an —, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuverweisen, damit die einzelnen Fraktionen Stellung nehmen können. Ich bin der festen Überzeugung, daß jeder einzelne unter uns und jede Fraktion die beste Absicht haben, an der Behebung der Wohnungsnot ernstlich mitzuhelfen, aber wir müssen ein taugliches Mittel dazu haben. Wir haben uns hier schon verschiedentlich in eine Erörterung eingelassen, wie der Wohnungsnot beizukommen ist, und ich hätte gewünscht, daß in seinen heutigen Ausführungen Herr Stadtbaurat Gebensleben einmal eingegangen wäre auf die Zukunft, die wir seinerzeit vom Räte gewünscht hatten. Es sollte Auskunft in Gießen eingeholt werden über eine besonders billige und einwandfreie Baurat, über die Herr Professor Knapp in Darmstadt ein günstiges Gutachten abgegeben hatte.

Sodann muß in dieser Sache auch von mir erwähnt werden, daß die Bauten, die die Siedlungsgesellschaft in dieser Zeit für die richtigen hält, nach meiner Überzeugung und sicher nach der Überzeugung aller vorurteilsfrei Denkenden nicht die richtigen sind. Die Einfamilienhäuser mit Zugabe von Land sind die teuersten Wohnungen, die man sich denken kann. Ich bin am vorigen Sonntag in den Bauten bei Lehdorf, auf der Kälberwiese und im Verchensfeld, gewesen, habe mir das Innere der Häuser angesehen und durch Gespräche mit den Eigentümern mich über die Eigenart der Häuser unterrichtet. Es steht vorn gleich ein Haus, das dem

Eigentümer zu 26 000 *M* gegeben worden ist; in Wirklichkeit hat das Haus 50 000 *M* gekostet. Die Ausstattung ist äußerst primitiv; man muß sagen, daß die Häuser in der Virchowstraße demgegenüber geradezu Paläste bedeuten. Eine solide Bauart habe ich auf der Kälberweide vergeblich gesucht. Man sieht zusammengeklagene rohe Bretter in der Art der Herrichtung von Scheunen und Stallungen; die Aufgänge zu den Häusern bestehen aus rohen Barnsteinen, der erste Frost wird sie auseinanderreiben, und die Feuchtigkeit wird in die Fugen eindringen. Solche Häuser werden eine Menge Geld zur Unterhaltung kosten. Ich halte dieses Prinzip, das von gewisser Seite besonders propagiert wird, mindestens in der jetzigen Zeit nicht für richtig. Wenn dagegen, da der Grund und Boden doch nur einmal zu bezahlen ist, solide Mauern aufgeführt werden und ein größeres Haus hingestellt wird, dann können 8—10 Familien dort untergebracht werden, haben warme Wohnungen, vielleicht auch einen Balkon, eine sichere Wohnung, während eine Familie, die allein wohnt, einer gewissen Unsicherheit ausgesetzt ist. Dabei haben die Bewohner der größeren Häuser nicht die weiten Wege zu machen, während bei den Wegen zu den Einfamilienhäusern von einer Pflasterung der Straßen keine Rede ist. Außerdem würde der Wohnungsbau bei Mehrfamilienhäusern bedeutend billiger vor sich gehen. Man könnte bereit sein, der Baugenossenschaft noch mehr entgegenzukommen, nur um dem verkehrten Prinzip entgegenzutreten.

Es ist also angebracht, daß die ganze Angelegenheit reiflich besprochen wird. Die Bedenken, die Herr Stegmann und Herr Rasche geäußert haben, sind doch nicht einfach von der Hand zu weisen. Es schlägt bei mir nichts, wenn als Gutachter der Direktor einer solchen Fürsorgegesellschaft vorgeführt wird als jemand, der in der Sache maßgebend ist. Er ist doch immer ein Angestellter, der von dem Bestehen der Gesellschaft sein Brot hat. Ich muß mich in anderer Weise von der guten Wirkung einer solchen Maßnahme wie der Gründung dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft überzeugen. Daß in Braunschweig ausgerechnet die Kreisdirektoren und die Bürgermeister ein Urteil abgegeben haben, während z. B. Herr Rasche, der persönlich nicht beteiligt ist, nicht mit zugezogen ist, halte ich nicht für richtig; für sachgemäß kann ich es nicht anerkennen. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen, der dahin geht, die Vorlage an die Kommission zurückweisen zu wollen zu dem Zwecke, daß die Fraktionen dazu Stellung nehmen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Herr Könneburg sagte, die Gesellschaft in Rheinland-Westfalen existiert seit zehn Jahren, und in Sachsen usw. gebe es auch welche; was sollte uns hindern, eine solche Gesellschaft in Braunschweig zu gründen! Bekommen

wir dann von Sachsen oder Westfalen Hilfe bei unserer Wohnungsnot? Das ist doch nicht der Fall. Dann ist gesagt unsere Beamten hätten Mittel und Wege, gegen die Veräußerungen oder Verschleuderungen aufzutreten. Ich habe das so verstanden: Durch das Eintreten der hiesigen Beamten ist der Verkauf der Ziegelei in Wolfenbüttel oder ihr Abbruch unterbunden. Wenn wir solche Beamten schon haben, wozu brauchen wir uns dann noch andere herzuholen und zu besolden? Dann können wir ja schon sowieso auf diesem Gebiete segensreich wirken und brauchen nicht nach Westfalen hinüberzuwinken.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Zu meinem Bedauern sind mir die Ausführungen des Herrn Meyerhoff nicht recht verständlich geworden. Scheinbar ist er der Ansicht, daß der Bezirkswohnungskommissar nur befugt ist, seine Tätigkeit nur für die Stadt auszuüben. Wenn das die Ansicht des Herrn Meyerhoff ist, so kann ich ihn beruhigen — er kann sie für das ganze Land ausüben, aber er kann lediglich eine Beschlagnahme vornehmen, doch ist es nicht seine Aufgabe, Baustoffe zu beschaffen und sie weiter zu veräußern; dazu fehlt die Geschäftsfähigkeit des betreffenden Herrn. Wie Sie aus meinen Ausführungen gehört haben, blieb für den Absatz der Ziegelsteine nichts anderes übrig, als die Siedlungsgesellschaft vorzuspannen und zu sagen: übernimm du das ganze Geschäft! Es ist bei der Vorbesprechung eingehend erwogen, ob man nicht die ganze Geschäftstätigkeit, die man einer neuen Gesellschaft übertragen will, einfach der Siedlungsgesellschaft zuweisen soll. Auch in der Aufsichtsratsitzung der Siedlungsgesellschaft ist darüber verhandelt; aber man war einig darüber, daß die Siedlungsgesellschaft keineswegs die gegebene Stelle sei, diese Geschäfte mit zu übernehmen. Wir haben in Münster den betreffenden Direktor gefragt, welche Erfahrungen er in dieser Beziehung gesammelt hätte, und er hat uns energisch abgeraten, einer einzelnen Siedlungsgesellschaft diese Geschäfte mit zu übertragen. An der Spitze einer solchen Gesellschaft müßte ein tüchtiger Geschäftsmann stehen, der auf dem Gebiete der ganzen Materialbeschaffung erfahren ist. Wir haben uns auch in der Besprechung im Ministerium davon überzeugt, daß es geraten ist, nicht der Siedlungsgesellschaft, sondern einer besonderen Gesellschaft dieses Amt zu übertragen.

Was Herr Frede vorhin ausgeführt hat, ging etwas weit vom eigentlichen Thema ab. Er bemängelte die primitive Bauweise der Häuser an der Kälberweide. Ich glaube, wir müssen uns an eine solche Bauweise leider gewöhnen; diese Häuser sind noch ziemlich solide. Denken Sie bitte daran, daß eine Menge Häuser in Lehm, Schlick und sonstigem Material erstanden ist. Eine solche Bauweise hat auch

noch zur Folge, daß kein ordentlicher Keller gebaut werden kann. Im übrigen aber möchte ich bitten, sich über diese Sache heute schlüssig zu werden. In der Baukommission ist sie eingehend beraten, und ich glaube, die Herren werden sich schon heute ein abschließendes Urteil darüber bilden können, ob sie es für zweckmäßig halten, eine derartige Gründung vorzunehmen oder nicht.

Es trifft nicht zu, daß in der Vorversammlung keine Sachverständigen vertreten gewesen sind. Herr Regierungsrat Dr. Christoph ist so vorsichtig gewesen, eine ganze Anzahl Sachverständiger, insbesondere die Handwerkskammer, mit einzuladen. Ich habe schon erwähnt, daß auch der Vorsitzende der Handwerkskammer, Herr Eide, mit erschienen war und diese ganze Sache begrüßt hat.

Stadtv. **Stegmann**: Nachdem Herr Frede den Antrag gestellt hat, die Besprechung zu vertagen, bitte ich, von einer weiteren Diskussion in dieser Angelegenheit Abstand zu nehmen, da sie zwecklos wäre. Ich bitte, nunmehr erst über den Antrag des Herrn Frede abzustimmen — ich beantrage Schluß der Debatte.

Der Antrag Frede auf Rückverweisung der Vorlage an die Kommission wird angenommen.

13. Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Straße an der Martinikirche.

Stadtv. **Kosahr**: In dem Voranschlag für die für das laufende Rechnungsjahr vorgesehene Instandsetzung der Straße an der Martinikirche waren seinerzeit 70000 *M* ausgeworfen. Die Ausführung dieser Arbeit ist erfolgt, und die entstandenen tatsächlichen Unkosten belaufen sich auf 75 820,70 *M*. Durch günstigen Verkauf der alten Materialien ist der sich ergebende Fehlbetrag bis auf 3021,28 *M* herabgesetzt worden. Um diese Summe ist also der Voranschlag überschritten. Der Rat der Stadt ersucht, diese Überschreitung genehmigen zu wollen, und auch der Bauausschuß, der die Sache geprüft hat, empfiehlt Ihnen, der Nachbewilligung zuzustimmen.

Da Wortmeldungen für diese Sache nicht vorliegen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit der Nachbewilligung an.

14. Umwandlung des Lohnes der Feuermannsanwärter in Vergütung nebst Feuerungszulage.

Bürgermeister **Meyer**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß die Feuerwehrleute auf Grund des Beschlusses der städtischen Behörden ange-

stellt werden sollen unter der Voraussetzung: daß sie das 25. Lebensjahr überschritten haben, und daß sie ein Probefienstjahr zur Zufriedenheit der vorgesetzten Stellen erledigt haben. Die Folge dieses Beschlusses ist, daß wir in der Stadt angestellte und nichtangestellte Feuerwehrleute haben. Die nichtangestellten Feuerwehrleute bekommen kein Gehalt, sondern im gewissen Gegensatz zu dem, wie es sonst in der städtischen Verwaltung üblich ist, Lohn. Sonst ist es üblich, daß die Anwärter von Beamtenstellen Gebühren und daneben Feuerungszulagen erhalten. Daß die nicht festangestellten Feuerwehrleute nicht Gebühren, sondern Lohn erhalten, ist historisch zu erklären, es hat aber zu mancherlei Unzufriedenheit geführt. Die Feuerwehranwärter haben nun den dringenden Wunsch, wie andere Beamtenanwärter behandelt zu werden, d. h. an Stelle des Lohnes Gebühren und daneben Feuerungszulage zu erhalten, was zur Folge haben würde, daß sie sich im Jahre um rund 1000 *M* besser stehen würden als jetzt. Der Wunsch der jungen Feuerwehrleute wird durch den Kreisbranddirektor unterstützt, und zwar besonders um deswillen, weil die im Interesse der Schlagfertigkeit der Feuerwehr wünschenswerte Heranziehung junger Leute aus dem Handwerkerstande bei den gegenwärtigen Lohnsätzen sehr schwierig ist. Im Handwerk werden im allgemeinen höhere Löhne gezahlt, und die Folge davon ist, daß die Nachfrage nach Feuerwehrstellen aus jenen Kreisen nicht derartig groß ist, wie sie im Interesse einer guten Entwicklung der Feuerwehr liegt.

Diese Sache ist durch den Rat in der vorgestrigen Sitzung der Lohndeputation zur Sprache gebracht. Die Lohndeputation hat den Wunsch der jungen Feuerwehrleute als unterstützungswert angesehen und demselben insoweit Folge gegeben, als sie die jungen Feuerwehrleute aus den Gruppen, für die sie die Löhne festzusetzen hat, ausgeschieden und anheimgegeben hat, dem Räte der Stadt darüber zu berichten. Das ist geschehen. Der Rat ist in seiner heutigen Sitzung der Auffassung der Lohndeputation beigetreten und hat erklärt, daß er es für richtig halte, die jungen Feuerwehrleute als Anwärter zu behandeln. Soll dem entsprochen werden, ist es notwendig, festzustellen, welche Gebühren für die jungen Feuerwehrleute gezahlt werden sollen. Die Gruppe der Personen, mit denen diese Anwärter als Lohnempfänger gleichgestellt gewesen sind, ist von der Lohndeputation auf einen Lohnsatz von jährlich 6240 *M* gebracht worden. Nach der Ansicht des Rates würde als Unterlage für die zu zahlende Gebühr in Frage kommen der unterste Gehaltsatz der angestellten Feuerwehrleute, nämlich 1600 *M* und dazu die Feuerungszulage, die für Verheiratete ohne Kinder 5640 *M* beträgt, so daß ein Gesamtbetrag von 7240 *M* herauskommt. Dieser Betrag ist um 1200 *M* höher als das, was die Anwärter bei Anwendung der Beschlüsse der Lohndeputation als Lohn bekommen

würden. Im Rate wie in der Lohndeputation war man der Ansicht, daß eine solche starke Aufbesserung nicht begründet und es als ausreichend anzusehen sei, wenn nicht die unterste Gehaltsstufe der angestellten Feuermänner, sondern statt dessen die Summe von 1200 *M* als Gehaltsjahrs festgesetzt werde. Mit der Teuerungszulage würde der Anwärter dann 6840 *M* beziehen, und falls er Kinder hat, für jedes Kind noch 600 *M* mehr. Aus dieser Erwägung kommt der Rat zu dem Antrage:

sich damit einverstanden zu erklären, daß die Feuermannsawärter an Stelle des bezogenen Lohnes vom 1. April d. J. an eine Vergütung von 1200 *M* jährlich und daneben Teuerungszulagen nach den Grundsätzen, nach denen die städtischen Beamten Teuerungszulagen beziehen, erhalten.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Rates der Stadt zu.

15. Anfrage Lehnert über die geringe Milchlieferrung an Kinder in der Woche vor Ostern.

Wortlaut der Anfrage s. S. 4.

Stadtv. **Lehnert** (zur Begründung): Verehrte Anwesende! Schon bei Punkt 4 der heutigen Tagesordnung wurde von Herrn Marth darauf hingewiesen, in welcher leichtsinnigen Weise man in Braunschweig bei der Versorgung mit Milch umgeht. Dann wurde bei Punkt 11, betreffend den Zuschuß für den Verein für Gesundheitspflege von Herrn Schmerbach und von Herrn Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen, daß Propaganda gemacht werden müßte, in welcher Art und Weise man die Tuberkulose, die Syphilis und andere Krankheiten bekämpfen will. Zu dieser Bekämpfung der Krankheiten gehört auch eine ausreichende Ernährung. Ich habe aber erfahren, daß in der Woche vor Ostern in verschiedenen Stadtteilen die Kinder, die im 6. bis 11. Lebensjahr stehen, statt des täglichen viertel Liter Milch im ganzen nur ein viertel Liter Milch erhalten haben, daß aber die Milchkutscher die ganzen fälligen grünen Marken einfach abgeschnitten und mitgenommen haben. Nun ist wohl gesagt worden, daß keine regelrechte Milchzufuhr in diesen Tagen stattgefunden hat, ich will aber hier feststellen, daß am zweiten Festtage, mittags 2 Uhr, ein Milchwagen vor dem Café Viktoria volle Milchfannen abgeladen hat, ferner am zweiten Festtage nachmittags 3 Uhr vor Schraders Hotel auf der Görde-lingerstraße derselbe Wagen Milch fannenweise abgeladen hat. Ich möchte ersuchen, daß etwas mehr darauf geachtet wird, daß nicht nur die Herrschaften, die in diesen Lokalen verkehren, genügend mit Milch versorgt werden, sondern vor allem die

Armsten der Armen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat darauf hingewiesen, daß wir unser Teil dazu beitragen sollten, daß die Tuberkulose bekämpft wird; der erste Grundsatz für die Bekämpfung dieser Krankheit ist doch aber, daß wir eine genügende Ernährung bekommen. Was nützt es uns, wenn von den Deutschen in Amerika Tausende von Dosen Milch zur Verfügung gestellt werden und im Inland mit Milch Bucher getrieben wird, wenn die Milch geschoben wird, und die Armsten der Armen nur manchmal Milch bekommen, wenn sie ihnen entzogen und andern zugeführt wird. Ich möchte den Rat der Stadt eruchen, alle Maßregeln zu ergreifen, damit in dieser Sache Abhilfe geschaffen wird. Wenn die Herrschaften in den Cafés keine Milch bekommen, dann mögen sie einfach die ZichoriensöÙe so trinken, wie es andere auch tun, oder sie mögen zu Hause bleiben. Um für die heranwachsende Jugend etwas in gesundheitlicher Beziehung zu erreichen, müssen wir dafür sorgen, daß ihr dasjenige an Milch zugänglich gemacht wird, was ihr zusteht. Was nützen uns alle lehrreichen Vorträge, was nützt uns die Unterstützung des Vereins für Gesundheitspflege, wenn den Armen die Milch genommen wird und anderen gegeben, die es bezahlen können. Auf der Straße, wo ich wohne, gibt es zahlreiche Familien, denen es nicht möglich ist, die ihnen zustehende Milch zu kaufen, oder die sie an andere Leute abgeben, die ziemliche Preise dafür bezahlen. Wenn dies bewiesen wird, daß in die Cafés genügend Milch in Kannen hereingebracht wird, und in den Tagen vor Ostern die Kinder von 12 bis 4 Uhr gestanden haben, um einen Tropfen Magermilch zu bekommen, die doch nicht zu erhalten war, dann muß der Rat dafür sorgen, daß dem Treiben der Schädlinge ein Riegel vorgeschoben wird.

Stadtrat **Schaper**: Meine Damen und Herren! Herr Lehnert hat einleitend von der leichtsinnigen Weise gesprochen, in der man in Braunschweig mit der Milchlieferung umgeht. Ich darf annehmen, daß er mit diesen Worten die Stadtverwaltung nicht gemeint hat. (Zuruf Lehnert: Diejenigen sind gemeint, die unrechtmäßig liefern!) Wie ich schon in meiner Erwiderung Herrn Marth gegenüber hervorgehoben habe, handelt es sich bei dem Vorkommnis darum, daß die Viertelliterhefte vor Ostern nicht haben beliefert werden können, also um eine Erscheinung, die jedesmal um die Festzeiten wiederkehrt. Es ist anzunehmen, daß dann auf dem Dorfe zu viel Milch verbraucht wird. Die grünen Marken sollen vom Kutscher abgetrennt werden; der Inhaber der Karte kann es auch selbst tun. Jede von ihnen gilt für einen bestimmten Tag und ist für die Folgezeit an sich wertlos. Was die Belieferung der Cafés und Hotels anlangt, so werde ich Nachforschungen anstellen lassen;

ich glaube, daß es sich um Lieferung von Magermilch handelt. Schon seit längerer Zeit hat man diesen Cafés eine gewisse Menge Magermilch zugestanden. Aber selbstverständlich ist es Pflicht der Stadtverwaltung, die Milchlieferung eingehend zu überwachen, und ich bitte Herrn Lehnert, mir nochmals genau seine Angaben zu machen und die Daten dafür zu geben, damit die Sache geprüft wird. Wie ich glaube, ist der Überwachungsapparat gut aufgebaut, und es wird Sorge getragen, daß er gut arbeitet. Allerdings ist gerade Milch ein eigenartiges Nahrungsmittel, und eine völlig sichere Kontrolle über die Verteilung gibt es nicht, weil die Menschen vielfach gewissenlos sind. Es soll aber von seiten der Stadt Sorge getragen werden, daß der Überwachungsapparat so gut wie möglich arbeitet.

Stadttrat von Frankenberg: Wenn ich auch die Milchangelegenheit an einen Kollegen abgetreten habe, so möchte ich doch die Worte des Herrn Lehnert insofern nicht unterwidert lassen, als ich darauf hinweisen kann, mit welcher Entschiedenheit der Rat Mißbräuchen in bezug auf die Lebensmittelversorgung entgegentritt, wie sie leider auch in den Restaurants, Wirtschaften und Cafés beobachtet worden sind. Heute morgen z. B. hat der Rat die Schließung einer Bäckerei bis zum 30. Juni dieses Jahres beschlossen, weil festgestellt ist, daß dort zu Bucherpreisen Mehl, das offenbar nicht in richtiger Weise, sondern durch Schieber- und Schleichhandel erlangt ist, verwandt wurde, um irgend welches Backwerk für Cafés und Wirtschaften zu liefern. Ich glaube, daß die Stadtverordneten im Interesse der ehrlichen Innehaltung der Verbrauchsregelung für unsere Bevölkerung, der wir das Brot leider knapper als früher haben zuteilen müssen, diese Maßregel durchaus billigen.

Ohne weitere Besprechung.

16. Antrag Genzen auf Beschickung der Hildesheimer Bauausstellung durch zwei Delegierte.

Wortlaut des Antrages: „Am 15. und 16. April findet in Hildesheim eine Ausstellung verbunden mit Vorträgen für billige Wohnungsbauten aus Ersatzstoffen statt. Wir beantragen, diese Veranstaltung durch Entsendung von zwei Delegierten zu beschicken.“

Stadtv. Genzen (zur Begründung): Wir haben uns hier in unsern Versammlungen schon häufig mit der Wohnungsfrage beschäftigt, so auch heute wieder bei einigen Punkten. In einer der früheren Sitzungen hat Herr Frede den Antrag gestellt, Erkundigungen über die Lehmbauweise einzuziehen. Nun habe ich kürzlich

in einer hiesigen Zeitung gelesen, daß am 15. und 16. April — es kann aber auch der 14. und 15. April gewesen sein, das weiß ich nicht mehr genau — in Hilbesheim eine Veranstaltung stattfindet, bestehend in einer Ausstellung und Vorträgen über Ersatzbaustoffe. Wir als Vertreter der Stadtverwaltung haben jedenfalls die Pflicht, auf jede Weise zu versuchen, die Wohnungsnot zu beheben, und aus diesem Grunde haben wir wohl auch Interesse für diese Veranstaltung. Es ist ja möglich, daß nicht allzuviel bei dieser Sache herauskommt, aber immerhin haben wir Veranlassung, danach zu sehen, ob es möglich ist, Ersatzstoffe für Wohnungsbauten zu bekommen, respektive ob diese Ersatzstoffe tatsächlich zweckmäßig und verwendbar sind, um die Wohnungsnot zu mildern. Ich halte es deshalb für angebracht, daß die Stadt als solche sich in der Weise an dieser Veranstaltung beteiligt, daß sie einige Delegierte entsendet, die sich über das dort Ausgestellte informieren. Ich würde es für zweckmäßig halten, wenn ein Herr aus dem Stadtbauamte und ein Stadtverordneter delegiert werden. Die Kosten werden nicht allzugroß sein, und möglich wäre es ja, daß etwas Ersprießliches dabei herauspringt.

Die Versammlung beschließt die dringliche Behandlung des Antrages.

Stadtv. Wahrendorf: Ich habe mit Freude von diesem Antrage Kenntnis genommen und möchte ihn in der Weise erweitern, daß zu dieser Kommission, die entsandt werden soll, Personen aus den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen hinzugezogen werden. Ich habe Anlaß, nicht zu wünschen, daß gerade der Vorsitzende der Handwerkskammer bei dieser Entsendung mit in Frage kommt. Alle Achtung vor dem Herrn — doch ich will das nicht weiter ausführen. Als Vertreter aus Arbeitgeberkreisen würde ich gut geeignete Persönlichkeiten vorschlagen können.

Stadt. Schille: Ich möchte vorschlagen, daß wir aus dem Kreise der Stadtverordneten einige Herren abordnen, und bitte, dafür die Herren Rasche und Tostmann, die die Sache kennen, zu nehmen, die dann bei nächster Gelegenheit über ihre Wahrnehmungen Bericht erstatten. Ich nehme dabei an, daß der Rat der Stadt als solcher einen der in dieser Sache maßgebenden Herren hinschickt. Das würde wohl genügen.

Die beiden Herren Rasche und Tostmann werden von der Versammlung durch Handaufheben als Delegierte gewählt.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.



Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. April 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Einführung eines neugewählten Ratsmitgliedes	38
2. Beteiligung der Stadt an einer zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaft	40
3. Erhöhung der Gebührensätze für Benutzung der städtischen Zivilbadeanstalt	46
4. Erhöhung des Zuschusses für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge	47
5. Instandsetzung einer Grabstätte	48
6. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Zentralverein für deutsche Binnen-schifffahrt	49
7. Einbau eines Gleiswechsels auf dem Bohlwege und Schließung der Endweiche an der Gehjofstraße	49
8. Beschaffung von Spielgeräten für das Lyzeum und Annahme einer Hilfs-lehrerin für Turnen	50
9. Schaffung von Spielplätzen im Bürgerpark	51
10. Ankauf zweier Grundstücke auf der Leopoldstraße	53
11. Aufnahme eines Rechtsstreits	54
12. Schaffung von Räumen zur Unterbringung tuberkulosekranker Kinder	56
13. Erhöhung der Gebühren für Benutzung der städtischen Brausekäden	57
14. Aussetzung einer Belohnung	64
15. Neueinrichtung von Klassen im Lyzeum	72
16. Änderung des Tarifs im Schlachthause	73

	Seite
17. Wahl eines Ausschusses zur Nachprüfung der von der Stadt betriebenen Kriegsgeschäfte	74
18. Beschaffung eines Röhrenschuglastens zur Vervollständigung des Röntgenapparates im städtischen Krankenhaus	75
19. Anfrage Stegmann: a) über die Verteilung der Zuschüsse an die Turn- und Sportvereine, b) über die Räumung der Turnhalle an der Heinrichstraße	75
20. Anfrage Bunge, betreffend ein beschleunigtes Verfahren für Beschlagnahme von Wohnungen	77
21. Anfrage Schmerbach, betreffend das Pastorenhaus hinter der Petrikirche	86
22. Antrag Schille, betreffend eine anderweite Regelung der Mehlerverteilung .	88

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e y e r, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Vogler, Stadtrat Schaper, ferner die Stadträte Lange-
mann, Ohlendorf, Kalfs und Dr. Reiche.

Es fehlen die Stadtverordneten Blumeier, Einert, Engmann,
Frau Graf, Dr. Jasper, Munte, Dr. Regensburger, Rönne-
burg, Steinbrecher.

1. Einführung eines neugewählten Ratsmitgliedes.

Vorsitzender Wilhelm Riefe: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Bei der am 18. April stattgefundenen Wahl eines Ratsmitgliedes wurden ab-
gegeben für Herrn Stadtrat von Frankenberg 22 709 Stimmen, für Herrn Wese-
meyer 21 112 Stimmen. Somit ist Herr Stadtrat von Frankenberg gewählt.
Ich möchte betonen, daß das Ressort, das Herr Stadtrat von Frankenberg bisher
zu verwalten gehabt hat, wahrscheinlich nicht zu den leichtesten gehört, und es wird
aller Kräfte des Herrn Stadtrats bedürfen, um in diesem Ressort dasjenige zu
schaffen, was in dieser Zeit besonders notwendig ist, damit namentlich die zer-
rütteten Finanzen der Stadt wieder in Ordnung gebracht werden. In der
Steuergesetzgebung überhäufen sich heutzutage die neuen Verfügungen und Ge-
setze. Es wird eine reiche Fülle von Arbeit für das neugewählte Mitglied des
Rates vorhanden sein, um in jeder Beziehung das Recht und die Würde der Stadt
zu vertreten. Dies zu geloben bitte ich Herrn Stadtrat von Frankenberg mir
durch Handschlag zu bekräftigen, wie es das Gesetz vorsieht.

Stadtrat von Frankenberg (indem er den Handschlag leistet): Ich gelobe es.

Vorligender: Zunächst habe ich nun noch einige Eingänge bekanntzugeben.

In einer von Herrn Paul Jobst unterzeichneten Eingabe wird um Errichtung eines Lichtluftbades gebeten. Ein gleiches Schreiben ist an den Rat der Stadt gegangen, wir können deshalb zunächst dessen Stellungnahme abwarten.

Der Ausschuß der Nachtschutzeleute bittet in einer Eingabe um feste Anstellung der Nachtschutzeleute und um Aufnahme in das Beamtenverhältnis. Sie glauben, daß dadurch die Sicherheit der Stadt besser gewährleistet sei, weil dann der jetzt so häufige Wechsel in der Nachtschutzmannschaft unterbleiben würde. Auch in dieser Sache ist eine gleiche Eingabe dem Rat der Stadt eingereicht, so daß wir dessen Stellungnahme abwarten können.

Vom Braunschweiger Ausschuß für Leibesübungen wird in einer Eingabe Bezug genommen auf den Verkauf des Residenzbades. Er gibt der Meinung Ausdruck, daß das Bad erst dann beseitigt werden dürfe, wenn mindestens ein gleichwertiger Ersatz geschaffen sei. Eine gleiche Eingabe ist auch an den Rat der Stadt gegangen.

Der Invalide Robert Gerhard bittet um Erlass der Hundesteuer. Ich überweise diese Eingabe dem Räte der Stadt.

Der Eisenbahnschrebergartenverein der Frankfurter Straße bittet um Beseitigung der Bäume auf der Frankfurter Straße an den Eisenbahnländereien entlang, weil einmal die Wurzeln der Bäume zum Teil bis zur Hälfte der Ausdehnung der Gärten reichen und weiter durch die Belaubung der Bäume die Schrebergärten zu sehr beschattet und dadurch das Erträgnis der Gärten beeinträchtigt würde. Ich überweise auch dieses Gesuch zunächst dem Räte der Stadt.

Das Landesjünglingsheim Viktoria-Luise-Haus sendet einen Bericht über die Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestelle III für das Jahr 1919/20 ein. Es handelt sich darin zum Teil um ein großes Zahlenmaterial; der Bericht liegt hier zur Einsichtnahme aus.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Braunschweig, ist eine Eingabe eingegangen, in der gebeten wird, die Fahrpreise der Straßenbahn für Beinverletzte und Amputierte zu ermäßigen oder gänzliches Erlassen derselben zu bewirken, wie das in andern Städten auch der Fall sei. Es wird in der Eingabe bemerkt, daß es den Kriegsbeschädigten infolge ihres Leidens nicht möglich ist, den meist weiten Weg zu ihrer Arbeitsstelle zu Fuß zurückzulegen, und daß die Benutzung der Straßenbahn bei ihrem geringen Einkommen eine für sie fast unerschwingliche Nebenausgabe bedeuten würde, wenn sie die vollen Fahrpreise be-

zahlen müßten. Ich überweise die Eingabe zunächst dem Räte der Stadt zur Aufferung.

Des weiteren ist von den Herren **Schacht und Sievers**, Mehlgroßhandlung, ein längeres Schreiben eingegangen, worin der Inhaber der Firma sich beschwert, daß die Mehlgerteilung nur einer einzigen Firma am Orte übertragen sei. Diese habe dadurch eine Monopolstellung in dieser Sache in der Stadt Braunschweig erhalten, und es läge nicht im Interesse der Steuerzahlenden Bürger, daß die Mehlgerteilung nur dieser einzigen Firma übertragen sei. Ich glaube, an den Rat der Stadt wird dasselbe Schreiben gerichtet sein, und auch Herr Stadtverordneter Schille hat schon einmal eine diesbezügliche schriftliche Eingabe an den Rat der Stadt gemacht. Ich möchte auch diese Sache zunächst dem Räte zur Prüfung und eventuellen Stellungnahme überweisen.

Von Herrn **Stegmann** ist folgende Anfrage eingegangen:

„1. Ende vorigen Jahres bewilligten die städtischen Behörden 5000 *M* als Zuschuß an die Turn- und Sportvereine Braunschweigs. Ist der Rat bereit, den Stadtverordneten eine Übersicht zu geben, wie die Summe verteilt worden ist?

2. Ist es immer noch nicht möglich, die Turnhalle der Schule an der Heinrichstraße zu räumen, um sie der Freien Turnerschaft wieder zur Benutzung zu übergeben?“

Herr **Bunge** stellt folgende Anfrage:

„Ist der Rat der Stadt in der Lage, Auskunft zu geben, ob für beschlagnahmte Wohnungen ein beschleunigtes Verfahren Anwendung finden kann, und ob sich eine planmäßige Revision der großen Häuser durchführen läßt?“

Wir treten nunmehr in die weitere Erledigung der Tagesordnung ein.

Stadt v. **Genzen**: Punkt 1, Einrichtung eines städtischen Presseamtes, muß heute ausfallen, da die Sache noch nicht vorberaten ist. Der Antragsteller war in der Kommissionsitzung nicht anwesend.

2. Beteiligung der Stadt an einer zu gründenden Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Stadt v. **Tostmann**: Diese Sache hat bereits in der vorigen Sitzung der Versammlung zur Beratung vorgelegen; sie betrifft den Antrag des Rates, daß die Stadt Braunschweig der zu gründenden Heimstättenfürsorgegesellschaft beitreten soll, und zwar mit einem Kapital von 20 000 *M*. Nachdem in der vorigen Sitzung

ausgiebig über diesen Punkt gesprochen war, ist die Versammlung zu dem Entschluß gekommen, den Antrag nochmals an den Bauausschuß zurückzuverweisen. Der Bauausschuß hat sich abermals mit dieser Frage befaßt und eine nochmalige gründliche Besprechung vorgenommen. Es ist dabei alles, was für und gegen die Sache hervorgehoben war, geprüft, und schließlich ist man im Bauausschuß wieder zur Annahme des Antrages gekommen, daß die Stadt Braunschweig der Heimstätten-gesellschaft mit einem Betrage von 20 000 *M* als Mitglied beitreten solle. Die genannte Gesellschaft ist bereits heute nachmittag gegründet, und es ist dafür ein Stammkapital von 150 000 *M* gezeichnet worden. Die einzelnen Kreise des Freistaates Braunschweig sind mit einem Beitrag von 10 000 *M* beigetreten, die Stadt Wolfenbüttel, die doch bedeutend kleiner ist als unser Braunschweig, mit 20 000 *M*, so daß wohl anzunehmen ist, daß der Beschluß, den der Bauausschuß gestern abend gefaßt hat, das Rechte getroffen hat, und daß auch die geehrte Versammlung sich nichts vergeben würde, wenn sie heute diesem Antrage zustimmte. Für die Stadt Braunschweig sind die 20 000 *M* noch kein großes Kapital und bedeuten kein Risiko. Damit Sie aber noch etwas Näheres über den Zweck der Gesellschaft informiert werden, erlaube ich mir, die Bestimmungen über den Gesellschaftszweck Ihnen noch einmal vorzutragen. Es ist in der letzten Zeit seitens des Staatsministeriums ein neuer Satzungsentwurf für die „Braunschweigischen Heimstätten“, Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H., herausgekommen, und aus diesem erlaube ich mir das Folgende zu verlesen:

„Der Zweck der Gesellschaft ist, gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu billigen Preisen zu schaffen. Gegenstand des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft ist die Förderung des Baues und der Einrichtung von Wohn- und Heimstätten auf gemeinnütziger Grundlage, sowie Unterstützung der bestehenden und zu gründenden Bauvereinigungen in ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten und Bestrebungen. Zu diesem Zwecke kann die Gesellschaft im einzelnen folgende Geschäfte betreiben:

A. Baugeschäfte, und zwar: 1. Vermittlung — wie auch unter Umständen An- und Verkauf — von Baustoffen und Bauteilen durch Abschluß von Lieferungs- und Vergünstigungsverträgen im großen, Bedarfsvermittlung und Unterverteilung, gegebenenfalls auch Mitwirkung bei der öffentlichen Bewirtschaftung von Baustoffen. 2. Förderung aller Mittel zur Bauverbilligung, insbesondere Typisierung der Bauten und Bauteile unter möglichster Vereinheitlichung der Maße und Formen, Sammlung und Nuzharmachung von Bauverfahren, Prüfung und Verwertung von Neuerscheinungen, Erfindungen und Patenten. Herstellung von Baustoffen, Bauzubehör und Hausrat. 3. Durchführung be-

sonderer Maßnahmen zugunsten der Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien.

4. Unterstützung bei der Baugeldbeschaffung.

B. Beschaffung von guten und preiswerten Wohnungseinrichtungen gegen Barzahlung oder — bei ausreichender Sicherheit — Abzahlung unter Mitwirkung der Gemeinden und gemeinnütziger Vereinigungen. Abschluß von Vergünstigungs- und Lieferungsverträgen im großen mit Handwerkervereinigungen (Lieferungsgenossenschaften, Innungen) und Unternehmungen zur Massenherstellung von Wohnungseinrichtungen, möglichste Verbilligung durch Typisierung und Vereinheitlichung der Maße und Formen.

C. Sonstige Geschäfte zur Durchführung und Unterstützung der Aufgaben zu A und B, namentlich die Beteiligung an Vereinigungen und Unternehmungen zur Erreichung dieser Zwecke.“

Ich möchte die Versammlung im Namen des Bauausschusses eruchen, dem Antrage auf Beteiligung der Stadt an dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft zuzustimmen.

Stadtvt. **Frede:** In der vorigen Sitzung habe ich darum gebeten, daß die Sache nochmals zurückgestellt würde, damit die Fraktionen in der Lage wären, über diesen plötzlich aufgetauchten Antrag, der nicht auf der Tagesordnung stand, zu beraten und sich über die ganze Sache informieren zu können. Das ist geschehen. Als wesentlich zur Begründung des Antrages führte Herr Rönneburg aus, daß das Treiben der Ziegeleibesitzer dahin gehe, auf den Verkauf der Ziegeleien auf Abbruch hinzuwirken, um so die Konjunktur auszunutzen usw. Wir haben uns über die Berechtigung dieser Vorwürfe bei Herren informiert, die als einwandfreie Auskunftspersonen von allen Anwesenden wohl anerkannt werden. Es sind das der frühere Stadtverordnete Damföhler und der Direktor Seyserth von der Aktienziegelei. Auf Grund der Ausführungen dieser beiden Herren müssen wir sagen, daß diese Vorwürfe zu Unrecht erhoben sind. Wenn die Ziegeleien dadurch, daß man ihnen Richtpreise vorschreibt, die weit unter dem Selbstkostenpreis bleiben, und dadurch, daß man ihnen keine Kohlen liefert, trotzdem sie ihnen versprochen werden, zur Stilllegung zwingt, so kann man es den Ziegeleibesitzern nicht verdenken, wenn sie versuchen, um vor Ruin sich zu bewahren, um ihre Existenz zu behalten, sich ihres Besitzes zu entledigen. Es ist uns von Herrn Damföhler gesagt, daß Herr Baurat Ragorke keine Aussicht gegeben habe, daß die beiden Damföhlerschen Betriebe mit Kohlen versorgt werden könnten. Wenn er feststellen muß, daß seine in der Ziegelei angelegten 500 000 M nicht zur Verzinsung kommen, und er seinen Ruin vor Augen sieht, dann kann man es ihm nicht verdenken, daß er zum Verkauf einer Ziegelei schreitet. Nach

dem uns massenhaft zur Verfügung gestellten Material erscheinen die gegen die Ziegeleien vorgebrachten Vorwürfe unbegründet — auf Einzelheiten will ich nicht eingehen.

Was nun die Vorzüge dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft anbelangt, so muß ich genau wie in der vorigen Sitzung sagen: Wenn wir irgendwelche fruchtbaren Mittel haben, um die Wohnungsnot zu beheben, dann müssen uns diese Mittel lieb sein. Auch wenn sie teuer sind, müssen wir uns ihrer bedienen, denn die Wohnungsnot ist groß. Ich bin aber der Meinung, daß durch die Schaffung einer Gesellschaft wie der hier in Frage kommenden nicht das erreicht wird, was in den von Herrn Tostmann vorgelesenen Zieslen versprochen wird. Daß Baustoffe an Gesellschaften und gemeinnützige Genossenschaften abgegeben werden sollen, ist sehr schön, ich vermiße aber die Abgabe an die privaten Unternehmer; es ist nicht einzusehen, warum die ausgeschlossen sind. Das private Baugewerbe ist bisher, bis vor dem Kriege, immer noch das ausschlaggebende Moment bei Beschaffung von Wohnungen gewesen, es hätte nicht ausgeschlossen werden dürfen, sondern es hätten Sicherungen vorgesehen werden müssen, um sie in den Kreis aufnehmen zu können. Sodann bin ich der Meinung, daß es sich hier tatsächlich nur um eine Zwischenhandels-gesellschaft handelt. Auch die Herren von der Gegenseite sind mit mir der Meinung gewesen: „Handelt es sich nur um eine Vermittlungsgesellschaft von Baustoffen, dann kann man sie nicht empfehlen,“ und in der Tat handelt es sich nur um eine solche Gesellschaft. Sodann ist an die Gehälter zu denken, die da gezahlt werden müssen, und die jetzt erst im Entstehen begriffen sind, denn die Anforderungen werden sich vermehren und die Gehälter werden erhöht werden müssen. Sie stellen mehr dar, als der Unternehmergewinn bei dem Zwischenhandel beträgt, wobei zu bedenken ist, daß dieser in privater Hand von Personen ausgeführt wird, die ihre eigene Haut zu Markte tragen und ein anderes Verantwortungsgefühl haben als Beamte in derartigen Gesellschaften, wie wir das leider bei den Kriegsgesellschaften gesehen haben. Ist einmal die Einrichtung geschaffen, so kann keiner von uns annehmen, daß es bei den 20 000 M Beitrag der Stadt sein Bewenden hat; dieser Beitrag ist nur die Duvertüre. Wenn dann schließlich die Gesellschaft aufgelöst wird, dann können die Abfindungen noch große Opfer für uns bringen. Bei Ausführung der Zwecke der Gesellschaft ist auch die Rede gewesen von Vermittlung von Wohnungseinrichtungen. Wir haben hier in der Stadt schon Wohnungseinrichtungen beschafft und vermittelt, und es war ursprünglich wohl beabsichtigt, sie zum Selbstkostenpreise abzugeben. Soweit ich unterrichtet bin, hat die Stadt dabei großen Schaden gemacht. Daß dieselbe Sache hier mit besserem Erfolg aufgenommen wird, das muß ich bezweifeln. Ich sollte meinen, daß es besser wäre, wenn in

dieser Hinsicht eine Gesellschaft von Privaten gegründet würde, an der sich die Stadt beteiligt. Der Beteiligung der Stadt an dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft das Wort zu reden, vermag ich nicht. Nun ist die Gesellschaft wohl zustande gekommen, und möglicherweise wird mir entgegnet werden: Wenn wir uns nicht anschließen, bekommen wir kein Bauholz und andere Baustoffe. Ich kann nicht übersehen, ob das zutrifft, kann mir aber nicht denken, daß die Gesellschaft oder die Regierung, die diese Gesellschaft gegründet hat, die Stadt Braunschweig übergehen würde, wenn wir uns nicht mitbeteiligten. Wie gesagt: Ich scheue den Anfang, und zwar auf Grund der Erfahrungen, die mit andern Gesellschaften gemacht sind. Ich glaube nicht an die Verwirklichung der gestellten Aufgaben durch die Gesellschaft und sehe in ihr nur ein Vermittlungsgeschäft, einen Zwischenhandel, der nicht gutzuheißen ist.

Stadtv. **Stegmann:** Wenn es so wäre, wie Herr Frede sagte, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft nur einen Zwischenhandel darstellt, dann würden meine Freunde mit aller Macht die Beteiligung der Stadt an ihr bekämpfen, und ich habe deswegen schon hier in der Versammlung und auch im Ausschuß meine Bedenken geäußert. Nachdem wir aber gehört haben, welche schwerwiegenden Mißstände in der Herstellung von Baustoffen herrschen, haben wir unsere Bedenken zurückgestellt. Auch im Landtage ist die Sache behandelt, und durch die dort vorgebrachte Begründung sind meine Bedenken geschwunden. Es mag ja manches von dem, was erreicht werden soll, Zukunftsmusik sein, aber dennoch meine ich: Wenn eine Sache, wie es hier geschehen soll, in großzügiger Weise in die Hand genommen wird, dann muß doch etwas Gutes dabei herauskommen. Weil wir annehmen, daß durch die Tätigkeit der Gesellschaft doch etwas zur Besserung der Wohnungsverhältnisse geschieht, so sind wir dafür, daß die für die Stadt Braunschweig doch immerhin kleine Summe von 20 000 M zur Gründung der Gesellschaft bewilligt wird. Ich muß mich wundern, wenn von Herrn Frede gesagt wird: Alles, was über die Mißstände in der Baustoffbeschaffung vorgebracht wird, entspricht den Tatsachen nicht. Solche Zustände schreien zum Himmel, wenn in dieser Zeit Ziegeleien auf Abbruch verkauft werden, nur um dabei Geld herauszuschlagen, unbekümmert darum, wie die Wohnungsverhältnisse sich gestalten haben. Wenn so etwas geschieht, so ist es doch ein starkes Stück, Leute zu unterstützen, die jeden sozialen Gefühls bar sind. Wenn durch Gründung dieser Gesellschaft versucht wird, die Verhältnisse zu bessern, so ist dies wenigstens ein kleiner Fortschritt, und ich glaube auch, daß die Mehrheit der Versammlung dafür ist. Wenn im Rechtsausschuß und auch hier von der Gegenseite gegen die Gründung Sturm gelaufen wird, so muß man glauben, daß dies nur aus Konkurrenzneid geschieht,

indem die Betreffenden fürchten, daß durch die Gesellschaft ihren Interessen Abbruch getan wird. Solche Interessen scheiden bei uns aus, die Wohnungsfürsorge soll gebessert werden, und alle diejenigen, die soziales Gefühl besitzen, müssen für die Beteiligung der Stadt stimmen.

Stadtbourat Gebensleben: Meine verehrten Damen und Herren. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft ist heute nachmittag gegründet worden — das hat Herr Tostmann schon angeführt —, und es handelt sich für uns mithin nur noch darum, ob wir dieser Gesellschaft beitreten wollen oder nicht. Es ist im Bauausschuß alles mögliche hierbei in Betracht kommende nochmals gründlich erwogen; neue Momente sind im allgemeinen dabei nicht zutage gefördert; nur auf eins darf ich aufmerksam machen, nämlich, daß man hofft, die Regierung würde der Wohnungsfürsorgegesellschaft billiges Bauholz zur Verfügung stellen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bislang die Regierung das nicht getan hat, und zwar aus wohl-erwogenen Gründen. Sie wissen, daß die Beschaffung von billigem Bauholz für die Herstellung von preiswerten Wohnungen von außerordentlich großer Bedeutung ist. Im Ausschuß sind hierüber vom Herrn Referenten eingehende Ausführungen gemacht, und der Ausschuß war der Ansicht, daß es für die Stadt doch geraten wäre, am Bezuge von billigem Bauholz teilzunehmen. Das könnte natürlich nur dadurch geschehen, daß die Stadt der neuen Gesellschaft beitritt. Ich gebe meinerseits der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung in der Tat den Wohnungsmangel mit zu beseitigen hilft, indem sie der Gesellschaft zu einem billigen Preise Bauholz zur Verfügung stellt.

Herr Stadtverordneter Frede hat vorhin gesagt, daß die Stadt mit der Beschaffung von neuen Möbeln recht schlechte Erfahrungen gemacht und dabei Geld zugelegt habe. Das möchte ich richtigstellen: die Stadt hat dabei kein Geld zugelegt, sondern ein gutes Geschäft gemacht.

Stadtv. Heinrich Rietz: Meine Damen und Herren! Ich stand der Gründung dieser Gesellschaft zuerst ziemlich skeptisch gegenüber, weil wir bei den Kriegsgesellschaften keine guten Erfahrungen gemacht haben, und besonders war ich nicht von der Mitteilung befriedigt, die der Deputation und Herrn Stadtbourat Gebensleben gemacht ist, in dem vorgerechnet wurde, daß ein Haus der westfälischen Wohnungsfürsorgegesellschaft mit zwei Wohnungen, die je drei Zimmer enthalten, 100 000 M gekostet hat. So etwas können wir in Braunschweig jeden Tag haben ohne die Gesellschaft, und es kostet nicht einmal so viel. Ich habe mir aber die Frage des Beitritts der Stadt zu der Gesellschaft überlegt und bin dabei auf dasselbe hinausgekommen, was Herr Stadtbourat Gebensleben angeführt hat. Als

Hauptbestandteile des Wohnungsbaues kommen heute die Bauhölzer in Betracht, und diese billig zu beschaffen ist der braunschweigischen Regierung nicht möglich, wenn nicht rundum dasselbe geschieht. Da diese Gesellschaften in Westfalen, Sachsen und Thüringen sich bewährt haben und Erfahrungen gesammelt haben, so sind sie in der Lage, auch unsere Regierung zu veranlassen, daß auf der ganzen Linie ein Abbau der Holzpreise stattfindet. Erst wenn das geschieht, sind wir in der Lage, bauen zu können, denn wenn Sie die Preise für Türen, Fenster und Balken bedenken, so ist das nicht allein das Zehnfache, sondern sogar das Zwanzigfache des früheren Preises. Es handelt sich um wahre Wucherpreise, auf die die Preise für Holz gestiegen sind. Daß diese Preise heruntergehen, darauf lege ich den größten Wert, und diesen gemeinnützigen Gesellschaften ist es am ersten möglich, in dieser Weise auf unsere und die andern Regierungen einzuwirken. Aus diesem Grunde bin ich für den Beitritt zu dieser Gesellschaft.

Stadtv. **Reißner:** Meine Damen und Herren! Schon in der gestrigen Sitzung des Bauausschusses habe ich ausgeführt, daß für mich jeder Weg richtig ist, der geeignet ist, den Wohnungsmangel zu beseitigen, und in der Gründung dieser Wohnungsfürsorgegesellschaft erblicke ich einen solchen Weg. Ich glaube, Herr Frede sieht die ganze Sache doch zu pessimistisch an, vor allen Dingen, wenn er sagt, daß der Handwerkerstand dabei ausgesperrt würde. Ich bin der gegenteiligen Meinung. Wer soll denn schließlich die Häuser bauen? Das sind doch die Handwerker. Wenn es den Wohnungsfürsorgegesellschaften gelingen würde, den Wohnungsbaumarkt zu beleben, dann würden alle Handwerker das größte Interesse daran haben. Ich kann in der Gründung der Gesellschaft nur Gutes erblicken.

Die Versammlung stimmt für den Beitritt der Stadt zu der Gesellschaft.

3. Erhöhung der Gebührensätze für Benutzung der städtischen Zivilbadeanstalt.

Stadtv. **Reißner:** Meine Damen und Herren! Auf Antrag der Pächter der städtischen Zivilbadeanstalt und der städtischen Frauenbadeanstalt sind im vergangenen Jahre von den städtischen Behörden die Gebühren für Benutzung der beiden Badeanstalten erhöht worden. Jetzt ist der Pächter der Frauenbadeanstalt an den Rat der Stadt mit dem Antrag herangetreten, es möchten ihm die bislang bewilligten Gebühren auch für das laufende Jahr wieder bewilligt werden, und der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, sich mit der Genehmigung dieses Antrages einverstanden zu erklären.

Dahingegen ist der Pächter der städtischen Zivilbadeanstalt mit einem Antrage gekommen, die vorjährigen Gebührensätze für dieses Jahr zu erhöhen. Er begründet seinen Antrag vornehmlich damit, daß das Geld allgemein im Werte gesunken ist, und daß er dem Pächter der Frauenbadeanstalt gegenüber bei dem Betriebe des Bades höhere Kosten habe, indem die Löhne bei ihm höher sind als bei dem Pächter der Frauenbadeanstalt. Das ist verständlich, denn die Löhne für die männlichen Personen sind im allgemeinen höher als die für weibliche. Der Rat der Stadt hat uns nun eine Übersicht gegeben, worin die neuen Gebührensätze aufgeführt sind. Es soll danach betragen:

Abonnement: Für eine Person 8 *M.*, für 2 Personen derselben Familie 15 *M.*, für 3 Personen derselben Familie 20 *M.*, für jedes weitere Familienmitglied 4 *M.*

Für ein einzelnes Bad ohne Wäsche 30 Pfennig, mit Badehose 50 Pfennig, mit Badehose und Handtuch 70 Pfennig.

Für Aufbewahrung von Badehose und Handtuch 2 *M.*, von Badelaken und Badehose 4 *M.*

Der Rat der Stadt hat zugestanden, daß für die bevorstehende Badezeit die zu gewärtigenden Betriebsunkosten unzweifelhaft erheblich größer sein werden als die Betriebsunkosten des Jahres 1919, und da auch die in der Übernahme der Wäscheaufbewahrung liegende Verantwortung heute belastender ist als im Vorjahre, hält er die Erhöhung grundsätzlich für gerechtfertigt.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt, er ist derselben Meinung wie der Rat und gibt Ihnen durch mich anheim, den erhöhten Sätzen zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Festsetzung der Gebühren in den beiden Badeanstalten an.

4. Erhöhung des Zuschusses für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.

Stadtvr. Frau **Göge**: Der deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, der manchem Mitglieder dieser Versammlung wahrscheinlich noch von seiner hiesigen Tagung im Jahre 1912 bekannt sein wird — er hieß damals noch deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit —, befindet sich in finanzieller Beziehung augenblicklich in derselben Lage wie die meisten Vereine: Er steht vor einem großen Fehlbetrag aus dem Jahre 1919 mit rund 6000 *M.* und sieht einer noch größeren Steigerung des Fehlbetrages für das kommende Rechnungsjahr entgegen. Er sieht sich angesichts dieses Umstandes genötigt, an seine Mitglieder mit der Bitte um Erhöhung der Beiträge heranzutreten. Da dieser Verein nicht

ein Verein in gewöhnlichem Sinne ist, sondern ein solcher, in dem auch die Stadtverwaltungen und andere maßgebende Stellen vertreten sind, und da er von der Regierung nicht nur gehört, sondern auch zu ernster Mitarbeit mitherangezogen wird, wenn es sich um reichsgesetzliche Arbeit, um Kinderfürsorge und dergleichen handelt, so muß man bei Bemessung des Beitrages einen dementsprechenden Maßstab anlegen und nicht damit fargen. Wir haben früher einen Jahresbeitrag von 60 *M* bezahlt, jetzt sind laut Beschluß der Jahresversammlung des Vereins die Beiträge erhöht, und unsere Stadt würde in den Tarif für Städte mit mehr als 100 000 bis zu 200 000 Einwohner fallen, wonach ein Jahresbeitrag von 150 *M* zu zahlen ist. Der Rat der Stadt hat sich der Begründung für die Erhöhung des Jahresbeitrages nicht verschließen können und gibt anheim, in Anerkennung der Wirksamkeit des Vereins vom 1. April an den jährlich aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu zahlenden Beitrag auf 150 *M* zu erhöhen. Namens des Finanzausschusses habe ich Ihnen die Annahme dieses Antrages zu empfehlen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

5. Instandsetzung einer Grabstätte.

Stadtv. **Reißner**: Die am 20. Mai 1919 hier verstorbene Witwe des Ingenieurs Schottelius, Anna geb. Jürgens, hat die Stadt Braunschweig zu ihrer Erbin eingesetzt. Der Nachlaß beträgt rund 700 000 *M*, von denen 104 209 *M* bestimmte Vermächtnisnehmer zu erhalten haben, so daß der der Stadt zufließende Erbteil etwa 600 000 *M* beträgt. Die Stadt sieht es als Erfüllung einer Ehrenpflicht an, wenn sie die Instandsetzung der Grabstätte für die Erblasserin auf städtische Kosten vornehmen läßt. Das Grab soll in einfacher Weise hergerichtet werden, und zwar in gleicher Art wie die anschließenden Gräber ihres Ehemanns und ihrer Eltern: mit einer Tuffsteineinfassung, Bepflanzung mit Efeu und Aufstellung eines Kopfsteines aus Granit. Die Kosten für diese Herrichtung einschließlich der notwendigen Vermahlung des die Gruppe der gesamten Gräber umschließenden gemeinsamen Eisengitters betragen nach einem Anschlage des Friedhofsinpektors Heumann 1200 *M*. Der Rat der Stadt gibt anheim, sich mit dieser Art der Instandsetzung der Grabstätte einverstanden zu erklären und die 1200 *M* aus städtischen Mitteln zu verwilligen. Der Finanzausschuß schließt sich dem Antrage des Rates an, und somit habe ich namens des Ausschusses Zustimmung zu dem Antrage zu empfehlen.

Der Antrag des Finanzausschusses gilt als stillschweigend angenommen.

6. Erhöhung des Jahresbeitrages für den Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt.

Stadtv. Frau **Göge**: Der Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt, der unter anderem die Ausführung einer Wasserstraße zwischen Rhein und Elbe verfolgt, was für Braunschweig in bezug auf die Südblinie des Kanals besonderes Interesse hat, befindet sich in der gleichen Lage wie der Verein, über den ich vorhin berichtete. Er kann mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommen und bittet, daß die Stadt Braunschweig gemäß dem Beschlusse der außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins vom Dezember vorigen Jahres den Jahresbeitrag, der bisher 50 M betragen hat, in Zukunft auf 150 M erhöht. Der Rat der Stadt und die Finanzkommission hat die Berechtigung dieser Bitte zugestanden, und so habe ich die Versammlung zu ersuchen, auch dieser Erhöhung des Jahresbeitrages zuzustimmen.

Ohne Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Erhöhung des Jahresbeitrages an.

7. Einbau eines Gleiswechsels auf dem Bohlwege und Schließung der Endweiche an der Genjofstraße.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es handelt sich um zwei Umbauten an den Gleisen der Straßenbahn. Es ist darüber folgendes Schreiben der Straßeneisenbahngesellschaft an den Rat gesandt: „Bei Betriebsstörungen hat sich die Strecke vom Gleiswechsel in der Wendenstraße bis zur Stobenstraße zum eingleisigen Befahren als zu lang erwiesen. Aus diesem Grunde beabsichtigen wir, am Hauptkreuzungspunkte noch einen Gleiswechsel einzubauen. — Die Schließung der Endweiche am Nordbahnhofe haben wir vorgenommen, um das jetzige Schieben der schweren Beiwagen bei starkem Verkehr zu vermeiden. Die Weiche ist von der westlichen auf die östliche Seite der Straße gelegt, weil das zweite Gleis in der Genjofstraße von der Schleinitzstraße bis zur Nebenstraße auch auf der östlichen Straßenseite liegt. Die Haltestelle der Straßenbahn bleibt auf dem eingleisigen Stück hinter der Weiche. Wir bitten den Rat der Stadt, die Zeichnung genehmigen zu wollen.“

Das Tiefbauamt hat gegen die beabsichtigten Umänderungen nichts einzuwenden; Kosten aus der Umänderung fallen der Stadt nicht zur Last. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung, und auch im Namen der Baukommission gebe ich Genehmigung dieser Umbauten anheim.

Die Versammlung ist stillschweigend mit den Umbauten einverstanden.

8. Beschaffung von Spielgeräten für das Lyzeum und Annahme einer Hilfslehrerin für Turnen.

Stadtv. **Schmidt**: Herr Stadtv. Jahns hat unterm 7. Januar den Antrag gestellt, für die drei Anstalten Lyzeum, Oberlyzeum und Studienanstalt einen geeigneten Abschnitt eines Spielplatzes zu Turnzwecken zur Verfügung zu stellen. Begründend führte der Herr Antragsteller aus, daß den drei genannten Anstalten kein geeigneter Spielplatz zur Verfügung stünde, und daß es Pflicht der Stadt wäre, der körperlichen Erziehung der Jugend und der Durchbildung der durch die Kriegszeit geschwächten Körper der Jugend mehr Rechnung zu tragen. Inzwischen war unter dem 13. Februar auch eine Eingabe des Ausschusses für Leibesübungen an den Rat der Stadt eingegangen, die sich mit derselben Angelegenheit befaßte. Der Rat der Stadt hat daraufhin Herrn Direktor Krüger ersucht, sich zu der Sache zu äußern, und dieser schreibt dazu: „Auf die Eingabe des Braunschweiger Ausschusses für Leibesübungen gestatte ich mir folgendes zu erwidern: Zweifellos werden die Forderungen aus den edelsten Beweggründen erhoben. Ich erkläre mich daher mit ihnen und ihrer Begründung grundsätzlich durchaus einverstanden. Ich glaube aber, bevor man daran denken kann, sie zu verwirklichen, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden, wenn man nicht von dem, was man zu erreichen wünscht — eine Hebung der deutschen Volkskräfte und eine Eräftigung der Jugend —, gerade das Gegenteil bewirken will. Diese Bedingungen sind:

1. Zunächst ist eine ausreichende Ernährung der Schüler und Schülerinnen sicherzustellen.
2. Der Lehrplan unserer Schulen ist wesentlich umzugestalten, der Lernstoff bedeutend einzuschränken, die Zahl der Fächer und Unterrichtsstunden herabzumindern.
3. Es muß, soweit das Lyzeum in Frage kommt, eine zweite Turnhalle gebaut oder eingeräumt werden, denn schon jetzt ist es schwierig, alle Turnstunden unterzubringen.

Daher beantrage ich, das Verlangen nach Vermehrung der Turnstunden bis auf weiteres abzulehnen, dafür jedoch einzutreten, daß monatlich ein halber bzw. ein ganzer Tag für Pflichtwanderungen festgesetzt und ein allgemein verbindlicher Spielnachmittag wöchentlich eingerichtet wird. Zu dem Zwecke muß aber ein geeigneter Spielplatz zur Verfügung gestellt werden und eine Summe von etwa 1000 M bewilligt werden, damit wir das für den Spielbetrieb Nötige anschaffen können.“

Der Rat der Stadt hat dem Direktor Krüger folgende Antwort zuteil werden lassen: „Auf das Schreiben vom 12. März geben wir anheim, vom Beginn des

kommenden Schuljahres ab Turnspiele als allgemein verbindliches Unterrichtsfach einzuführen. Für einen Teil der Klassen erscheint als Spielplatz der an der Hennebergstraße unbenutzt liegende Tennisplatz geeignet. Da dem Oberturnlehrer Somburg die Verteilung der Schulen auf die Spielplätze obliegt, empfehlen wir, sich mit ihm in dieser Frage in Verbindung zu setzen. Wenn die Einführung der Turnspiele fest geplant ist, sehen wir einem Voranschlage über die Kosten für Anschaffung der Spielgeräte und Vergütung für die Lehrkräfte entgegen."

Herr Direktor Krüger hat darauf dem Räte der Stadt folgendes berichtet: „Nach Rücksprache mit Herrn Oberturnlehrer Somburg ist in Aussicht genommen: 1. die Klassen 6—4 oder 3 spielen wie die anderen Schulen auf den öffentlichen Plätzen und benutzen die von der Stadt den übrigen Schulen zur Verfügung gestellten Spielgeräte. 2. Die oberen Klassen spielen, wenn irgend möglich, auf den alten Tennisplätzen an der Hennebergstraße. Hierfür sind Spielgeräte anzuschaffen, und zu ihrer Aufbewahrung ist ein Raum frei zu machen. Zur Anschaffung der Spielgeräte sind 1000 *M* bereitzustellen. Die vorhandenen Lehrkräfte reichen aber nicht aus, daher ist als Hilfssturnlehrerin Fräulein Giesemann anzunehmen. Ich bitte den Schulvorstand, das Nötige zu veranlassen."

Der Schulausschuß, der sich gestern in seiner Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßte, hat dem Antrage des Rates, für Anschaffung von Spielgeräten für das Lyzeum 1000 *M* und für Annahme einer Hilfslehrerin die erforderlichen Mittel zu bewilligen, zugestimmt. Eine direkte Ausgabe für die Lehrerin wird nicht erfolgen, da sie als Turnlehrerin sowieso im Dienste ist.

Stadtrat **Schaper**: Zur Richtigstellung möchte ich nur kurz bemerken, daß die Lehrkräfte, die zur Leitung der Turnspiele erforderlich sind, bis jetzt im Lyzeum nicht vorhanden sind. Die Lehrkräfte für die im Lyzeum neu einzurichtenden Klassen sind vorhanden, diese Turnlehrerin aber noch nicht.

Ohne Wortmeldungen. Die Zustimmung gilt als stillschweigend erteilt.

9. Schaffung von Spielplätzen im Bürgerparke.

Stadtv. **H. Niede**: Für die Einführung von Turnspielen am Lyzeum ist uns noch eine Vorlage zugegangen, nach der die alten Tennisplätze im Bürgerparke zu einem Spielplatz umgewandelt werden sollen. Es sind über die Umwandlung Erhebungen vom städtischen Tiefbauamt angestellt und wird von diesem anerkannt, daß sich die alten Tennisplätze in der Nähe der Hennebergstraße sehr gut zu dem neuen Zwecke eignen. Es würde nur die Beseitigung der Zwischenwände und

etwaige Reparaturen an den Türen nötig sein, wofür 400 *M* aufgewendet werden müßten. Zweitens würde für Reinigen der Platzfläche von Steinen sowie so für Abwalzen und Überstreuen der Fläche mit Sand noch eine Ausgabe von 880 *M* in Frage kommen. Das wären zusammen 1280 *M*, während als Kosten für Wiederinstandsetzung des Platzes zum Tennisspielen 12 940 *M* aufgewendet werden müßten. Eine solche hohe Ausgabe für diesen Zweck könnte keinesfalls empfohlen werden. Der Rat der Stadt richtet an uns das Ersuchen, sich mit der vorgeschlagenen Umwandlung der alten Tennisanlage in einen Spielplatz einverstanden zu erklären und für die Ausführung die dazu vom städtischen Tiefbauamt angeforderten 400 *M* zu bewilligen. Die Ausführung der vom Tiefbauamt weiter veranschlagten Arbeiten zu 880 *M* hält der Rat nicht für notwendig. Die vom Räte gehörte Parkdeputation ist mit der Umwandlung der Anlagen einverstanden. Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und ist mit ihr einverstanden und gibt Ihnen durch mich Genehmigung des Ratsantrages anheim.

Stadtv. Stegmann: Ich freue mich, daß durch diese Vorlage wieder ein Spielplatz geschaffen werden soll, und glaube, daß niemand im Saale ist, der die 400 *M* dafür nicht bewilligen wird. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auf etwas anderes hinweisen. Es ist den Herrschaften bekannt, daß auf dem Leonhardplatz ein „Frühlingsfest“ stattgefunden hat. Dadurch ist der Rasenplatz ganz gewaltig mitgenommen, und die Spieler aus den verschiedenen Sportvereinigungen, die dort ihre Spiele abhalten, haben nicht nur ihr lebhaftes Mißfallen geäußert, sondern auch darüber, daß sie während einer ganzen Zeit am Spielen behindert worden sind. Jetzt hört man, daß wieder ein derartiges Fest veranstaltet werden soll, und zwar auf dem Kleinen Exerzierplatz. Der Keglerbund will ein Preisfest im Keglerheim veranstalten, und im Anschluß daran soll ein sogenanntes Volksfest auf dem Kleinen Exerzierplatz stattfinden. Auch dieses letztere wird von den Spiel betreibenden Sportvereinen gemißbilligt. Nun hat ja die Stadt über die Benutzung des Kleinen Exerzierplatzes nichts zu sagen; der Platz untersteht dem Fiskus, und die Genehmigung zur Veranstaltung des Volksfestes soll schon erteilt sein. Ich möchte aber bitten, fernerhin dahin zu wirken, daß derartige unterbleibt, und daß man derartige Volksfeste auf den Rummelplatz hinaus verlegt, auf den Schützenplatz, damit die Spielplätze nicht den Spielern entzogen werden und sie nicht für die Benutzung zum Spiel untauglich gemacht werden.

Stadtrat von Frankenberg: In bezug auf die Benutzung des Leonhardplatzes zu derartigen Veranstaltungen kann ich Herrn Stegmann beruhigen. Auch der Rat der Stadt hat die Uebelstände, die sich mit der Veranstaltung des „Früh-

lingsfestes“ in den letzten Wochen herausgestellt haben, keineswegs verkannt und hat sich dahin schlüssig gemacht, daß er für die Zukunft regelmäßig nicht geneigt sein wird, den Leonhardplatz für derartige Feste zur Verfügung zu stellen. Eine gleichartige Zusage in bezug auf den Kleinen Exerzierplatz vermag ich aber nicht zu geben, zumal da der Zirkus, wenn ein solcher aufgebaut wurde, seit Jahren regelmäßig auf denjenigen Teil des Kleinen Exerzierplatzes aufgestellt worden ist, der am weitesten nach Westen zu belegen und mit Grasnarbe so gut wie gar nicht bedeckt ist, und da außerdem die günstigere Lage dieses Platzes zur Stadt im Vergleich zum Schützenplatz dafür spricht, daß man, wenn einmal eine Zirkusveranstaltung nach Braunschweig ziehen will — und es gibt auch weite Kreise in unserer Bevölkerung, die sich dafür aussprechen, daß auch solche Unternehmungen hier auftreten —, nicht gut an dem Kleinen Exerzierplatz vorbeigehen kann. Eine solche ausnahmsweise geplante Veranstaltung wie das Bundeslegelfest hat vielleicht verdient, daß wir für eine ganz kurze Zeit auch eine ausnahmsweise Behandlung des Kleinen Exerzierplatzes eintreten lassen. Im großen und ganzen sind wir der Meinung, daß die Spielplätze den Spielern zur Verfügung stehen sollen, nur möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß mit namhaften Aufwendungen von seiten der Stadt ein großer Spielplatz auf dem Franzischen Felde geschaffen ist, der ja auch zu meiner Freude, und wie man wahrnehmen kann, Sonntags und alltags eifrig benutzt wird.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit Umwandlung der alten Tennisanlage in einen Spielplatz und Verwilligung der 400 *M* an.

10. Ankauf zweier Grundstücke auf der Leopoldstraße.

Stadt v. **Frede**: Die städtischen Behörden sind darüber aus, auf der Leopoldstraße im Anschluß an die Grundstücke des Allgemeinen Konsumvereins ein größeres Grundstück zu erwerben zum Zwecke des künftigen Baues einer Fortbildungsschule. Es sind schon verschiedene der dort gelegenen Grundstücke erworben, so das Grundstück der früheren Güntherschen Schule und die Grundstücke Leopoldstraße 10, 11, 13, 14 und 16. Es handelt sich heute um den Erwerb der beiden Grundstücke Nummer 9 und 12. Das Grundstück Nummer 9 grenzt unmittelbar an das des Allgemeinen Konsumvereins, und das Nummer 12 ist das neben der Einfahrt gelegene Grundstück. Die beiden sind ganz unscheinbare Häuser, aber sie sind der Stadt für den gekennzeichneten Zweck nötig. Der Erwerbspreis für das Haus Nummer 9 beträgt 10 000 *M*, und der für das Nummer 12 12 000 *M*. Die Kaufverträge sind abgeschlossen vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Behörden, und der Finanzausschuß empfiehlt die

Genehmigung dieser Verträge. Ich brauche wohl die einzelnen Bestimmungen nicht zu verlesen, denn es sind die auch sonst üblichen. Die Stadt übernimmt die Hypotheken und zahlt den Rest des Kaufgeldes bei der Auflassung. Die beiden bisherigen Besitzer der Häuser haben sich ausbedungen, vorläufig als Mieter wohnen bleiben zu können, und zahlen 600 *M* jährliche Miete. Ich empfehle namens der Finanzkommission, die Genehmigung zum Ankauf dieser Häuser zu erteilen.

Ohne Besprechung. Der Antrag gilt als stillschweigend angenommen.

11. Aufnahme eines Rechtsstreits.

Stadtrat **Bogler**: Meine Damen und Herren! Bei diesem Punkte der Tagesordnung handelt es sich um eine Prozeßsache des Fleischwarenfabrikanten Dieckmann gegen die Stadt. Dieser hatte am 16. Mai 1916 vom verstärkten Finanzausschuß und gleichzeitig vom Ernährungsausschuß die Ermächtigung erhalten, für die Stadt Braunschweig Fleischwaren einzukaufen, und dann am 22. Mai 1916 auch 216 Zentner Gulasch von einem Herrn Holländer in Hamburg eingekauft. Diese Ware kostete damals pro Pfund 3,25 *M*. Am 23. Mai wurde Herrn Holländer der Betrag für die Lieferung gegen Vieferschein von der Norddeutschen Bank überwiesen, und als am 2. Juni 1916 die Ware eintraf, stellte sich heraus, daß sie total verdorben war. Die Stadt lehnte die Annahme ab, und Herr Dieckmann stellte die Ware Herrn Holländer zur Verfügung. Dieser aber ließ sich auf nichts ein, und folglich mußte Herr Dieckmann gegen den Lieferanten Prozeß führen. Er brachte auch ein obsiegendes Urteil ein, aber bei Holländer war nichts zu holen; er hatte schon in einer anderen Sache einen Offenbarungseid geleistet. Nunmehr wandte sich Herr Dieckmann an den Magistrat, um Erstattung seines Verlustes zu erhalten. Die Stadt lehnte dies seinerzeit ab mit der Begründung, daß Herr Dieckmann den Auftrag bekommen habe, nur gute Inlandware zu kaufen, und die fragliche Ware sei Auslandware. Außerdem mußte Herr Dieckmann wissen, daß er nach früher gemachten trüben Erfahrungen bei Einkäufen von holländischer Schmalzmargarine etwas mehr Vorsicht hätte walten lassen müssen. Weiter kam in Betracht, daß Herrn Dieckmann bekannt geworden war — das geht aus einem Briefe vom 13. Januar 1917 hervor —, daß Holländer ein Schieber war und das Geschäft nicht so behandelt werden konnte, daß an dem dem Kaufabschluß folgenden Tage schon die Ware bezahlt wurde, ohne daß sie beichtigt war. Herr Dieckmann hat zwar versucht, die Zahlung zurückzuhalten, aber es war zu spät dazu, da das Geld durch die Bank schon ausbezahlt war. In ähnlichen Geschäften hat Herr Dieckmann für seinen eigenen Betrieb vorsichtiger gehandelt, und zwar in einer Sache, die er in Chemnitz abgeschlossen hat, und der

Magistrat behauptet, daß er auch bei den Aufträgen, die er durch die erwähnten städtischen Instanzen erhalten hatte, mehr Sorgfalt hätte walten lassen müssen, und so wird die Schadloshaltung des Herrn Diekmann durch die Stadt wegen großer Fahrlässigkeit abgelehnt. Ein Rückgriffsanspruch ist seitens des Herrn Diekmann auch schon versucht worden, indem er einen solchen gegen einen Vorverkäufer der Gulajschladung, die zahlungsfähige Firma Breymann u. Co., Hamburg, hat ausführen lassen. Wie weit der deswegen angestrengte Prozeß gediehen ist, ist uns nicht bekannt, es scheint aber, daß Diekmann dabei nicht zu seinem Rechte gekommen ist. Er hat deshalb dem Räte der Stadt durch seinen Vertreter die Nachricht zukommen lassen, daß er gegen die Stadt den Klageweg beschreiten wird, und bereits am 6. Mai soll deswegen Termin stattfinden. Der Rat hat mit dem Rechtsausschuß diese Sache besprochen, und der Rechtsausschuß hat zugestimmt, daß den Stadtverordneten empfohlen werden soll, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen.

Es ist dann weiter von dem Vertreter der Stadt, Herrn Geh. Justizrat Heymann, uns mitgeteilt worden, daß es vielleicht auch notwendig wäre, eine sogenannte Feststellungsklage zu erheben, um zu verhüten, daß, selbst wenn Herr Diekmann bei seiner jetzigen Teilklage auf Zahlung von 6000 *M* abgewiesen würde, es ihm unbenommen wäre, auch für den Rest seiner Forderung — es handelt sich um 70 725,75 *M* mit 5 Prozent Zinsen, von denen er vorläufig nur 6000 *M* einlagt — nochmals Klage anzustrengen, da seine Forderung erst in 30 Jahren, im Jahre 1946 verjähren würde. Der Rat der Stadt hat darauf dem Herrn Justizrat Heymann geantwortet, daß man zu dieser Sache erst Stellung nehmen wolle, wenn der Prozeß wegen der Teilsumme erledigt ist.

Außerdem hat Herr Justizrat Heymann noch mitgeteilt, daß infolge eines Beschlusses des Anwaltsvereins alle hiesigen Rechtsanwälte verpflichtet seien, zu den Gebühren für die Vertretung des Rechtsstreites von ihrem Auftraggeber einen Zuschlag von 33½ Prozent für Sachen im Werte von 650—1000 *M* und von 50 Prozent bei höheren Werten zu fordern, den der unterliegende Gegner nicht zu erstatten habe. Es könnte also eintreten, daß die Stadt, selbst wenn sie den Prozeß gewinnt, an Herrn Justizrat Heymann diese Mehrgebühren dennoch zahlen müßte.

Der Rat der Stadt gibt den Stadtverordneten anheim, der Prozeßaufnahme zuzustimmen und ihn gleichzeitig zur Übernahme der von mir zuletzt erwähnten Verpflichtung zu ermächtigen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen des Rates der Stadt zu.

12. Schaffung von Räumen zur Unterbringung tuberkulosekranker Kinder.

Stadtv. **Reißner:** Der Rat der Stadt schreibt an die Stadtverordneten: „Die bedrohliche Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen und Todesfälle hat uns in Übereinstimmung mit den Darlegungen des Landesmedizinalkollegiums und des Stadtarztes, Herrn Geheimen Sanitätsrats Dr. von Holwede, veranlaßt, der Frage der Abwehr-, Heilungs- und Pflegemaßnahmen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Während für erwachsene Kranke in den hiesigen Krankenanstalten und in den Genesungsheimen der Versicherungsanstalten nahezu ausreichende Räume verfügbar sind, mangelt es daran für jugendliche Personen, obgleich gerade das heranwachsende Geschlecht durch nachhaltige Fürsorge besonders gegen die Krankheitsgefahr geschützt werden muß.“ Es ist deshalb ein Projekt ausgearbeitet worden, um aus einer Baracke, die im Weißen Roß Verwendung für Lazarettzwecke gefunden hatte, einen Unterkunftsraum für an Tuberkulose erkrankte Kinder zu schaffen, und zwar soll diese Baracke zweckmäßigerweise auf dem Grundstücke des städtischen Pflege- und Krankenhauses Aufstellung finden. In Verbindung damit soll gleichzeitig eine neue Liegehalle errichtet werden. Die vorhandene Baracke war nicht groß genug, sie soll durch Einsetzung eines Zwischenbaues in die Länge gezogen werden. Über die Art der Einrichtung schreibt der Rat der Stadt: „Die räumliche und wirtschaftliche Verbindung mit den andern Anstalten der städtischen geschlossenen Krankenpflege bietet große Vorteile. Die ruhige geschützte Lage der Baracke und der nach Südosten geöffneten, der Sonnenbestrahlung ausgesetzten Liegehalle ist nach dem fachärztlichen Dafürhalten sehr günstig, und für schwere Fälle kann auf das dicht benachbarte Hauptgebäude des städtischen Krankenhauses, auf das südlich daneben liegende neue Anstaltsgebäude und auf das zur Absonderung geeignete kleine frühere Werkmeisterhäuschen auf dem Brunoniagrundstück zurückgegriffen werden.“ — Die Einzelheiten der neuen Anlage sind aus den ausgehängten Plänen ersichtlich.

Die Kosten der Anlage sind den heutigen hohen Preisen entsprechend sehr erheblich. Sie werden betragen:

1. für die Errichtung der aus Kriegsbeständen bereits übernommenen Baracke	112 000 M.
2. für deren innere Einrichtung	50 000 „
3. für Errichtung der Liegehalle	8 000 „
also zusammen	170 000 M.

Für den Aufbau der Liegehalle kann ein Teil des Holzwerkes des stadtseitig angekauften Packerererschuppens vom Flugplatz verwandt werden.

Der Bauausschuß hat das Projekt eingehend geprüft und gibt Ihnen Zustimmung zu den Anträgen des Rates anheim. Sie lauten:

1. der Ausführung der Baracke mit Liegehallen nebst Wasserhahn und Ausguß auf dem früheren Brunoniagrundstück für tuberkulöse Kinder zuzustimmen,
2. den Kostenbetrag von 170 000 *M* zu Lasten der außerordentlichen Ausgaben der Rämmereikasse für 1920/21 zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt diesen Anträgen gemäß dem Vorschlage des Bauausschusses zu.

13. Erhöhung der Gebühren für Benutzung der städtischen Brausebäder.

Stadtv. **Schmerbach**: Die Finanzkommission und auch die Deputation für die Brausebäder haben sich mit der Tatsache befaßt, daß die Sätze, die jetzt für die Wannen-, Sitz- und Brausebäder in den städtischen Volksbädern erhoben werden, nicht mehr mit den Betriebsausgaben in Einklang gebracht werden können, so daß eine Erhöhung dieser Sätze eintreten muß. In der Hauptsache ist dies veranlaßt durch die gewaltige Steigerung des Preises für das Brennmaterial. Während die für den Betrieb notwendigen Kohlen für das Jahr 1919/20 mit 15 000 *M* veranschlagt waren, haben die Kosten dafür nach dem Voranschlag für 1920/21 mit 70 000 *M* festgesetzt werden müssen. Der Rat der Stadt beantragt deshalb im Einvernehmen mit der Badedeputation, daß die Preise für Bäder in folgender Weise festgesetzt werden: Für ein Wannenbad anstatt 50 Pfennig 1 *M*, für ein Sitzbad anstatt 20 Pfennig 60 Pfennig, für ein Brausebad anstatt 10 Pfennig 40 Pfennig.

Der Rat der Stadt hält die in Vorschlag gebrachten Sätze gegenüber dem, was die Bäder dafür bieten, und angesichts des gesunkenen Geldwertes noch für gering. In den privaten Badeanstalten wird nach eingezogenen Erkundigungen für ein Wannenbad heute ein Preis von 4 *M* und mehr erhoben, und zur Deckung der Mehrausgaben wird die durch die Erhöhung zu erwartende Mehreinnahme aus der Erhöhung der Sätze nicht hinreichen. Der Finanzausschuß ersucht Sie, der Erhöhung zuzustimmen.

Sodann handelt es sich um eine weitere Aufstellung von Badewannen. Der Rat der Stadt schreibt dazu: „Die immer stärker werdende Nachfrage nach Wannenbädern, besonders in dem Bade an der Ritterstraße, hat der Badedeputation Veranlassung gegeben, bei dem Rate die Vermehrung der Wannenbäder der Frauenabteilung des letzteren Bades um mindestens eine Wanne zu beantragen. Die von dem städtischen Hochbauamt vorgenommene Prüfung hat ergeben, daß von den vorhandenen drei Brausebadzellen des Frauenbades sehr

wohl zwei zur Schaffung eines Wannenbades zusammengelegt werden können, daß aber für die Einrichtung eines noch weiteren Wannenbades die Räumlichkeiten nicht ausreichen. Nach dem beiliegenden Kostenanschlage soll die Ausführung 3300 *M* kosten. Der Betrag ist nicht gering; in Rücksicht auf das vorliegende Bedürfnis und vor allem geleitet von dem Wunsche, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sind wir aber doch bereit, denselben aufzuwenden. Wir geben deshalb anheim,

1. zuzustimmen, daß durch Verwendung von zwei Brausebadzellen ein viertes Wannenbad für die Frauenabteilung des Bades an der Ritterstraße eingerichtet wird und

2. die zur Ausführung erforderlichen 3300 *M* zu Lasten des Kap. VI des ordentlichen Voranschlages zu verwilligen."

Die Finanzkommission hat sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt, hat, da die Notwendigkeit der Arbeit vorliegt, dem Ratsantrage zugestimmt und er sucht die Versammlung, ihre Zustimmung zu erteilen.

Im Anschluß an diese Sache hat der Finanzausschuß auf Antrag des Herrn Frede am 27. April beschlossen, den Stadtverordneten zugleich zu empfehlen, den Rat der Stadt zu ersuchen, in der Abteilung für Männer der Badeanstalt an der Ferdinandsbrücke unter Beseitigung von drei oder vier Brausebadzellen zwei Badewannen aufzustellen. Ich habe Sie im Auftrage des Finanzausschusses zu bitten, diesem Antrage, der sicherlich mit zu dieser Materie gehört, gleichfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Stadtv. Reinowski: Meine Damen und Herren! Ich kann mich durchaus nicht damit einverstanden erklären, daß der Preis für ein Brausebad von 10 auf 40 Pfennig erhöht werden soll. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade die Brausebäder von den Ärmsten der Armen in Benutzung genommen werden. Wenn eine Anzahl Kinder in der Familie vorhanden ist, kommt es vor, daß auch die Kinder in das Brausebad geschickt werden, und dann ergibt sich eine Ausgabe, die eine solche Familie nicht aufbringen kann. Ich wäre eher dafür zu haben, daß vielleicht die Wannenbäder noch im Preise um etwas erhöht würden. Der Preis für die Brausebäder müßte natürlich auch erhöht werden, aber höchstens auf 20 Pfennig. Das wäre noch ein Preis, den sich eine Familie noch leisten kann, aber 40 Pfennig ist unbedingt zu hoch. Ich möchte deshalb vorschlagen, den Preis für ein Wannenbad auf 1,50 *M* und den für ein Brausebad auf 20 Pfennig festzusetzen.

Stadtv. Frau Böhm: Ich möchte die Anfrage stellen, wie es mit der Ausführung einer Gittertür an dem Eingange des Brausebades an der Ritterstraße

steht und weiter fragen, warum die Ausgabe dafür nicht in den Voranschlag gekommen ist. Ferner möchte ich Herrn Bürgermeister Meyer daran erinnern, daß vor einem halben Jahre angenommen ist, es sollte sowieso in der Badeanstalt an der Ritterstraße noch ein Wannenbad eingerichtet werden. Danach hätten dort zwei Wannenbäder neu eingerichtet werden können.

Bürgermeister Meyer: Der Antrag, Mittel zu bewilligen, um eine Gittertür an dem Eingange des Brausebades an der Ritterstraße herzustellen, ist augenblicklich in der Vorberatung; er ist dem Hochbauamt zugegangen, um Ermittlungen darüber anzustellen. Es muß festgestellt werden, ob die Einrichtung möglich ist und was sie kostet. Ich habe nicht angenommen, daß dieses eine so dringliche Sache wäre, daß schon diese Stadtverordnetenversammlung darüber beschließen müßte, und will erwähnen, daß das Brausebad jetzt 15—20 Jahre ohne die Gittertüren besteht.

Was die Einrichtung weiterer Wannenbäder in der Badeanstalt an der Ritterstraße betrifft, so muß ich darauf hinweisen, daß nach der Ansicht des städtischen Hochbauamtes in der Frauenabteilung ohne Schwierigkeiten ein weiteres Wannenbad sich nicht wird einrichten lassen. Gegenwärtig hat die Frauenabteilung drei Brausebäder. Nun ist es nach den örtlichen Verhältnissen unschwer möglich, zwei dieser Brausebäder zusammenzulegen — der neu entstandene Raum ist dann so groß, daß eine Wanne bequem stehen kann; es ist dann nur noch ein Brausebad vorhanden, und das zu erhalten, ist wünschenswert. Wenn man mehr schaffen will, dann würde nichts anderes übrigbleiben, als in das Obergeschoß zu gehen, das zur Zeit ausschließlich mit Brausebädern für Männer belegt ist. Dann müßten aber eingreifende Bauten vorgenommen werden, und die Frage, ob man das jetzt tun soll, müßte erst geprüft werden. Heute sind alle drei Brausebäder so stark in Anspruch genommen, daß sie der Nachfrage nicht genügen können, und je mehr Wannenbäder wir schaffen, um so geringer wird die Zahl der Personen, die wir in den Bädern abfertigen können. Während jetzt in zwei Brausebädern zwei Leute baden können, wird in dem Falle, daß wir sie zu einem Wannenbade zusammenlegen, in demselben Raume nur eine Person abgefertigt werden können. Wenn wir auf die von Herrn Frede gegebene Anregung eingehen, so wird zunächst das Hochbauamt zu beauftragen sein, sich darüber zu äußern, ob sich eine Umgestaltung der Bäder in der Richtung, daß mehr Wannenbäder geschaffen werden, empfiehlt.

Was die Gebühren angeht, so kann man nicht sagen, daß diese oder jene Bemessung die unbedingt richtige sei. In der Baddeputation war man einstimmig der Ansicht, daß die heutigen Gebühren völlig unzureichend seien. Auch der Herr

Vorredner erkennt an, daß eine Erhöhung eintreten muß. Wir können unmöglich die Einrichtung so gestalten, daß sie fast ganz den Steuerzahlern zur Last fällt. Ob wir mit den vorgeschlagenen Preisen für die Bäder auskommen werden, wissen wir nicht, aber wir sind in der Baddeputation und dem Räte der Ansicht, daß 40 Pfennig für ein Brausebad bei den heutigen Verhältnissen nicht zu hoch ist. Ich erkenne an, daß es eine ganze Menge ist, wenn ein Familienvater, der mit Frau und vier Kindern zum Brausebad geht, 2,40 *M* bezahlen soll. Ob nun aber Familien, die so zahlreich sind, geschlossen zum Volksbade gehen, das weiß ich nicht; sie könnte ja auch bei der Benutzung des Bades sich teilen, und es wird in der Praxis wohl auch so sein, daß in der einen Woche die eine Hälfte der Familie und in der andern die andere Hälfte der Familie zum Bade geht. Die Hauptsache bei der Gestaltung der Preise ist, daß unsere Zuschüsse nicht zu hoch werden. Ob die Einnahmen der Bäder höher werden, wenn der Preis für das Wannenbad auf mehr als 1 *M* gestellt wird, darüber bin ich zweifelhaft. Gegenwärtig ist der Andrang zu den Wannenbädern sehr groß, doch wird nach meiner Ansicht ein Rückschlag bemerkbar werden, wenn der Preis auf über 1 *M* erhöht wird, wie es Herr Reinowski wünscht. Ich gebe allerdings zu, daß die Leistung eine solche ist, daß 1,50 *M* dafür gefordert werden könnte.

Stadtv. **Jahns:** Bevor Herr Reinowski seinen Antrag einbrachte, hatte ich die Absicht, vorzuschlagen, den Preis für die Brausebäder höher und für die Wannenbäder etwas niedriger zu setzen, um gerade den Worten des Herrn Reinowski entsprechend auch den Ärmsten der Armen nach Möglichkeit die Wannenbäder zugänglich zu machen. Ich bin der Ansicht, daß die Brausebäder, wenn sie gehörig ausgenützt werden, ebenso viel Wasser verlangen wie die Wannenbäder. Es handelt sich doch darum, Feuerung zu sparen, und die wird bei den Brausebädern ziemlich in dem gleichen Maße verbraucht wie bei den Wannenbädern. Um allen gerecht zu werden, möchte ich beantragen, daß der Preis für ein Wannenbad niedriger gesetzt wird als von der Kommission vorgeschlagen ist.

Stadtv. **Frede:** Daß ein Bedürfnis im allgemeinen vorliegt, die Volksbäder zu vermehren und zu erweitern, im besondern auch ein Bedürfnis dafür, die Wannenbäder zu vermehren, wird allseitig anerkannt werden müssen. Das Verhältnis zwischen der Zahl der in den städtischen Volksbädern eingerichteten Brause- und Wannenbäder ist nicht mehr das richtige, wenn es auch ursprünglich wohl richtig gewesen sein mag. Aus eigener Erfahrung kann ich mitteilen, daß von den 14 Brausen für die Männer in dem Bade an der Ferdinandstraße sehr wenige gebraucht werden — die Frauenabteilung hat nur vier Brausen. Dagegen wer-

den die drei Wannen in diesem Bade immer belagert. Die Leute stehen im Vorraum, im Gange, und es erhebt sich beinahe Streit darum, wer an der Reihe ist, wenn eine Badezelle frei wird. So etwas ist unerquicklich. In einer der vorigen Wochen sind an einem Tage 600 Bäder verabreicht und in der Woche vorher 500; daraus geht hervor, welches Bedürfnis besteht.

Nun hat Herr Reinowski beantragt, den Preis der Wannenbäder von 50 Pfennig auf 1,50 *M* heraufzusetzen und den Preis für Brausebäder auf höchstens 20 Pfennig zu stellen. Da müßte man doch prüfen, für welche Art das größte Bedürfnis in der Bevölkerung vorliegt. Ich habe eben schon ausgeführt, wie sehr die Wannenbäder begehrt sind, und nun will man für diese Bäder, für die das größte Bedürfnis vorliegt, einen Preis festsetzen, der beinahe unerschwinglich erscheint. Herr Zahns tritt dafür ein, daß die beantragten Preise eine Herabsetzung erfahren. Ich bin der Meinung, daß die Badedeputation das richtige getroffen hat; ein 100prozentiger Zuschlag erscheint als angezeigt. Wir sollten diese Anträge des Rates annehmen und erst einmal sehen, welche Erfahrungen auf Grund dieser wesentlich erhöhten Preise gesammelt werden. Wenn Herr Reinowski für einen Preis von 20 Pfennig für die Brausebäder eintritt, so ist zu beachten, daß diese Art der Bäder nicht so sehr begehrt ist, und dann kann man für sie auch dreißt 40 Pfennig nehmen.

Sodann ist ein Vermittlungsvorschlag gemacht: man will unterscheiden zwischen Bädern für Kinder und für Erwachsene. Davor möchte ich warnen. Die Benutzung der Volksbäder durch die Kinder ist für die Stadt sehr wenig vorteilhaft; die Kinder spielen mit den Apparaten, stellen das Wasser an und ab, wie es in der kindlichen Natur liegt, und die Reparaturen werden bei Benutzung der Bäder durch Kinder viel häufiger sein als bei Benutzung durch die Erwachsenen. Ich bitte Sie, für den Antrag der Kommission zu stimmen und erst einmal die Erfahrungen abzuwarten, die dabei gemacht werden.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Herrschaften! Ich muß zu meinem Bedauern meinem Freunde Reinowski widersprechen. Allerdings bin ich auch der Meinung, daß das Bad so billig wie möglich dem Publikum verschafft werden müßte, kann aber mit meinen Forderungen nicht so weit gehen wie Herr Reinowski, und möchte beantragen, daß es in der Hauptsache bei den Vorschlägen des Finanzausschusses sein Bewenden hat. Richtig ist es, daß die Brausebäder niemals so begehrt sind wie die Wannenbäder, denn ein Brausebad ist eigentlich nur ein halbes Bad, nur ein Notbehelf. Ob ebensoviel Wasser zum Brausebad wie zum Wannenbad nötig ist, das weiß ich nicht. Die Arbeiter haben früher das Brausebad genommen, weil ihnen das Wannenbad zu teuer war, und wenn heute 1 *M* dafür festgesetzt

wird, so ist das hoch genug. Andererseits sollte man denjenigen, die ein Brausebad nehmen wollen, nicht gleich eine Erhöhung der Gebühr von 10 auf 40 Pfennig zumuten; ich möchte beantragen, daß der Satz für ein Brausebad auf 30 Pfennig festgelegt wird. Sollte der Vorschlag, der gemacht ist, und dem ich wohl zustimmen könnte, daß für die Kinder eine geringere Gebühr genommen werden soll, Anklang finden, so wäre ich dafür, daß die Preise wie folgt festgesetzt würden: Ein Wannenbad für Erwachsene 1 *M.*, für Kinder 70 Pfennig; ein Brausebad für Erwachsene 30 Pfennig, für Kinder 20 Pfennig. Ich möchte diesen Wunsch zum Antrage erheben.

Was die Wannenbäder betrifft, so möchte ich noch darauf hinweisen, daß in den Arbeiterkreisen und in den minderbemittelten Kreisen ein großes Bedürfnis besteht, Wannenbäder zu nehmen. Meistens haben diese Personen nicht Gelegenheit, im Hause zu baden, haben nicht einmal ein gemeinsames Badezimmer im Hause, und in vielen Häusern, wo sie bestanden haben, sind sie während des Krieges stillgelegt, so daß heutzutage mehr als früher das Bedürfnis vorliegt, das öffentliche Bad in Benutzung zu nehmen.

Stadtv. Genzen: Ich kann leider auch dem Antrage meines Freundes Reinowski nicht zustimmen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Stadt eigentlich verpflichtet wäre, diese Bäder unentgeltlich zu liefern. Rein rechnerisch mögen Sie recht haben, wenn Sie der Ansicht sind, daß die Preise für die Bäder erhöht werden müssen, und dann wäre es vielleicht auch gerechtfertigt, wenn ein Wannenbad 3 *M.* kosten sollte. Wir hören fast in jeder Sitzung, daß unser deutsches Volk nicht nur körperlich, sondern auch seelisch krank ist, haben uns mit Tuberkulosefürsorge beschäftigt und wissen, daß die Hautkrankheiten und andere Krankheiten überhand nehmen. Deshalb hat die Stadt die Verpflichtung, dafür einzutreten, daß den Erkrankungen vorgebeugt wird. Auch die Familien mit vielen Kindern, die im Hause keine Badegelegenheit haben, scheuen die Kosten des großen Wasser- und Feuerungsverbrauchs, der Hauswirt wacht darüber, daß nicht zuviel Wasser verbraucht wird, und das Mieteinigungsamt entscheidet, wenn es angerufen wird, solche Familien, die zuviel Wasser verbrauchen, sollen gekündigt werden. Im Sommer können die Kinder wohl nach der Oker geschickt werden, um dort zu baden, aber im Winter geht das nicht. Da hat die Stadt einzutreten, damit die Volksgesundheit gefördert wird, und deshalb sollte man nicht den Armen das Baden fast unmöglich machen, indem man die Preise erhöht. So notwendig wie das Brot, ebenso notwendig ist auch die Reinlichkeit. Diese in den ärmsten Familien zu erhalten, ist schon sehr schwer, weil der Preis für Seife unerschwinglich ist. Deshalb sollte die Stadt, selbst wenn sie Geld zulegen muß, aus

hygienischen Gründen die Preise der Bäder nicht erhöhen. Was sie hier mehr ausgibt, erspart sie an Kosten für Doktor und Apotheke bei den Armenlasten. Ich kann einer Erhöhung der Badesätze unter keinen Umständen zustimmen.

Stadtv. Marth: Meiner Ansicht nach sind die Sätze durch die Kommission in einer Weise festgesetzt, daß man sagen muß, sie habe das richtige getroffen. Wenn man die Sätze bei den privaten Bädern in Betracht zieht, so muß das Wannenbad mindestens auf 1 M gesetzt werden, und nach dem heutigen Stande des Geldwertes ist ein solcher Preis auch nicht zu teuer. Auch die sonst festgesetzten Preise für die Bäder muß man als noch erträglich bezeichnen. Daß man den Preis eines Wannenbades für ein Kind noch ermäßigen sollte, halte ich nicht für richtig, denn das Wannenbad wird an sich schon der Stadt größere Kosten aufliegen durch den starken Wasserbedarf und durch den größeren Raum, den die Einrichtung einnimmt. Auch daß die Bäder durch die Benutzung durch Kinder mehr abgenutzt werden, ist in Betracht zu ziehen. Doch würde ich für den Vorschlag eintreten können, daß man die Brausebäder, mit denen die Kinder auskommen können und das sie gern nehmen, den schulpflichtigen Kindern für den halben Preis gibt. Würde der Preis für Wannenbäder für Kinder ebenfalls ermäßigt, dann würde der Andrang bei ihnen durch die Kinder so groß werden, daß die Erwachsenen nicht mehr imstande wären, ein Wannenbad zu nehmen, und das wäre bedenklich. Die Hauptsache ist, daß denjenigen, die die ganze Woche gearbeitet haben, Gelegenheit geboten wird, ein Bad zu nicht zu teurem Preise zu nehmen.

Stadtv. Reinowski: Ich muß meinem Freunde Genzen recht geben, wenn er sagt, daß die städtischen Bäder eigentlich unentgeltlich verabsolgt werden müßten. Da wir aber einen Ausgleich für die erhöhten Kohlenpreise versuchen müssen, so kommen wir um eine Erhöhung nicht herum. Wer ein besseres Bad nehmen will, mag das auch bezahlen. Daß die Nachfrage nach den Brausebädern nicht so groß ist, trifft nach meinen Beobachtungen nicht zu. Ich kann konstatieren, daß die Brausebäder derartig stark belegt sind, daß man Freitags und Sonnabends kaum Zutritt finden kann. Ich möchte bei dem von mir gemachten Vorschlage bestehen bleiben. Man kann dem nicht zustimmen, daß, wie es nach dem Kommissionsvorschlage verlangt wird, die Wannenbäder um 100 Prozent erhöht werden und die Brausebäder um 300 Prozent. Das wäre kein gerechter Ausgleich für die vermehrten Kosten. Ich ersuche Sie, meinem Vorschlage stattzugeben.

Der **Vorsitzende** läßt über den Kommissionsantrag zuerst abstimmen, die Mehrheit der Versammlung ist für Annahme dieser Sätze.

14. Aussetzung einer Belohnung.

Stadtv. **Reigner:** In der Nacht vom Sonnabend, den 11., auf Sonntag, den 12. dieses Monats, ist ein Einbruchsdiebstahl in die Magazinräume des Privateinrichtungsgeſchäfts im Waſſerwerk Bürgerpark verübt worden, und zwar unter ganz auffallenden Begleiterscheinungen. Die Diebe ſind durch ein Fenster des Gaſsmesserprobierraums eingestiegen, haben die Tür dieſes Raumes, die nach dem Korridor hinausläuft, aufgebrochen, ſind durch ein Oberlichtfenster in der Tür der Meißterſtube in dieſe eingestiegen und haben dort bares Geld in Höhe von 208 *M* und zwei Aneiſzangen entwendet. Mit Hilfe der in dieſem Zimmer am Börde hängenden Schlüſſel haben ſie den Magazinraum im erſten Stock aufgeſchloſſen und haben in dieſem Raume ſich etwa 130—135 kg reines Zinn im Werte von 1800 *M* angeeignet. Die Zinnblöcke wurden durch ein Fenster dieſes Magazinraumes in den Bürgerpark geworfen und nachher fortgebracht.

Die Direktion der Licht- und Waſſerwerke ſchreibt hierzu: „Aus der vorſtehenden Beſchreibung iſt deutlich erſichtlich, daß die Diebe mit den örtlichen Verhältniſſen aufs allergeſtueſte vertraut geweſen ſein müſſen. Da das Zinn, das gegenwärtig in der Tat das Wertvollſte darſtellt, was im Magazin vorhanden war und erſt wenige Tage vorher eingetroffen war, ſo liegt die Vermutung nahe, daß jemand aus dem Kreiſe unſerer Arbeiter entweder bei dem Diebſtahl ſelbſt mitgewirkt hat oder dieſen veranlaßt haben muß.“ Ganz merkwürdig an der Sache iſt, daß zufälligerweiſe die Kontrolluhr des Nachtwächters in dieſer Nacht ihren Dienſt verſagt hat, daß weiter der dieſem Wächter geſtellte Hund, der auf Koſten der Stadt gefüttert wird, wegen Unzuverlässigkeit nicht mit auf den Rundgang genommen iſt, ſondern in den Ziegenſtall geſperrt iſt. Die Kriminalpolizei hat ſich natürlich mit dieſer Sache beſchäftigt, aber leider ohne Ergebnis. Ganz auffällig iſt auch, daß die Diebe nicht andere wertvolle Metalle genommen haben, die ihnen auf dieſem Gange zum Magazin im Wege gelegen haben, ſondern daß ſie gerade das Zinn genommen haben, das vor ein paar Tagen erſt in dieſen Raum hineingebracht iſt; ſie hatten eſ also auf dieſes Zinn abgeſehen.

Nun muß natürlich danach getrachtet werden, daß die Spitzbuben gefangen werden und möglicheſt das entwendete Material wieder zur Stelle geſchafft wird. Der Rat ſchlägt deſhalb vor, für die Wiedererlangung des geſtohlenen Zinns eine Belohnung von 2000 *M* mit dem Bemerken auszuloben, daß für die Ermittlung des Diebes weitere 1000 *M* demjenigen gezahlt werden ſollen, der den Täter ſo nachweiſt, daß ſeine Beſtrafung erfolgt. Eſ wird den Stadtverordneten anheimgegeben, zu dieſem Zwecke den Betrag von 3000 *M* zu bewilligen. Dieſe Ausſetzung einer Belohnung kommt allerdings etwas ſpät, denn der Diebſtahl iſt in der Nacht vom 11. zum 12. April ausgeführt. Eſ wurde deſhalb im Finanzaus-

schuß über diese Sache schon geäußert, man könne der Meinung sein, Braunschweig läge etwas weit nach Schöppenstedt hin. Das soll kein Vorwurf sein, denn jedenfalls hängt dieser späte Antrag mit einer Bestimmung der Städteordnung zusammen, wonach der Rat der Stadt nur befugt ist, über Ausgaben bis zu 200 *M* selbständig zu verfügen, also ohne der Zustimmung der Stadtverordneten dazu zu bedürfen. Nachdem der Einbruchsdiebstahl geschehen war, ist noch keine Stadtverordneten Sitzung gewesen, so daß die Zustimmung derselben nicht hat eingeholt werden können. Vielleicht ist dies ein weiterer Anlaß, darauf hinzuwirken, daß wir endlich eine neue Städteordnung an Stelle der jetzigen, 30 Jahre alten, bekommen.

Der Finanzausschuß hat sich mit dem Antrage des Rates beschäftigt und gibt der Versammlung anheim, ihm zuzustimmen.

Stadtv. **Schmidt:** Der Äußerung des Herrn Reißner, daß dieser Antrag des Rates reichlich spät kommt, kann ich mich nur anschließen. Es ist wirklich sehr bedauerlich, daß in einem städtischen Betriebe, von dem man annehmen sollte, daß die Leute, die dort ständig beschäftigt sind, Obacht auf das Eigentum der Stadt geben, so etwas geschehen konnte. Man kann doch nicht annehmen, daß fremde Personen Eingang in die inneren Räume haben und wissen konnten, wo das wertvolle Material gelagert war. Unverständlich ist mir auch, wie die Diebe ein Objekt von 18 000 *M* Wert, selbst wenn der Preis eines derartigen Metalles hoch steht, haben wegschaffen können, denn es handelt sich doch um eine derartige Menge, daß es nicht ungelesen weggeschafft hat werden können; ein Objekt von 2½ Zentner kann man doch nicht in die Westentasche stecken. Dabei mußten die Diebe mit ihrer Beute aus dem Bürgerpark heraus und hätten müssen von der Sicherheitspolizei und den Nachtwächtern bemerkt worden sein, selbst wenn der Wachhund eingesperrt gewesen ist und die Kontrolluhr an dem Tage nicht gegangen ist. Daß ihnen niemand von der Polizei und den Nachtwächtern begegnet ist, erscheint doch eigenartig, die Sache müßte gründlich nachgeprüft werden. Wenn jetzt erst nach vierzehn Tagen die Belohnung ausgesetzt wird, so ist das Zinn vielleicht schon in kleineren Mengen verschoben, so daß ich wenig Hoffnung habe, daß es sich wieder herbeischaffen läßt. Wir haben in einer Verkaufsstelle vor ungefähr vierzehn Tagen auch einen Einbruch erlebt, wobei die Diebe die Gitterstäbe losbrachen, Kartons und Kasten zusammenpакten und damit über den Deich gingen, ohne daß auch in diesem Falle von der Sicherheitspolizei und den Nachtwächtern etwas gesehen worden ist. Er ist unerfindlich, wie so etwas möglich ist; kein Mensch wird gefaßt, auch wenn große Objekte fortgeschafft werden. Ich bin allerdings dafür, daß die Belohnung noch ausgesetzt wird, möchte aber

auch der Meinung Ausdruck geben, daß es nötig ist, daß die heutige Versammlung beschließt: Der Rat wird ermächtigt, in solchen Fällen sofort auf frischer Tat eine Belohnung auszusetzen, wie sie der Höhe des Objektes entspricht.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Was zunächst den Vorwurf betrifft, unser Antrag auf Aussetzung einer Belohnung käme reichlich spät, so hat Herr Schmidt schon selber anerkannt, wodurch das späte Vorgehen des Rates veranlaßt ist. Wenn aber angenommen werden sollte, daß die Aussetzung einer Belohnung das einzige gewesen ist, was der Rat getan hat, um der Sache auf den Grund zu kommen, so ist das nicht richtig. Selbstverständlich ist sofort die Polizei benachrichtigt und hat eine Untersuchung eingeleitet. Aber wieviel Diebstähle werden denn heute aufgeklärt? Das ist doch nur ein ganz geringer Prozentsatz. Herr Schmidt sagte, daß es auffallend sei, daß die Diebe nicht unterwegs gefaßt wurden. Das gebe ich zu, doch kann es sein, daß heute noch das wertvolle Material in der Nähe des Magazinraumes lagert. Wenn heute so viele Diebe unbehelligt mit ihrem Raube unter dem Schutze der Nacht entkommen, so muß das wohl an der mangelhaften Beaufsichtigung der Stadt liegen; eine andere Erklärung haben wir auch nicht. Wir haben in diesem Falle alles getan, was möglich war, um einen Diebstahl zu verhüten. Man kann unmöglich, und wenn man noch so wertvolles Material lagern hat, noch mehr tun, als eine Wache in ein solches Haus hineinsetzen, die Kosten für Fütterung eines Wächterhundes bezahlen, und zur Kontrolle des Wächters noch eine Stechuhr beigeben. Man kann nicht verlangen, daß die paar Zentner Zinn nach der Stadtkasse geschafft wurden, damit sie in ein diebesicheres Gewölbe eingeschlossen wurden; das Material soll doch an Ort und Stelle verbraucht werden. Wer die Verhältnisse in dem Magazin kennt, wird sagen müssen, es ist gar nicht anders möglich, als daß die Diebe gewußt haben, wo das wertvolle Material gelegen hat. Es mußten erst mehrere Türen geöffnet werden, und die Diebe sind zu dem Zweck an die Stelle gegangen, wo die Schlüssel dazu aufbewahrt werden. Ich habe auch noch veranlaßt, daß ein weiteres Sicherheitschloß angebracht worden ist. Wenn man aber kein Vertrauen mehr zu den Leuten haben darf, die in dem Grundstücke verkehren, dann sind wir machtlos. Ob Leute aus unserm Dienste den Diebstahl verübt haben, ist allerdings ungewiß; es kommen auch fremde Leute in diesen Raum. Daß der Wächter nichts von dem Diebstahl gehört hat, können wir uns nicht erklären; er war angewiesen, nicht nur den Maschinenraum zu überwachen, sondern das ganze Grundstück. Nun muß ich zu seiner Entlastung aber anführen, daß Herr Stadtbaurat Lepzien in großer Sorge gewesen ist, daß durch Beschädigung der Maschinen im Maschinenraume Schaden entstände, und daß er deshalb den Wächter angewiesen hat, diesen

Raum besonders zu bewachen. An diesen Maschinen befinden sich selbstverständlich sehr wertvolle Metalle, und wenn von diesen Konstruktionen etwas geraubt würde, so könnten wir in große Verlegenheit kommen. Eine solche Sorge geht denn aber doch wohl zu weit, denn so schnell lassen sich die wertvollen Maschinenteile nicht entfernen, auch würde der Wacht hund angeschlagen haben, und der Wächter hätte zur Stelle sein können. Wir stehen vor einem Rätsel. Der Wächter in diesem Gebäude ist nach Ansicht des Herrn Stadtbaurats Lepsius ein durchaus zuverlässiger Mann, der schon längere Zeit in Diensten der Stadt steht, so daß es ausgeschlossen erscheint, daß er verdächtigt werden könnte.

Stadtv. Genzen: Der Herr Oberbürgermeister hat mit seiner Behauptung recht, daß nur sehr wenig Diebstähle jetzt aufgeklärt werden. Wir müssen tatsächlich sagen, daß das ruhigste und sicherste Geschäft heutzutage die Verübung von Diebstählen ist; die Diebe können ihr Geschäft ungestört treiben. Ich erinnere an die vielen Fenstereinbrüche, die dicht bei der Polizeihauptwache ausgeführt sind. Vor einigen Monaten lasen wir in der „Landeszeitung“ und im „Braunschweiger Allgemeinen Anzeiger“: „Ja, daß die Polizei so ungenügend arbeitet, das liegt an dem Polizeidirektor Tappe; das ist nicht der richtige Mann, es muß ein Fachmann an die Spitze gestellt werden!“ Jetzt haben wir einen Fachmann; ist aber die Sicherheit eine bessere geworden? Ich behaupte, daß genau ebensoviel oder noch mehr gestohlen wird als früher. Ich glaube, der Grund liegt tiefer. Ich habe in diesen Tagen ein Schriftstück von den Nachschuzleuten bekommen — ich habe es leider nicht hier, aber es wird dasselbe sein, das auch an die Versammlung eingegangen ist. Es wird darin behauptet, daß nirgend der Wechsel in den Stellen größer ist als bei den Nachschuzleuten. In einigen Monaten sind zirka 80 Nachschuzleute abgegangen und neue dafür eingestellt. Man kann nicht verlangen, daß solche Leute, die nur 4 bis 6 Wochen im Amte bleiben und kein genügendes Gehalt bekommen, das richtige Interesse für ihr Amt haben. Darin liegt ein Teil des heutigen Übelstandes im Nachwachswesen. Die Diebe können mit einer derartigen Sicherheit arbeiten, weil das System nicht das richtige ist, weil vielleicht die Besoldung der Nachschuzleute nicht ausreichend ist und dazu die Nachschuzleute nicht mit Waffen versehen sind. Allerdings war damals ein Teil meiner Freunde gegen einen Antrag, die Nachschuzleute in dieser Weise zu bewaffnen. Aber wie machen es denn die Diebe? Sie sind bewaffnet, und die Nachschuzleute werden sich sagen: Wollen wir für die paar Wochen, wo wir die Stelle haben, und für das wenige Gehalt, mit dem wir nicht auskommen können, unser Leben und unsere Gesundheit aufs Spiel setzen? Es besteht der Verdacht, daß ein Teil der Nachschuzleute sich bei Wahrnehmung von Diebstählen drücken

wird, daß sie lieber so etwas nicht sehen wollen. Ob die Sicherheitspolizei Gutes geleistet hat, weiß ich nicht, aber konstatieren können wir, daß die Diebstähle nicht abgenommen haben. Ich bitte, ernstlich zu erwägen, ob nicht das System geändert werden muß, indem die Gehälter erhöht werden und Schutzleute angestellt werden, die mit Waffen versehen sind. Dadurch vielleicht ist es möglich, daß man bei Diebstählen den Tätern auf die Spur kommt. Ganz werden wir allerdings die heutigen Übelstände nicht abschaffen können, das liegt an den ganzen verworrenen Verhältnissen, an der Notlage der Bevölkerung und der kolossalen Teuerung. Man hat stets gesehen, daß mit Zunahme der Teuerung die Eigentumsverbrechen in die Höhe gegangen sind. Ich möchte aber doch den Rat ersuchen, möglichst ins Auge zu fassen, daß in das Nachtschutzwesen reformierend eingegriffen wird.

Stadtv. Jahns: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe in früheren Sitzungen verschiedentlich auf die Unsicherheit in der hiesigen Stadt hingewiesen und habe den Antrag gestellt, die Nachtschutzleute mit Schußwaffen und Hunden zu versehen. Aber ich glaube, alle diese Anregungen sind auf unfruchtbaren Boden gefallen, obgleich die Versammlung ihnen entsprechend beschlossen hat. Wenn ich einmal später nach Hause gekommen bin — es kommt selten vor —, dann habe ich die Nachtwächter gefragt, ob sie im Besitze von Schußwaffen und Hunden sind, doch wurde mir stets geantwortet: Nein, nichts. Auf dem Wasserwerk ist ja nun ein Hund gewesen, aber er hat versagt, aber doch ist zu behaupten, daß der Hund bei Nacht der gegebene Wächter ist, der alles Ungehörige aufspürt. Ich möchte wiederholt die Anregung geben, daß meinen früheren Anträgen entsprochen wird.

Die Ausführungen des Herrn Genzen stellten fest, daß jetzt ein Fachmann an der Spitze des Polizeiwesens steht, und der frühere Polizeidirektor Tappe abgesetzt ist, daß aber trotzdem die Diebstähle in gleicher Zahl weitergehen. Ich meine: Ob wir einen Fachmann an der Spitze der Polizei haben oder nicht, wenn wir so weiterwirtschaften mit Amnestien für Vergehen, dann wird es nicht anders werden. Ich bin im Schöffengericht als Beisitzer tätig gewesen und habe bei einer Verhandlung wegen Wuchses sehen müssen, daß dem Angeeschuldigten, der mit zehn Vorstrafen wegen Urkundenfälschung, Diebstählen, vorbestraft war, jeder Strafbefehl erlassen war. Immer war die Sache so gedeckelt, daß nach der Verfehlung ein Amnestieerlaß kam, so daß der Betreffende auch nicht einen Tag wegen seiner Taten gefesselt hat. Dadurch werden die Diebe zu ihren Taten ermutigt; sie können darauf rechnen: Es kommt bald wieder eine Amnestie, dann wird mir die Strafe erlassen. Wir sind in der wunderschönen Lage, daß die Polizeiorgane uns bei der modernen Unsicherheit nicht schützen können, sondern sind genötigt,

mit allen Mitteln selbst einzugreifen, und da halte ich die Einwohnerwehr für das Gebehnste, um dem Bürger Schutz zu bringen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Nach den Ausführungen des Herrn Genzen hat es der Rat verschuldet, daß der Diebstahl im Bürgerparke vorgekommen ist, weil der Rat die Nachtwächter nicht genügend besoldet, so daß die Wächter keine auskömmliche Einnahme aus ihrem Amt haben und die Stelle möglichst bald verlassen. Ich muß feststellen, daß unter Mitwirkung des Herrn Genzen selber das Gehalt der Nachtschutleute festgesetzt wurde. Er hat keinen Einspruch erhoben, als es auf 6450 *M* festgelegt wurde. Im übrigen ist es inzwischen wieder erhöht. Mit Gehaltserhöhungen ist der Sache nicht abgeholfen. Wir sind uns im Rate längst darüber schlüssig geworden, daß die jetzige Art des ganzen Nachtwachwesens etwas Veraltetes ist, daß sie sich überlebt hat. Es ist nicht möglich, daß bei diesem System volle Sicherheit der Stadt erreicht wird. Wir haben deshalb der Polizeidirektion den Vorschlag gemacht, wir wollten alles das, was wir für das Nachtwachwesen aufwenden — die Summe ist nicht gering —, der Polizeidirektion zur Verfügung stellen, damit sie das Korps der Polizeibeamten so vermehrt, daß es in der Lage ist, während der Nacht regelmäßig Patrouillen gehen zu lassen, aber nicht in der Weise wie jetzt, wo jeder Nachtwächter seinen bestimmten Begang hat und die Diebe Bescheid wissen, sondern unvermutet müssen die Patrouillen erscheinen. Wir haben auch gebeten, bis dahin, daß diese Einrichtung getroffen ist, den Nachtschutleuten Waffen zu geben. Das hat die Polizeidirektion abgelehnt. Es liegt wohl daran, daß ihr die jetzigen Nachtschutleute im Umgang mit Schusswaffen nicht zuverlässig genug erscheinen. Natürlich muß der Mann, dem man die Schusswaffe anvertraut, mehr oder weniger mit dem Gebrauch dieser Waffe ausgebildet sein, sonst ist anzunehmen, daß bei unangemessenem Gebrauch der Waffe viel Unglück passieren kann, und insofern kann man der Polizeidirektion nicht ganz abfallen. Eine sachgemäße Regelung läßt sich nach unserer Überzeugung bei Beibehaltung des jetzigen Systems nicht erreichen; das ganze Sicherheitswesen muß umgeformt werden, und ich hoffe, daß die Polizei auf unsere Vorschläge eingehen wird. Es sind deswegen auch Verhandlungen mit dem Ministerium geführt, die hoffentlich bald zum guten Abschluß kommen werden.

Stadtv. Heinrich **Niefe** übernimmt den Vorsitz.

Stadtrat von Frantenberg: Ich darf den Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters ergänzend hinzufügen, daß wir mit der Polizeidirektion bis in die letzten Tage hinein über diesen Punkt verhandelt haben, und daß wir, als die Polizeidirektion meinte, daß man bei der mangelhaften Ausbildung eines Teiles

der Nachtschutzeleute sie nicht wohl mit Schußwaffen versehen könnte, den Gegen-
vorschlag gemacht haben, man möchte wenigstens diejenigen unter den Nachtschutz-
leuten bewaffnen, von denen man annehmen könne, daß ihre Ausbildung und
Eigenart sie befähigt, die Waffe sachgemäß zu führen. Wenn ein Teil der Nachtschutz-
leute den Anforderungen nicht entspricht, so wird früher oder später auf
einen Wechsel hinarbeiten sein. Wir haben also die Anregung des Herrn Jahns
der Polizeidirektion befürwortend anheimgegeben, ebenso wie wir das Mitführen
von Wächterhunden in größerer Anzahl als bisher für sehr zweckmäßig halten.
Ich glaube, daß ein scharfer Hund in der Tat reichlich so viel ausrichten kann als
ein mit scharfen Sinnen beobachtender Mensch. Ich glaube wiederholt betonen
zu sollen, daß die Mängel des Nachtwachwesens in der Hauptsache nicht aus-
schließlich an den Menschen liegen, sondern an dem ganzen Aufbau der Einrich-
tung. Ich werde den Tag mit Freuden begrüßen, an dem die Polizeidirektion
das ganze Nachtschutzwesen als organischen Teil ihrer Aufgabe übernimmt, oder
wo eine andere Lösung der Frage gefunden wird. Ich weiß, daß der Landtag vor-
geschlagen hat, daß das ganze Polizeiwesen einschließlich des Nachtschutzdienstes
der Stadt Braunschweig übertragen würde. Ich bin nicht der Meinung, daß diese
Auffassung den Vorzug verdient, sondern glaube, daß bei einer Verständigung die
Teilung der Gewalten große Vorzüge hat. Nur das Zwitterwesen, das wir schon
so oft haben bekämpfen müssen, trägt dazu bei, sowohl uns wie der Polizei-
direktion und den Nachtschutzleuten die Ausübung des Dienstes zu erschweren.
Den größten Schaden davon hat die Einwohnerschaft, um deren Sicherheit es
nicht so bestellt ist, wie wir für die mehr als eine halbe Million Mark — denn
so viel wenden wir jetzt für das Nachtschutzwesen auf — wohl verlangen können.
Ich hoffe, daß schließlich bei der Regierung und im Landtage sich die Auffassung
durchringen wird: Will man der Stadtverwaltung etwas Gutes bringen, dann
muß die ganze Sache, einschließlich des Nachtschutzdienstes, in einer Hand liegen.

Stadtv. Rehnert: Es ist bedauerlich, daß das wertvolle Metall dort im
Bürgerpark gestohlen ist. Immerhin ist es keine Kleinigkeit, die 2½ Zentner
fortzubringen, und deshalb glaube ich, daß manches Pfund davon schon im
Schmelztiegel verschwunden ist, und mancher Klempnermeister hat mit ihm viel-
leicht schon, ohne daß er es wußte, städtische Arbeiten ausgeführt, weil Zinn
eben ein gesuchter Artikel ist.

Wenn von Herrn Oberbürgermeister darauf hingewiesen ist, daß für die
Maschinen im Bürgerpark eine besondere Beaufsichtigung bestellt war, so möchte
ich bemerken, daß es nicht so leicht ist, eine derartige Maschine abzumontieren.
So schnell lassen sich die Schrauben nicht lösen, daß Teile der Maschinen gestohlen

werden könnten. Bezeichnend für den Diebstahl ist es, daß der Wachhund unwohl war und in einen Ziegenstall eingesperrt wurde. Auch die Kontrolluhr ging nicht; Herr Schmidt hat mitgeteilt, daß festgestellt ist, daß der Wächter nur um ¼10 Uhr die Uhr gestochen hat und dann erst wieder am andern Morgen, als die Kontrolle vorbei gewesen ist. Ob das periodenmäßig gewesen ist, weiß ich nicht, aber die Arbeit, für die der Wächter bezahlt wird, muß er ganz erfüllen.

Daß das Unwesen der Diebstähle so überhand genommen hat, ist ganz erklärlich, nachdem fünf Jahre lang Krieg gewesen ist. Dort im Kriege wurden diejenigen, die die meiste Beute gemacht hatten, prämiert, es wurden ihnen Beutegelder ausgezahlt. Eine Generation, die fünf Jahre lang das Rauben und Plündern im Kriege mit Belohnungen dafür gewissermaßen als Lehrzeit durchgemacht hat, die wird in einzelnen ihrer Mitglieder auch zeigen wollen, daß sie endlich Geselle geworden sind. Diese Leute haben draußen im Felde gewissermaßen ihre Lernzeit beendet und setzen jetzt das Gelernte ins Praktische um. Wir werden nicht eher bessere Zustände erreichen, bis die ganze Wirtschaftslage eine andere ist, erst dann wird diesen Herrschaften das Handwerk gelegt werden können. Herr Jahns hat mit seinen Worten über einen wachsamem Hund recht, das habe ich in diesen Tagen gesehen, wo ich in einer Angelegenheit außerhalb zu tun hatte. Dort ließ der Hund nur den eigenen Herrn ins Haus, aber keinen andern, wenn der Herr den Hund nicht an die Kette nahm. Die Anwendung dieser Tiere ist für die Sicherheit wertvoller, als wenn die Wächter Revolver bekommen. Was die Ausrüstung mit Schusswaffen betrifft, so hat schon Herr Benzen darauf hingewiesen. Mancher wird sich fragen: Sollst du dein Leben einsetzen, wo deine Familie keinen Anspruch auf Unterstützung hat, und bei einem Unglück, das dich trifft, der Armenpflege anheimfällt? Die Handhabung der Ausrüstung mit Schusswaffen könnte auch so geregelt werden, daß die Nachtschutleute abends die Waffen erhalten und sie am andern Morgen auf der Polizeistation wieder abzuliefern haben. Dann kann im Hause und sonst im täglichen Leben kein Unfug damit getrieben werden, und sie dienen nur dazu, der Sicherheit der Einwohnerschaft zu nützen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon darauf hingewiesen, daß dieses Zwitterding des Nachtschutdienstes verschwinden muß, daß entweder die Stadt darüber zu bestimmen hat, oder daß die ganze Angelegenheit einheitlich vom Staate geregelt wird. Selbst wenn man den Papst als Leiter des Nachtschutwesens herholen würde, so wird doch keine Besserung eintreten, die Spitzbuben würden sich nur freuen darüber, daß der Stellvertreter Christi auf Erden als Polizeidirektor in Braunschweig fungiert, sonst aber ruhig weiterarbeiten können. Ich glaube nicht, daß die Stadt, wenngleich eine Belohnung ausgesetzt wird, auch nur ein Lot von dem englischen Zinn wieder-

bekommt. Wir geben die 3000 *M* auch noch aus, und dann beträgt der Schaden 21 000 *M*; das wird der ganze Erfolg sein.

Stadtv. Stegmann: Die Worte des Herrn Jahns möchte ich nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen lassen. An den Haaren zog er es herbei, daß die Amnestieerlasse mit schuld daran sein sollten, daß die Diebereien jetzt so groß und häufig sind. Die Amnestien sind doch nicht ausgesprochen, um Diebe zu amnestieren, sondern es handelt sich dabei um Straßerlasse bei politischen Vergehen, z. B. bei denjenigen, die geholfen haben, den Rapp-Butsch niederzuschlagen. Man soll nicht Dinge in die Verhandlung hineinziehen, die nicht hierher gehören.

Herr Stadtrat von Frankenberg wünscht einen andern Aufbau des Nachschutzwesens. Schon im vorigen Herbst ist uns in Aussicht gestellt, das ganze Polizeiwesen soll neu organisiert werden. Wir haben ja auch die Sicherheitspolizei bekommen, was wünscht denn Herr Stadtrat von Frankenberg noch mehr? Die große Mehrheit der Braunschweiger Bevölkerung ist allerdings nicht für einen Ausbau des Militarismus, denn sie hat erfahren, wie dieser mit den Bürgern umging. Wenn hier gewünscht wurde, daß die Nachtwächter Schusswaffen bekommen, so ist man dem nicht gefolgt, hat aber der Einwohnerwehr solche gegeben, weil sie sich aus der Bürgerschaft zusammensetzt, die Nachtwächter aber meist politisch organisiert sind und angeblich der unabhängigen Partei angehören sollen. Ich weiß nicht, ob das letztere wahr ist, also ob sie tatsächlich unserer Partei angehören. Jedenfalls spricht dieser Vorgang dafür, daß man heute noch nur die Interessen der besitzenden Kreise vertritt, aber alles, was mit den Arbeiterinteressen oder mit den politischen Arbeiterparteien zusammenhängt, bekämpft, wo man es kann. Ich bin nach wie vor der Meinung: Wenn Sie den Nachtwächtern eine gesicherte Stellung und genügenden Lohn gewähren, daß wir dann auch genug Leute bekommen werden, welche das Bürgertum gegen die Spitzbuben schützen können.

Dem Antrage des Finanzausschusses gemäß wird der Aussetzung einer Belohnung von 3000 *M* zugestimmt.

15. Neueinrichtung von Klassen im Lyzeum.

Stadtv. Frede: Im Lyzeum sind diese Ostern zwei Klassen eingegangen, die beiden 10., und es sollen nun wieder zwei andere neue Klassen eingerichtet werden, nämlich eine dritte 9. und eine dritte 7. Die Anstalt ist jetzt zweireihig aufgebaut. Daß diese beiden neuen Klassen eingerichtet werden sollen, hat seinen Grund darin, daß zahlreiche Anmeldungen zu ihnen erfolgt sind. Wir haben

jüngst darüber gesprochen, daß auch in der Mädchenmittelschule an der Heydenstraße infolge des großen Andrangs mehrere Klassen neu eingerichtet werden mußten, und dieselbe Erscheinung finden wir hier. Gegenüber dem vorjährigen Etat findet durch die Einrichtung der beiden neuen Klassen im Lyzeum keine höhere Belastung statt, denn sie entsprechen in der Ausgabe den beiden aufgehobenen 10. Klassen. Es sind also keine neuen Räume notwendig, und auch neue Lehrkräfte brauchen nicht angestellt zu werden. Der Schulausschuß hat die Notwendigkeit der Einrichtung einer dritten 9. und 7. Klasse anerkannt und beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung, die Zustimmung dazu zu erteilen.

Der **Vorsigende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.

16. Änderung des Tarifs im Schlachthause.

Stadtv. **Jahns**: Mit Wirkung vom 5. Februar 1920 an sind die Gebühren im städtischen Schlachthause erhöht, und zwar entsprechen die damals beschlossenen Gebührensätze ungefähr einer 100prozentigen Erhöhung gegenüber den früheren Sätzen. Nun hat sich herausgestellt, daß in Braunschweig die Gebühren im Schlachthause gegenüber denen in andern Städten noch sehr gering sind, was aus dem Ergebnis einer Rundfrage deutlich zu ersehen ist. Unser Schlachthaus hat deshalb auch mit einer Unterbilanz gearbeitet, und aus diesen beiden Gründen hat der Schlachthausausschuß in seiner kürzlichen Sitzung eine weitere Erhöhung der Gebühren in Vorschlag gebracht. Der Rat der Stadt hat sich diesem Beschlusse angeschlossen und beantragt, die Erhöhung der neuen Gebührensätze genehmigen zu wollen.

Die Gebühren für Benutzung der Einrichtungen des Schlachthauses sind geteilt in Stallgebühr, Wägegebühr, Schlachtgebühr, Trichinenschaugebühr, Gebühr für Untersuchung in der regelmäßigen Untersuchungszeit und außerhalb derselben, Freibankgebühr, Hängegebühr, und diese Gebühren werden in verschiedenen Höhen erhoben, je nachdem, um welche Art Schlachttiere es sich handelt: Ochse oder Stier — Kuh oder Jungrind — Pferd, Maultier, Esel oder Maulesel — Schwein — Kalb — Schaf oder Ziege — Hund oder ein anderes Schlachttier. Die jetzt geänderten Sätze betragen für die Stallgebühr 50—100 Prozent mehr, für die Wägegebühr 100 Prozent mehr, für die Schlachtgebühr 150—200 Prozent mehr, ebenso für die Trichinenschau und Untersuchung in der regelmäßigen Untersuchungszeit, für die Untersuchungsgebühr außerhalb der regelmäßigen Untersuchungszeit ca. 150 Prozent mehr, für die Freibank- und Hängegebühr 100 Pro-

zent mehr. Der Rechtsausschuß hat die Vorschläge nachgeprüft, hält sie für angemessen und empfiehlt der Versammlung, den beantragten Erhöhungen der Gebühren zuzustimmen.

Herr Stadtv. **Wilhelm Niese** übernimmt den **Vorsitz** wieder.

Ohne Wortmeldungen. Die Erhöhungen gelten als stillschweigend genehmigt.

17. Wahl eines Ausschusses zur Nachprüfung der von der Stadt betriebenen Kriegsgeschäfte.

Stadtv. **Wahrendorf**: Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten das folgende Schreiben gerichtet:

„Mit Rücksicht auf den Umfang der Kriegsgeschäfte, die die Stadt infolge Beibehaltung der Zwangswirtschaft immer noch betreiben muß, erscheint es uns geboten, die einzelnen Geschäfte und insbesondere das finanzielle Ergebnis durch einen Ausschuß einer Nachprüfung unterziehen zu lassen. Wir empfehlen mit dieser Aufgabe einen fünfgliedrigen Ausschuß zu betrauen, der aus einem Ratsratgliede und vier Vertretern der Stadtverordneten besteht. Im Falle der Genehmigung unseres Antrages geben wir anheim, die Wahl der vier Vertreter der Stadtverordneten vornehmen und uns zur Aufwendung solcher Kosten ermächtigen zu wollen, die etwa durch Zuziehung von Sachverständigen erwachsen werden.“

Zur Sache selber bemerke ich, daß sich in den letzten Jahren herausgestellt hat, daß bei dem großen Umfange der Geschäfte eine Revision oder Kenntnisnahme seitens der Stadtverordneten dieser Geschäfte stattfinden muß. Der Rat der Stadt ist selber der Meinung, daß er die Verantwortung aller dieser Geschäfte nicht auf sich nehmen könnte, und ist bereit, den Stadtverordneten einen genauen Einblick in den Verlauf dieser Geschäfte zu geben. Im Rechtsausschuß haben wir uns mit der Sache beschäftigt und empfehlen, dem Antrage des Rates der Stadt zuzustimmen, da diese Behandlung der Sache im Interesse der Stadtverordneten und der Stadt selbst liegt. Ich möchte zugleich den Fraktionen anheimstellen, ihrerseits je einen Vertreter für diesen Ausschuß zu benennen.

Da keine Wortmeldungen stattfinden, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit der Wahl eines Ausschusses für den bezeichneten Zweck an. Aus der Versammlung werden als Mitglieder dieses Ausschusses vorgeschlagen die Stadtverordneten **Blumeier**, **Jahns**, **Reißner** und **Frau Schulze**. Die Versammlung wählt die vier Vorgesprochenen durch Handaufheben.

18. Beschaffung eines Röhrenschuttkastens zur Vervollständigung des Röntgenapparates im städtischen Krankenhaus.

Stadtv. Frau **Göge**: Die Ärzte im städtischen Krankenhaus klagen schon seit Jahren über die mangelhafte Beschaffenheit des Röntgenapparates in dieser Anstalt und haben im Dezember vorigen Jahres gebeten, einen neuen Röntgenapparat anzuschaffen. Die Armendirektion hat aber dem Räte der Stadt nicht empfehlen können, zu dieser Neuanschaffung zu schreiten, denn sie würde heute 40 000 *M* kosten. Um aber einigermaßen den Anforderungen gerecht zu werden, die bei Röntgenbehandlung an die Einrichtung im städtischen Krankenhaus gestellt werden, beantragen die Ärzte nunmehr, wenigstens einen neuen Röhrenschuttkasten an Stelle des verletzten Stativs stadtsseitig zu beschaffen. Ein solcher würde 2000 *M* kosten, und mit ihm würde noch eine Zeitlang die alte Röntgeneinrichtung benutzt werden können. Der Rat der Stadt und mit ihm der Finanzausschuß empfehlen den Stadtverordneten, die 2000 *M* für diese durchaus notwendige Anschaffung zu bewilligen.

Der Antrag gilt als stillschweigend genehmigt.

19. Anfrage Stegmann: a) über die Verteilung der Zuschüsse an die Turn- und Sportvereine, b) über die Räumung der Turnhalle an der Heinrichstraße.

Wortlaut des Antrages s. S. 40.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, daß wir kurz vor Weihnachten 5000 *M* als Beihilfe für die Braunschweiger Turn- und Sportvereinigungen bewilligt haben. Es ist nun aufgefallen, daß von dem im Arbeitersportkartell vereinigten Vereinen nur drei von dieser Beihilfe etwas abbekommen haben: Die Freie Turnerschaft 500 *M*, der Fußballklub Wacker 300 *M*, der Schwimmklub Delphin 50 *M*, während die bürgerlichen Vereine zusammen 4150 *M* erhalten haben. Der Vorsitzende des Arbeitersportkartells hat sich deshalb mit einem Schreiben an den Rat der Stadt gewandt und gebeten, ihm mitzuteilen, wie die Gelder verteilt worden seien. Er hat darauf allerdings von Herrn Stadtrat Schaper die Antwort bekommen, daß die Gelder rechtmäßig verteilt worden seien. Damit wollen sich die Leute nicht beruhigen. Auffallend ist jedenfalls, wenn die Gelder rechtmäßig verteilt sind, daß keine ausreichende Erklärung gegeben wird, in der gesagt wird, was an jede Vereinigung gegeben worden ist. Ich möchte an den Rat die Bitte richten, uns darüber aufzuklären, in welcher Weise die Gelder verteilt worden sind. Es ist

wohl selbstverständlich, daß wir als Stadtverordnete darüber Aufklärung bekommen müssen. Ich will nicht verlangen, daß es Herr Stadtrat Schaper hier im einzelnen anführt, es könnte uns vielleicht eine schriftliche Nachweisung übermitteln werden.

Was die zweite Anfrage betrifft, so ist hier schon vor einiger Zeit darüber Klage geführt worden, daß wegen der Kartoffellagerung in der Turnhalle an der Heinrichstraße die Vereine, welche dort turnen, anderweitig untergebracht werden müssen. Es wurde zugesagt, soweit es möglich wäre, diese Turnhalle frei zu machen. Seitdem sind mehrere Monate verstrichen, und es ist nichts in der Angelegenheit gebessert. Der Turnverein der Freien Turnerschaft mit zwei Schüler-, zwei Schülerinnen- und einer Jugendabteilung, also einer großen Zahl von Turnenden, sind nach dem Sandweg verwiesen, und durch die Zerspaltung der Abteilungen wird dem Verein großer Schaden zugefügt. Ich möchte mich mit der Anfrage an den Rat der Stadt wenden, ob es immer noch nicht möglich gewesen ist, einen anderen Raum für die Kartoffellagerung ausfindig zu machen, damit endlich die Turnvereinsübungen wieder in der Turnhalle an der Heinrichstraße stattfinden können.

Stadtrat Schaper: Als im Spätsommer vorigen Jahres die 5000 M. zu Turn- und Sportzwecken bewilligt wurden, ist der Spielfeldauschuß, der sich aus einem Ratshmitgliede und drei Stadtverordneten zusammensetzt, ermächtigt worden, diese Summe an die Turn- und Sportvereine zu verteilen. Es sind dann im November vorigen Jahres die Anträge der Turn- und Sportvereine, die zur Einreichung von solchen durch Bekanntmachung aufgefördert waren, eingegangen, der Spielfeldauschuß hat sich mit der Frage der Verteilung beschäftigt, und ich kann sagen, daß wir dort nach bestem Wissen und Gewissen die Verteilung vorgenommen haben. Wir haben uns dabei genau nach den Bestimmungen, die die Stadtverordneten beschlossen haben, gerichtet. Der Kernpunkt dieser Bestimmungen lautete, daß nur solche Vereine bedacht werden sollen, deren Förderung im öffentlichen Interesse liegt, und als Erläuterung ist hinzugesetzt: „... also nicht kleine, unbedeutende Sportvereine“. Diese Bestimmung hat uns bei der Verteilung geleitet, und daher mag es gekommen sein, daß eine Reihe Vereine, die glaubten, Anrecht auf einen Teil dieser Summe zu haben, nicht haben bedacht werden können. Allerdings ist nun der Antrag an uns eingegangen, dem Arbeitersportkartell eine Übersicht über die Verteilung zu geben, der Spielfeldauschuß hat jedoch auf meine Anfrage dieses Ansinnen des Sportkartells abgelehnt, und zwar aus der Erwägung heraus, daß es nicht angängig sei, irgendeiner Vereinigung, wenn sie bei der Verteilung von Geldern nicht bedacht worden ist, das Recht

zuzugestehen, eine Aufstellung darüber zu verlangen, wer die Gelder bekommen hat. Dagegen finde ich nichts darin, wenn wir den Stadtverordneten eine Übersicht vorlegen. Ich für meine Person bin gern dazu bereit, ja, halte es für selbstverständlich und glaube, daß auch die übrigen Mitglieder des Spielplatzausschusses dazu bereit sind.

Daß die Turnhalle der Schule an der Heinrichstraße der Benutzung zum Turnen für einige Zeit entzogen ist, liegt daran, daß sie zur Lagerung von Kartoffeln in Anspruch genommen wird. Wir hofften, daß in der nächsten Zeit fast alle Hallen für Turnzwecke frei würden. Nun aber sind vor einigen Wochen — man kann sagen: erfreulicherweise — Auslandskartoffeln in Braunschweig eingetroffen, und die haben nicht anders untergebracht werden können als in einigen Turnhallen, die frei waren. Ich glaube aber, daß die Kartoffeln aus den Hallen in einigen Wochen wieder verkauft sein werden, und daß die Hallen dann selbstverständlich den Schulen wie auch der Freien Turnerschaft wieder zur Verfügung stehen.

Ohne weitere Besprechung.

20. Anfrage Bunge, betreffend ein beschleunigtes Verfahren für Beschlagnahme von Wohnungen.

Wortlaut der Anfrage f. S. 40.

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wir haben heute wieder gehört, wie unendlich schrecklich die Wohnungsnot immer noch grassiert, und deshalb müssen wir versuchen, alles, was Besserung herbeizuführen geeignet ist, zur Anwendung zu bringen. Unter diesen Umständen bin ich zu der Anfrage gekommen, ob es nicht möglich ist, eine Besserung in den Verhältnissen dadurch zu erreichen, daß ein schnelleres Verfahren bei der Beschlagnahme von Wohnungen zur Anwendung kommt. Es sind Klagen laut geworden, daß, sobald eine Wohnung beschlagnahmt worden ist, das Verfahren noch 6 bis 8 Wochen hinterher, und noch länger, dauert. In dieser Zeit könnte schon manche Familie unter Dach und Fach gebracht worden sein. Ich für mein Teil weiß nicht, woran es liegt, daß erst soviel Zeit darüber vergeht. Mir ist versichert, das Grundübel liege hier im Rathaus, und wenn das der Fall ist, muß es möglich sein, die Sache zu beheben. Wenn das Verfahren erledigt ist und irgendwelche kleinen Veränderungen an den Wohnungen und Zimmern vorzunehmen sind, wie das vielfach vorkommt, dann tritt leicht eine Verzögerung dadurch ein, daß die betreffenden Hauswirte nicht Hand anlegen, sondern die Sache hingehen lassen, so daß, wenn keine Revision kommt, die Sache noch nach Wochen beim alten ist. Aus diesem

Grunde habe ich auch die Frage gestellt, ob sich nicht eine planmäßige Revision zur Durchführung bringen läßt. Ich glaube ja, daß wohl von allen das Bestmögliche getan wird, aber immerhin könnten kleine bureaukratische Fehler, wenn es sich um solche handeln sollte, leicht ausgemerzt werden. Ich bitte den Rat, uns Auskunft zu geben, wie die Sache auf diesem Gebiete steht.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine verehrten Herrschaften! Vornweg will ich bemerken, daß die ganze Beschlagnahme von Wohnungen ein außerordentlich schwieriges Kapitel ist. Das werden Sie alle wohl wissen, und diejenigen, die Mitglieder der Wohnungsdeputation sind, und auch die Mitglieder des Mieteinigungsamtes wissen das ganz besonders zu würdigen. Man wird bei der Beschlagnahme nicht mit offenen Armen empfangen, sondern meistens ist das Gegenteil der Fall: der Betreffende sucht dem Bureau und dem Mieteinigungsamt Schwierigkeiten in den Weg zu legen, soweit ihm das möglich ist — es gibt selbstverständlich auch rühmliche Ausnahmen davon. Der wunde Punkt bei der ganzen Angelegenheit besteht zum großen Teil darin, daß, wenn die Betroffenen sich mit der Inanspruchnahme nicht einverstanden erklären, die Entscheidung des Mieteinigungsamtes herbeigeführt werden muß. Das Mieteinigungsamt ist außerordentlich stark in Anspruch genommen, und dadurch kommt es, daß manchmal eine gewisse Verzögerung eintritt, die sich nicht umgehen läßt. Es kommt aber auch vor, wie es Herr Bunge gekennzeichnet hat, daß, wenn man auch die Beschlagnahme mit Erfolg ausgesprochen hat, doch noch der Hauswirt mancherlei Schwierigkeiten insofern macht, als er keine Anstalten trifft, in solchen Fällen, wo bauliche Änderungen vorgenommen werden müssen. Auch dann sind Verhandlungen nötig, die heute sehr schwierig sind, denn in manchen Fällen will dann auch noch der Mieter nicht so, wie der Hauswirt will. Ich gebe aber zu, daß in mancher Beziehung eine planmäßigere Behandlung der ganzen Angelegenheit von Erfolg sein könnte. Wir hatten uns allerdings zunächst eine planmäßige Behandlung der ganzen Angelegenheit vorgenommen, aber es hat sich nachher nicht alles in der gewünschten Weise durchführen lassen, so daß wir später von dem Plane abgewichen sind — in der Regel da, wo wir in Erfahrung gebracht hatten, daß geeignete Wohnungen am ersten zu haben sind. Wir haben dort zugegriffen, wo sich aussichtsreiche Gelegenheit bot. Es ist aber geplant und neulich schon in der Wohnungsdeputation zur Sprache gebracht, in der nächsten Zeit nochmals systematisch alle Wohnungen durchzugehen, und zwar in erster Linie die Wohnungen an denjenigen Straßen, von denen wir annehmen, daß noch am leichtesten Wohnungen geschaffen werden können. Wir werden also die Adolfsstraße, die Kaiser-Wilhelm-Straße mit allen dazu gehörenden Nebenstraßen zuerst aufs Korn

nehmen, zunächst an Hand der letzten Kohlenlisten, die uns über die Belegung der größeren Wohnungen Aufschluß geben. Ich hoffe, daß wir da noch manche Wohnung in Anspruch nehmen können, die bislang leer ausgegangen ist. Sehr häufig sind bei uns Anzeigen erstattet, es seien da und dort noch übergroße Wohnungen vorhanden, die von uns in Anspruch genommen werden könnten, und in manchen Fällen hat sich auch ergeben, daß die Vermutung richtig war, in andern aber auch, daß sie nicht zuträfe. Seit Monaten haben sich verschiedene Unterkommissionen mit dieser undankbaren Aufgabe beschäftigt, haben sich mit Liebe und Aufopferung der Sache angenommen und durchaus Dankenswerthes geleistet. Nur darf nicht erwartet werden, daß in den Fällen, wo die Kommission beispielsweise von übergroßen Wohnungen 1—2 Zimmer ohne Küche oder sonstige Nebenräume mit Beschlag belegt hat, sofort ein Mieter gefunden wird, der mit diesem einen oder den zwei fahlen Zimmern vorlieb nehmen kann. In der Regel will eine Familie mit Zug und Recht neben einer Küche noch zwei oder drei andere Zimmer mit entsprechendem Nebengelass haben, und das zu finden, ist nicht so ganz leicht. Aus dem Grunde ist man vorwiegend — das habe ich früher schon ausgeführt — darauf ausgegangen, Dachwohnungen einzurichten, weil dort durch Zusammenlegung der verschiedenen Mädchen- oder Fremdenzimmer am ehesten eine derartige Wohnung sich einrichten läßt. Damit haben wir ja auch ganz gute Erfolge erzielt und auch unter pekuniärer Unterstützung durch die Stadt viele Wohnungen einrichten können. Ich wiederhole, daß eine systematische nochmalige Nachforschung wahrscheinlich noch eine ganze Anzahl von Wohnungen ausfindig machen wird, allerdings wird sich — das möchte ich betonen — diese Arbeit nur bewältigen lassen, indem wir das Personal des Wohnungsbureaus nicht unerheblich vermehren. Herr Bunge und die geehrte Versammlung können überzeugt sein, daß wir in der Wohnungsdeputation alles tun werden, um die geäußerten Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen.

Stadtv. **Marth** beantragt Besprechung der Anfrage.

Stadtv. **Marth**: Die Wohnungsnot ist ein Kapitel, welches uns schon viel Sorge gemacht hat und noch viel Sorge machen wird. Sie ist augenblicklich so groß, daß es in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, die suchenden Familien in guter Weise unterzubringen. Seitens der Wohnungskommission ist allerdings eine ganze Anzahl Wohnungen beschlagnahmt worden, aber die Zeit, bis die Wohnungen bezogen werden können, währt zu lange. Es gehen Monate darüber hin, und es ist unmöglich, daß die Leute so lange darauf warten können. Deshalb müßte das Verfahren, um diese Räume, die für die wohnungslosen Familien notwendig sind, zur Verfügung stellen zu können, bedeutend beschleunigt und ein

anderer Weg eingeschlagen werden, um schnell zum Ziele zu kommen. Selbstverständlich ist es nicht möglich, die Sachen in ganz kurzer Zeit zu erledigen, aber wenn sie 4—8 Wochen liegenbleiben und wir sind immer noch nicht in Besitz der Wohnungen, dann muß schärfer zugefaßt werden. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß der Rat der Stadt in dieser Sache zu anständig ist, nicht scharf genug faßt, und möchte ihm zurufen, daß er in den Fällen, wo es nötig ist, härter und schärfer werden möchte. Zu Anfang hat man geglaubt, daß die Bevölkerung Folge leisten würde, wenn der Rat der Stadt einen Aufruf an die wohlhabende Bevölkerung, die die großen Wohnungen inne hat, erließe, sie möchte alle entbehrlichen Räume zur Verfügung stellen. Aber die große Anzahl derjenigen, die Überschuß an Wohnräumen haben, hat diesen armen Menschen, die keine Wohnung haben, kein Obdach gewährt. Es handelt sich bei den Wohnungsuchenden nicht allein um unsere Braunschweiger, sondern auch um die Flüchtlinge, die Deutschen, die aus dem Elsaß, aus Posen und Westpreußen vertrieben sind und nun versuchen, in dem übrigen deutschen Reiche ein Unterkommen zu finden. Da wäre es angebracht, daß die wohlhabenden Leute von ihren großen Wohnungen freiwillig Räume abtreten und die Flüchtlinge aufnehmen. Aber leider ist es so, daß nach außen die Vaterlandsliebe nach allen Seiten gepredigt wird, aber in den Fällen, wo es heißt, etwas zu leisten, das am eigenen Leibe gespürt wird, ist niemand da. Deshalb möchte ich bitten, daß der Rat der Stadt schärfer faßt und Wohnungen schafft, wo es nur möglich ist.

Einige Fälle sind beim Mieteinigungsamt vorgekommen, die zu Bedenken Anlaß geben. Wenn von den Bewohnern einer Villa, von der Räume beschlagnahmt sind, die Räumung erst lange Zeit hingezogen wird und die Inhaberin dann erklärt, daß sie die Räume nicht abgeben kann und will, weil sie Möbel darin stehen habe, wenn sie deswegen beim Mieteinigungsamt vorstellig wird und der Rechtsbeistand erklärt, die Räume brauchen nicht abgegeben zu werden, dann hört die Sache auf. Die Sachen werden teilweise auch vom Mieteinigungsamt verschleppt. Da hat eine Familie, die hier nicht anwesend ist, die ins Ausland verreist ist, eine ganze Etage besetzt; sie hätte an einigen Zimmern genug, während die andern Räume anderweitig benutzt werden könnten. Es ist nicht angängig, daß ganze Räume leer stengelassen werden und andere Familien deswegen ohne Obdach bleiben. Es ist im Mieteinigungsamt diese Sache in der letzten Zeit vorgekommen, und es scheint

Vorsitzender: Ich glaube, einmal hat der Redner seine Redezeit schon reichlich in Anspruch genommen, und zum andern sitzen wir eben nicht zu Gericht über die Praxis des Mieteinigungsamtes.

Stadtv. Marth: Wenn die Wohnungsfrage behandelt wird, indem eine Anfrage gestellt ist, wie die Wohnungsbeschaffung schneller gefördert werden soll, so muß auch Gelegenheit gegeben werden, dies Thema eingehend zu behandeln. Ich muß bitten, einen Beschluß der Versammlung herbeizuführen, ob ich diese Frage weiterbehandeln darf.

Vorsigender: So sieht die Sache nicht aus. Die Mitglieder der Versammlung haben mit Ausnahme des Referenten und des Antragstellers das Recht, zehn Minuten lang zu sprechen, und diese Zeit hat der Herr Vorredner bereits überschritten, und sodann beschäftigen sich seine letzten Ausführungen zum größten Teil mit dem Mieteinigungsamte, das nicht zur Besprechung steht.

Stadtv. Marth: Ich muß bei der Besprechung der Wohnungsbeschaffung diese Verhältnisse beim Mieteinigungsamte berühren. Es liegt hier der Fall so, daß die Maßnahmen des Mieteinigungsamtes die Verschleppung in einem Falle so weit treiben, daß es nicht möglich ist, die Wohnungsnot zu lindern. Ich weiß nicht, ob ich noch weitere Ausführungen machen darf.

Vorsigender: Es steht Ihnen frei, zweimal zu einer Angelegenheit das Wort zu nehmen. Sie müßten sich dann erneut zum Worte melden.

Stadtv. Marth: Ich werde mich kurz fassen. In dem Falle, von dem ich sprechen wollte, hat in der letzten Woche ein Vorsigender des Mieteinigungsamtes erklärt, daß er eine Beschlagnahme nur festlegen könne, wenn die Kommission einen Grundriß der Wohnung beibrächte, aus dem hervorginge, welche Zimmer beschlagnahmt werden sollen. Von der Kommission war es so gemacht, daß dem Inhaber frei gelassen war, zu bestimmen, welche Zimmer er abgeben wollte, und ich denke, daß das genug Entgegenkommen gegen den Inhaber der Wohnung war. Wenn die Praxis so gehandhabt werden soll, daß von dem Mieteinigungsamt verlangt wird, daß immer erst ein Grundriß der Wohnung vorgelegt werden soll, dann werden später die Leute, mit denen wir ein Übereinkommen über Abgabe der Wohnung getroffen haben, hinterher noch Schwierigkeiten machen und auf den Grundriß verweisen. Dann muß das Personal des Wohnungsbureaus erst noch sämtliche Grundrißbogen durcharbeiten. Das ist eine Arbeit, die es dazu kommen läßt, daß wir auf Wochen nicht dazu kommen, eine Wohnung beschlagnahmen zu können. Es wird dadurch eine Verschleppung herbeigeführt, und hiergegen muß Abhilfe geschaffen werden.

Vorsigender: So können wir nicht weiterverhandeln; selbst bei der liberalsten Handhabung der Geschäftsordnung geht das zu weit. Ich habe dem Redner schon vorhin gesagt, daß er nur 10 Minuten lang sprechen dürfe, nachher aber zum weiten Male sich zum Wort melden könne, dann aber erst nach der Reihe der Rednerliste zum Wort kommen könne. In etwas müssen wir die Ordnung doch noch handhaben.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Vertreter des Mieteinigungsamtes, Herr Rechtsanwalt Philipps, ist nicht anwesend. Da er das nicht mitanhören kann, was über diese Sache vorgebracht wird, möchte ich anheimstellen, derartige Einzelfälle vielleicht Herrn Rechtsanwalt Philipps selbst vorzutragen, dann wird er Gelegenheit nehmen können, seine Gegengründe anzuführen. Ein solches Verfahren ist wohl zweckmäßig, denn es hat sich wohl nur um einen Einzelfall gehandelt.

Stadtv. Frau Schulze: Leider bringt die Einwohnerschaft unserer Stadt der Wohnungsbeschlagnahme nicht das nötige Verständnis entgegen. Man bekommt von den Wohnungsinhabern manchmal etwas zu hören, was nicht mehr schön ist; ist es doch so weit gekommen, daß man die Herrschaften an ihre Bildung hat erinnern müssen, damit sie sich eines anderen Tones besleißigen. Vor vierzehn Tagen ist es mir passiert, daß man mir bei der Wohnungsbesichtigung die Tür vor der Nase zugeschlagen hat. Eine Frau war auf die Straße gesetzt worden und sollte eine Wohnung angewiesen bekommen. In den in Frage kommenden Räumen wohnte eine einzelne Frau, die eine Ausgehstube auf der Bismarckstraße hatte. Sie war auf ihrer Stelle und hatte die Räume verschlossen, durch die wir gehen mußten, und der Hauswirt konnte uns die Wohnung auch nicht öffnen. Ich ging mit einem Beamten zu der Dame auf der Bismarckstraße und bat, auf eine kurze Zeit der Frau Urlaub zu geben, damit sie uns die Räume zeigte. Erst habe ich noch gebeten, ob es nicht möglich wäre, da sie doch den ganzen Tag auf dieser Stelle beschäftigt war, daß sie auch dort schlief. Das wurde mir abgeschlagen, es mag ja auch sein, daß Räume dafür nicht vorhanden waren, aber nicht einmal erlaubte die Dame, daß die Frau die kurze Strecke von der Bismarckstraße bis zum Steinweg ging und uns die Wohnung aufschloß, wenngleich wir ihr anboten, für die kurze Zeitverräumnis eine Entschädigung zu zahlen. Es wurde uns einfach die Tür vor der Nase zugeschlagen. Es wäre gut, wenn die Nachricht über ein solches Verhalten in die Presse hineinkäme und mit dazu helfen würde, daß die Einwohner Braunschweigs, die große Wohnungen haben, in dieser schweren Zeit nicht nur an sich denken, sondern auch an die, die sich erst um eine Wohnung bemühen müssen, daß sie nicht nur das eigene Wohlergehen im Auge haben, sondern auch das der Allgemeinheit nicht vergessen.

Stadtv. **Rector:** Eine der Hauptschwierigkeiten bei der Wohnungsbeschlagnahme ist die Beschaffung der Küche. Wenn wir wirklich einmal zwei oder drei Räume bekommen, so ist meistens doch keine Küche einzurichten. Sodann kommt die pekuniäre Frage in Betracht. Man kann auch vom Hauswirt nicht verlangen, daß er Opfer an Geld bringt. Sehr oft hört man sagen, daß die Wohnungen, die gefunden sind, unter der Hand oder im geheimen vermietet würden. Das ist ausgeschlossen. Jeder Hauswirt, der eine Wohnung zu vermieten hat oder bei dem eine Wohnung beschlagnahmt wird, ist verpflichtet, die Genehmigung der Vermietung vom Mieteinigungsamt einzuholen. Aber ein ganz raffiniertes Vorgehen der Wohnungsinhaber ist manchmal zu beobachten. Wenn jemand eine Wohnung in der ganzen Etage hat und es sind nur drei Personen in der Wohnung, dann wird in das eine Zimmer die eine Person gesetzt und in die andere Ecke der Wohnung wieder eine Person, und auf diese Weise die Wohnung unter die drei Personen so verteilt, daß jeder zwei bis drei Räume inne hat, damit die ganze Wohnung als bewohnt gelten soll. Es gibt tatsächlich eine ganze Menge Wohnungen, wo es möglich ist, daß man die Wohnräume der einzelnen Familienglieder zusammenlegt. Es geniert doch schließlich nicht, wenn z. B. der Mann mit seiner Frau in einer Kammer schläft. (Seiterkeit.) Aber jedes Familienmitglied beansprucht dort für sich ein eigenes Schlafzimmer, Ankleideraum, Wohnzimmer, Gesellschaftszimmer, Speisezimmer. Bedenken Sie, welche Räume uns dadurch verlorengehen. Das haben wir doch auch nicht alle, sondern wenn wir eine Schlafkammer und ein Wohnzimmer haben, dann sind wir schon zufrieden. Einen solchen Fall, wie ich eben erwähnte, hatten wir vor längerer Zeit auf der Broitzener Straße. Die ganze Wohnküche stand vollständig leer, weil ein alter Rentner das Haus ganz allein bewohnte. In der Stube hätten 10 Personen unterkommen können. Dazu war eine große Küche, ein großes Speisezimmer und daneben eine große Kammer vorhanden, und in der unteren Etage und zwei Treppen hoch war das gleiche der Fall. Da heißt es so oft: Wir erwarten den Sohn oder den Schwager oder dies oder das. Wir haben uns gesagt: Laßt doch die Leute zusammenziehen, was sich in einem solchen großen Hause wunderschön einrichten läßt, dann haben wir eine Wohnung mehr. Wenn nachher noch Gäste kommen, dann läßt sich ja noch immer Rat schaffen.

Stadtv. **Loftmann:** Die Beschlagnahme der Wohnungen ist tatsächlich mit großen Schwierigkeiten verbunden. Ich kann darüber als Beisitzer beim Mieteinigungsamte aus Erfahrung sprechen, denn gerade dort wird gewöhnlich darüber entschieden, wenn die Herrschaften mit der Beschlagnahme nicht einverstanden sind, und das kommt in den meisten Fällen vor, wo eine Beschlagnahme aus-

gesprochen wird. Ich betone, das Wort Herrschaften, das sind Leute, die über Wohnungen mit 10, 12 Zimmern verfügen, über ganze Häuser oder Villen, wo nur wenige Personen zu finden sind. Gerade diese Herrschaften sind es, auf deren Schuldkonten diese unglückseligen Zustände mit gesetzt werden müssen. Sie erheben mit ganz nichtigen Gründen Einspruch gegen die Beschlagnahme; Herr Recter hat schon Beispiele dafür angeführt. Der eine bekommt in nächster Zeit einen Schwager zu Besuch, der andere einen Cousin, der nächste ein Kind oder Großkinder von daher oder dorthier, die sie alle placieren müssen, und folglich haben sie von den Räumen nichts übrig. Solche Zustände werden aber erst als zutreffend angegeben, sobald die Beschlagnahme stattgefunden hat, damit sich die Herrschaften mit aller Entschiedenheit gegen die Beschlagnahme sträuben können.

Wenn nun Herr Marth von einer Verschleppung spricht, weil die beschlagnahmten Wohnräume nicht sofort in Benutzung genommen werden können, und daß daran das Mieteinigungsamt schuld habe, so irrt er sich gewaltig. Ich möchte wohl behaupten, daß nach meiner Erfahrung nicht das Mieteinigungsamt schuld daran hat, sondern die Wohnungsbeschlagnahmekommission. Wenn die Wohnungsbeschlagnahmekommission dem Mieteinigungsamt fertiges Material vorgelegt hätte, dann hätte das Mieteinigungsamt darüber entscheiden können. Aber es kommt oftmals an das Mieteinigungsamt ein Material, bei dem es ausgeschlossen ist, darüber zu urteilen. In solchen Fällen ist man dazu gekommen, damit brauchbares Material vorgelegt wird, daß die Beschlagnahme von uns aufgehoben wird. Dann mag das Wohnungsbureau die Beschlagnahme von neuem ausüben und uns genaues Material bringen, bei dem eine Entscheidung vom Mieteinigungsamt gefällt werden kann. Ich muß dem Wohnungsamt noch einen Vorwurf machen. Die Herren, die dort beschäftigt sind und die den Rat dem Einspruchnehmer gegenüber beim Mieteinigungsamt vertreten sollen, sind tatsächlich größtenteils nicht in der Lage, die Vertretung auszuführen zu können. Sie wissen tatsächlich von nichts, so daß sie dem Mieteinigungsamt nicht Auskunft geben können und nicht mit Entschiedenheit den Standpunkt des Rates vertreten können, damit die Beschlagnahme nicht aufgehoben wird. Die meisten Herrschaften, die gegen die Beschlagnahme Einspruch erheben, bringen dagegen einen Rechtsbeistand mit, und so bekommt man keinen klaren Überblick.

Sodann hat das Mieteinigungsamt beantragt, daß die Pläne der Grundstücke mit vorgelegt werden sollen, denn wenn das Mieteinigungsamt über Zimmer beschließen soll, deren Beschlagnahme aufgehoben oder zu Recht bestehen bleiben soll, muß es wissen, wie die Räume liegen, um zu entscheiden, ob der Betreffende in der Lage ist, die fraglichen Räume abzugeben. Da solches Material nicht durch

einfaches Aufzählen ersetzt werden kann, muß es nach Meinung des Mieteinigungsamtes herbeigeschafft werden.

Es ist auch eine Tatsache, daß vom Wohnungsbureau nicht scharf genug vorgegangen ist. Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß an Besitzer größerer Wohnungen vom Wohnungsbureau gar nicht gedacht ist. Das Wohnungsbureau ist darauf aufmerksam gemacht, daß dieser oder jener noch verschiedene Zimmer abzugeben genötigt werden könnte, und es ist doch nichts dazu getan. Ich möchte an einen Brennerbesitzer erinnern, der mit seiner Frau eine Zwölfsimmerwohnung im Besitz hat, und bei dem vom Wohnungsbureau noch nicht eingegriffen ist. Ich erinnere an einen Wurstfabrikanten, der über ein Jahr lang seine Wurstfabrik nicht in Betrieb hat, und der ein Haus mit zwei Etagen und noch einer Dachetage besitzt. (Zuruf: Die Sache liegt beim Mieteinigungsamte.) Ich weiß nicht, ob sie jetzt bewohnt ist, vor kurzem noch nicht. Solche Fälle liegen eine ganze Menge vor. Wenn da vom Wohnungsamt scharf durchgegriffen wird, so wird das von großem Nutzen sein. Die Wohnungsnot ist groß; kleine Wohnungen sind überfüllt, sind mit zwei bis drei Haushaltungen besetzt. Dann ist es wohl nötig, daß von den größeren Wohnungen die Herrschaften etwas abgeben, damit die Wohnungsnot gelindert wird.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Es hat wohl keinen Zweck, daß man hier noch darüber streitet, wie am besten die Wohnungsnot zu beheben ist, und wer schuld daran hat, daß die Sache nicht so schnell gefördert wird, wie es sein müßte, ob die Wohnungskommissionen oder das Mieteinigungsamt. Der eine meint, die Herrschaften, die den Kommissionen angehören, sind schuld, und der andere, das Mieteinigungsamt. Ich glaube, in der Hauptsache liegt die Schuld an der Schwierigkeit der Aufgabe selbst und an den außerordentlichen Schwierigkeiten, die den in dieser Sache arbeitenden Kommissionen bereitet werden. In der Beziehung hat Herr Tostmann ohne Frage recht, wenn er auch selber einer derartigen Kommission nicht angehört. Er hat die Ausführungen, die gegen das Mieteinigungsamt gemacht sind, zurückgewiesen. Ich habe den in Frage stehenden Beratungen mit beigewohnt; es sind dabei seitens des Vertreters des Mieteinigungsamtes gewisse Wünsche geäußert, deren Erfüllung sich im Laufe der Praxis als notwendig herausgestellt hat; und es ist meinerseits bei dieser Besprechung zugesagt, daß alle diese vom Mieteinigungsamt geäußerten Wünsche erfüllt werden sollen. Mehr kann doch nicht geschehen. Aber das geht nicht von heute auf morgen. Beispielsweise wurde gewünscht, es möchte bei jeder Beschlagnahme, die dem Mieteinigungsamt zur Entscheidung vorgelegt wird, ein Plan oder eine Skizze mit Größenangaben und Bezeichnung der Lage der Zimmer bei-

gefügt werden. Natürlich läßt sich das nur machen bei den Zimmern, die jetzt einer Revision unterzogen werden, bei den schon laufenden Sachen läßt sich das nicht nachholen. Im übrigen wiederhole ich, daß die Aufgabe der Wohnungsbeschaffung eine außerordentlich schwierige ist. Von einer Seite wurde gesagt, wir griffen nicht scharf genug zu; von anderen Seiten dagegen kommen Klagen, wir griffen viel zu scharf zu, und solche Klagen sind massenhaft gekommen. Nun habe ich allerdings vor, am nächsten Mittwoch in der Wohnungsdeputation Vorschläge zu machen, nach denen in der Zukunft viel schärfer durchgegriffen werden soll, und ich hoffe, daß ich darin bei der Wohnungsdeputation Unterstützung finde, dann werden wir hoffentlich schneller zum Ziele kommen.

Der von Herrn **Meyerhoff** auf Schluß der Debatte gestellte Antrag wird von der Mehrheit angenommen.

21. Anfrage **Schmerbach**, betr. das Pastorenhaus hinter der Petrikirche.

Wortlaut der Anfrage: Das Pastorenhaus hinter der Petrikirche soll unbewohnt sein, da der Herr Pastor Freise in der Pawelstraße wohnt. Könnte dieses Haus nicht zur Vinderung der Wohnungsnot mit in Betracht gezogen werden?

Stadtv. **Schmerbach** (zur Begründung): In Anbetracht der eben gehörten langen Debatte über die Wohnungsbeschaffung kann ich mich wohl ganz kurz fassen, da es sich in meiner Anfrage nur um einen einzelnen Fall handelt. Sollte es Tatsache sein, daß das Pastorenhaus hinter der Petrikirche leer steht und Herr Pastor Freise an einer anderen Stelle wohnt, so läge nichts näher, als daß das Haus hinter der Petrikirche zu anderer Benutzung freigegeben würde. Ich muß mich wundern, daß das christliche Liebeswerk gerade von den Pastoren immer nur in der Theorie gepflegt wird und nicht in der Praxis. Hier wäre zur Betätigung der christlichen Liebe doch Gelegenheit gegeben, da Braunschweig mit den Pastorenwohnungen sehr reichlich umgeht. Bekanntlich hat jeder Pastor in Braunschweig ein besonderes Haus, und da die Wohnungsnot so schlimm ist, daß viele in Notwohnungen und Baracken unterkommen müssen, so sollte die betreffende Gemeinde doch daran denken, daß sie ihr Liebeswerk auch dahin ausdehnte, daß sie ihre Wohnungen, die frei stehen, ohne weiteres zur Verfügung stellt. So etwas sollte man auf jeden Fall erwarten. Aber es scheint mir so — ich will keinen andern Verdacht aussprechen —, daß von der Seite, wo die christliche Liebe gepredigt wird, das nicht innegehalten wird, was man den Massen predigt. Man hat an Wohnungen für diese Herren so viel, daß sie nicht einmal in

einem Hause wohnen, sondern in getrennten, und zum Teil sind sie gegeneinander, wie der gewöhnliche Ausdruck sagt, wie Hund und Katze. Hier müßte man erwarten, daß sie den Beweis erbringen für den schönen Spruch: In Eintracht und Frieden beisammen zu wohnen. Sie sollten ein schönes Beispiel geben und ihre Lehre in christlicher Liebe zum Ausdruck bringen. Ich will zufrieden sein, wenn diese Frage als ein einzelner Fall kurz beantwortet wird.

Oberbürgermeister Netemeyer: Die Vorwürfe, die Herr Schmerbach gegen den Inhaber der benannten Pfarrstelle gerichtet hat, sind meines Erachtens unbegründet, und zwar aus dem Grunde, weil der Herr erst seit etwa acht Tagen Inhaber der Pfarre ist. Seit wann sollte denn wegen dieser Wohnung vorgegangen sein? Sie wissen, daß Herr Pastor Brakebusch längere Zeit abwesend gewesen ist, und daß ihm dann die Pfarrstelle zu Barum verliehen ist. Am Dienstag hat der Stadtkirchenrat die Mittel zur Instandsetzung des Pfarrhauses hinter der Petrikirche bewilligt, und erst nachdem diese beendet ist, wird Herr Pastor Freise dort einziehen. Wenn Sie die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen, können Sie die Vorwürfe gegen den jetzigen Inhaber der Pfarre von Sankt Petri nicht aufrechterhalten.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich möchte nur im allgemeinen bemerken, daß wir bei der Revision der Wohnungen und der Beschlagnahme nicht vor den Pastorenhäusern haltgemacht haben. Es ist auch in zahlreichen Fällen eine Inanspruchnahme dieser Wohnungen erfolgt, und zwar nicht bloß im Wege der Beschlagnahme, sondern verschiedene der Herrschaften haben sich ohne weiteres in dankenswerter Weise bereit erklärt, Familien aufzunehmen. Auch bezüglich der Dienstwohnung des Herrn Pastor Freise ist uns bekanntgeworden, daß sie schon längere Zeit leer steht, aber mit Rücksicht darauf, daß der Pastor Freise erst am Sonntag vor vierzehn Tagen eingeführt ist, konnte ein Zugriff noch nicht erfolgen. Ich will verraten, daß mir das Wohnungsbureau die Beschlagnahme des Hauses vorgelegt hatte, daß ich aber mit Rücksicht auf die kurze Zeit seit Einführung des neuen Pastors die Beschlagnahme beanstandet habe. Wir werden uns nunmehr mit dem Kirchenvorstand und mit dem Pastor in Verbindung setzen und auskundschaften, bis wann die Wohnung bezogen sein wird. Ich habe schon gehört, daß Herr Pastor Freise sehr bald in diese Wohnung ziehen wird. Wir hoffen, daß dann seine bisherige Wohnung auf der Pamelstraße, die frei wird, von uns anderweitig in Anspruch genommen werden kann.

Ohne weitere Besprechung.

22. Antrag Schilke, betr. eine anderweite Regelung der Mehlmverteilung.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, unter Berücksichtigung der Eingaben des Stadtverordneten Schilke und der Firma Schacht u. Sievers eine anderweite Regelung der Mehlmverteilung vorzunehmen.

Stadtv. **Schilke** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Bereits am Ende des vorigen Jahres, und zwar Anfang Dezember, hatte ich in dieser Angelegenheit, nachdem verschiedene Mehlgroßisten der früheren Zeit an mich herangetreten waren, eine Anfrage an den Mehlmverteilungsausschuß, zu Händen des Herrn Stadtrats von Frankenberg, gerichtet und darin gebeten, daß zugunsten dieser Leute, die in der Hauptsache im Felde gewesen sind und nun ihre Existenz wiederaufbauen wollten, eine andere Regelung der Mehlmverteilung vorgenommen werden möchte. Herr Stadtrat von Frankenberg machte Einwände dahin gehend, daß mit Rücksicht darauf, daß die Verhältnisse an und für sich schwierig liegen und die Übersicht darunter leiden könnte, eine Teilung der ganzen Mehlmverteilung nicht eintreten könnte. Trotzdem glaubte ich, daß eine Änderung vorgesehen werden könnte, und zwar in Verbindung mit der Bäderinnung und überhaupt den Betrieben, welche bei der Brotversorgung in Frage kommen, und zum andern Teil mit den Mehlgroßisten, um in der einen oder andern Form eine Beschäftigung der eingeseffenen Mehlfirmen möglich zu machen. Seitdem habe ich über die Sache nichts gehört. Herr Sievers, welcher ja auch heute wieder mit einem neuen Antrage an die Versammlung getreten ist, hatte sich darauf an mich gewandt, und ich hatte mich veranlaßt gesehen, am 22. Februar mich an die Stadtverordnetenversammlung zu wenden, und zuletzt habe ich am 31. März gebeten, auf die nächste Sitzung der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung diesen Punkt zur Beratung zu setzen, damit sich die Versammlung darüber unterhalten könnte. Das ist nicht geschehen, und zwar sagte der Vorsitzende unserer Versammlung, daß in der Form geschäftsordnungsmäßig nicht verfahren werden könnte. Infolge des neuen Antrages der Firma Sievers halte ich es für notwendig, Klarheit in die Sache zu bringen, und damit wir uns hier über die Verhältnisse unterhalten können, meinen Antrag zu stellen. Ich bitte, diesen Antrag in geeigneter Form seitens des Rates der Stadt oder hier in der Versammlung zu erledigen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag Schilke dem Rechtsausschuß zur Vorberatung und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 bis 7½ Uhr.



Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. Mai 1920.

Tagesordnung:

Seite

1. Aufnahme einer fest verzinslichen und tilgbaren Anleihe.	91
2. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung einer Schultische	95
3. Gewährung eines Zuschusses an den Landesfeuerwehrverband	95
4. Antrag eines unbefoldeten Ratsmitgliedes auf Amtsniederlegung.	96
5. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten.	96
6. Änderung des Ortsbauplanes zwischen Giesmaroder Straße und Bältenweg.	97
7. Verlängerung der Kurse zur Ausbildung von Handfertigkeitslehrern	98
8. Erhöhung des Zuschusses für das Seminar für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen	99
9. Ausdehnung der Fortbildungspflicht gemäß § 3 Ziffer 2 des Statuts.	100
10. Übersicht über die Verteilung der Beihilfe an Turn- und Sportvereine	100
11. Aufnahme eines Rechtsstreites	101
12. Verkauf eines Grundstückes an der Wittelindstraße	102
13. Verpachtung der Fischerei in der Oker zwischen Münzberg und Schuntereinnündung	104
14. Änderung der Beleuchtungsanlage im Stadtpark	105
15. Instandsetzung des Mobiliars im Markthallenrestaurant	106
16. Einsprachen gegen die Landtagswählerlisten	106
17. Anfrage Schmidt, betreffend die reichsseitig angekündigte Reform des Schulwesens	108

	Seite
In Verbindung damit: Antrag Schmidt, betreffend die stadtseitige Beschaffung und Abgabe der Lernmittel	108
18. Anfrage H. Riefe, betreffend die Anlage einer Wasserzapfstelle für die Schrebergärten auf dem Franzischen Felde	110

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebenzleben, Stadtrat Vogler, Stadtrat Schaper, Stadtrat Langemann.

Es fehlen die Stadtverordneten Blumeier, Benzen, Frau Graf, Dr. Jasper, Dr. Regensburger, Rönneburg, Schilke, Steinbrecher. Herr Stadtverordneter Marth erscheint später.

Vorsitzender **Wilhelm Riefe**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Eingegangen ist eine Beschwerde über eine Entscheidung des Mieteinigungsamts von Herrn Hans Plagge, Bertramstraße 66. Ich überweise sie dem Räte der Stadt, da wir hier in der Versammlung zu der Sache ohne weiteres nicht Stellung nehmen können, ebenso eine Beschwerde des Herrn Hugo Grothe, Bahnhofstraße 14, gegen das Wohnungsbureau. Gleichfalls dem Räte der Stadt zur weiteren Veranlassung überweise ich eine Beschwerde des Arbeiterradfahrervereins, der wünscht, daß ihm Turnhallen zur Übung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Stadtverordneter Schmidt hat folgende Anfrage an den Rat der Stadt gerichtet: „Ist der Rat der Stadt in der Lage, Auskunft geben zu können, wie weit die Vorarbeiten der reichsseitig angekündigten Reform des Schulwesens gediehen sind, beziehungsweise von welchem Zeitpunkt ab mit Schulgeldfreiheit gerechnet werden kann?“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Die Beratung des Punktes 1 „Einrichtung eines städtischen Presseamtes“ muß wieder zurückgestellt werden. Ich glaube, die Versammlung wird damit einverstanden sein, wenn ich diesen Punkt bis dahin von der Tagesordnung verschwinden lasse, bis er endlich von der Kommission vorberaten ist. Ebenso ist Punkt 4 „Antrag Schilke wegen anderweitiger Regelung der Mehlmehlwerteilung“ noch nicht vorberaten. Es dürfte sich empfehlen, mit diesem Punkte ebenso zu verfahren. Wenn er einmal vorberaten ist, können wir ihn ja hier erledigen, ohne daß er auf der Tagesordnung steht.

1. Aufnahme einer fest verzinslichen und tilgbaren Anleihe.

Stadtv. Munte: Sie haben alle die diesen Punkt betreffende Vorlage des Rates der Stadt vom 23. April bekommen, so daß ich mich kurz fassen kann. Die Zuschrift an die Stadtverordneten gibt zunächst einen Überblick über die Schulden der Stadt. Die Kapitalschulden beliefen sich am 26. März auf rund 62 550 000 *M* und verteilen sich auf die unter I 1—7 aufgeführten einzelnen Schuldbösten. Unter II wird uns in die Erinnerung zurückgerufen, daß wir die 10 Millionen Mark, die unter I, 4 verzeichnet sind, zum festen Kurse von 93 % bei der Staatsbank aufgenommen und zur Deckung des Fehlbetrages des Ausgleichsfonds verwandt haben. Neben dem Fehlbetrage des Ausgleichsfonds bestand aber schon damals und besteht noch jetzt die schwebende Schuld, die durch die zahlreichen Vorschüsse für die Kriegsausgaben der Stadt und durch die Fehlbeträge des Extraordinariums der Rämmerkassse und des Neubaufonds der Kanalbaukassse entstanden ist. Von der zur Deckung dieser Schuld bei der Staatsbank in laufender Rechnung erhobenen Summe von 21 250 000 *M* werden 16 Millionen Mark mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinst und können erst 6 Monate nach Kündigung zurückgezahlt werden, während der Rest mit 6 % verzinst werden muß. Der Rat der Stadt führt in seinem Schreiben weiter aus, welcher Geldbedarf bei der Stadt in der nächsten Zeit sich geltend machen wird. Es handelt sich zunächst um einen Betrag für den Erwerb der Aktien der hiesigen Straßeneisenbahngesellschaft im Nennwerte von 3 100 000 *M*, das sind 3 565 000 *M*, außerdem um die Entschädigung für das Gelände des Flugplatzes bei Broitzem, etwa 1 235 000 *M*, ferner um den Zuschuß zu den Kosten der Bahn Braunschweig—Celle mit 400 000 *M*, das ist zusammen ein Kapitalbedarf von rund 5 200 000 *M*, für den am besten eine Anleihe mit fester Verzinsung und Tilgung geschaffen werden muß. Es empfiehlt sich jedoch, nicht nur diesen Betrag, sondern noch andere auf gleichem Wege zu decken. Dahin gehört der Fehlbetrag des Extraordinariums der Rämmerkassse mit 3 520 000 *M*, der des Neubaufonds der Kanalbaukassse mit rund 980 000 *M* und endlich noch der Fehlbetrag des Ordinariums der Rämmerkassse für das abgelaufene Rechnungsjahr. Er beträgt voraussichtlich 2 769 000 *M*; es stehen dem beim Ausgleichsfonds nur 1 100 000 *M* entgegen, so daß rund 1 660 000 *M* auch hier zu decken sind. Schließlich kommen noch der in absehbarer Zeit nicht zu deckende Fehlbetrag der Schlachthauskassse mit 414 000 *M* und andere einstweilen vorschüssig verrechnete Beträge hinzu — für Volksküchen 129 000 *M*, Verluste beim An- und Verkauf von Kartoffeln aus dem Jahre 1918/19 95 000 *M*, für Kinderstipendien 60 000 *M*, zusammen 293 000 *M*. Der Gesamtbetrag der

schwebenden Schulden, die demnächst zu tilgen wären, würde hiernach rund 12 Millionen Mark betragen.

Der Rat der Stadt führt in seiner Vorlage nun aus, daß es schwer ist, sich darüber zu entscheiden, wie viel von diesen 12 Millionen in eine feste Schuld verwandelt werden sollen, denn wenn uns das Reich auch die Steuervorhand genommen hat, so seien uns auf der andern Seite doch eine ganze Menge Versprechungen gemacht, insbesondere ist den Gemeinden die Erstattung eines erheblichen Teiles ihrer gesamten Kriegsausgaben nebst Zinsen zugesichert. Vor allen sollen wir nicht nur den Reichszuschuß für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer, sondern auch den gesamten von uns bewilligten stadtseitigen Zuschuß zurückerhalten. Es handelt sich dabei noch um andere Punkte, und vielleicht ist der Herr Oberbürgermeister in der Lage, hierüber Mitteilung zu machen. Wenn uns diese Beträge plötzlich zurückgezahlt würden, so wäre es nicht praktisch, wenn wir eine feste Schuld aufgenommen hätten, die wir erst nach sechsmonatiger Kündigung zurückzahlen können. Man stände dann mit einem Male vor einem Geldüberfluß, der uns wenig Zinsen einbrächte, während wir auf der andern Seite die feste Schuld mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinsen müßten. Der Rat der Stadt hat sich deshalb entschlossen, vorzuschlagen, nur einen Betrag von 8 Millionen Mark fest aufzunehmen, da es nicht ratsam ist, eine größere Anleihe aufzunehmen als unbedingt erforderlich ist, um den vorhandenen Bedarf zu decken. Wenn auch das Reich nicht imstande sein wird, das Geld auf einmal zurückzuzahlen, so ist doch anzunehmen, daß es nach und nach bei uns eingehen wird.

Die Braunschweigische Staatsbank hat sich bereit erklärt, diesen Betrag von nominell 8 Millionen fest zum Kurse von 98 % gegen eine Verzinsung mit $4\frac{1}{2}\%$ und gegen eine Tilgung von jährlich $1\frac{1}{2}\%$ nebst den ersparten Zinsen vorzuleihen. Von dem Erlöse der Anleihe, 7 840 000 M, kann der Kaufpreis der Straßeneisenbahnaktien sofort abgehoben werden, der Rest soll binnen drei Monaten abgehoben werden und wird erst von da ab verzinst zu werden brauchen. Der Rat der Stadt gibt anheim, der Aufnahme einer solchen Anleihe zuzustimmen.

Im Finanzausschuß haben wir über diese Sache längere Zeit beraten und sind zu der Ansicht gekommen, daß bei Lage der Sache dieser Vorschlag des Rates praktisch ist, wenn auch niemand heute schon vorhersehen kann, was das vollständig Richtige ist und was nicht. Es kommt ganz darauf an, wie das Reich seinen Verpflichtungen gegenüber den Stadtgemeinden nachkommen kann und wird. Schließlich ist bei der Beratung in der Finanzkommission noch um eins ersucht: der Rat der Stadt soll mit der Staatsbank vereinbaren, daß die Stadt das Recht haben

soll, außer der Tilgung mit $1\frac{1}{2}\%$ und den ersparten Zinsen eine schnellere Tilgung vorzunehmen und z. B. in einem Betrage 5 Millionen Mark zu kündigen, wenn die Stadt einmal in Besitz von größeren Vermitteln kommt.

Dieses Mal hat sich der Rat der Stadt für eine $4\frac{1}{2}\%$ ige Anleihe zum Kurse von 98 entschieden, wohingegen die frühere Anleihe mit 4% zu 93% angenommen wurde. Es ist allerdings etwas günstiger, wenn 4% für 93 als wenn $4\frac{1}{2}\%$ für 98 bezahlt werden, aber andernteils bekommen wir augenblicklich gleich 98 *M* für 100 *M* in die Hand, und da es doch wahrscheinlich ist, daß das Reich mehrere Millionen Mark auf einmal uns zurückerstattet, so verlieren wir an dem, was wir früher zurückzahlen, nur 2 vom Hundert, während sonst 7 vom Hundert verloren gehen. Aber eine genaue Abrechnung über das, was günstiger und ungünstiger sein wird, hat sich nicht aufmachen lassen; es hängt das ganz von den kommenden Verhältnissen ab.

Der Finanzausschuß schlägt Ihnen vor, zuzustimmen, daß diese Anleihe, wie sie vom Räte der Stadt empfohlen wird, aufgenommen wird, aber mit der Maßgabe, daß die Stadt berechtigt sein soll, jeweils nach Möglichkeit eine schnellere Tilgung als mit $1\frac{1}{2}\%$ und den ersparten Zinsen der Staatsbank zumuten zu dürfen.

Oberbürgermeister **Nelemeyer**: Herr Munte hat angeregt, ich möchte Mitteilungen über die Zusicherungen machen, die den Gemeinden über die Erstattung eines Teiles ihrer Kriegsausgaben gegeben sind. Vorschriften darüber finden sich im § 59 des Landessteuergesetzes vom 30. Mai dieses Jahres. Dort ist gesagt: „Das Reich übernimmt von nachstehenden, von den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) bisher geleisteten Ausgaben, soweit sie nicht schon vom Reiche erstattet sind:

1. Die Mindestsätze der Familienunterstützungen, die von den Ländern, Lieferungsverbänden oder Gemeinden auf Grund der Gesetze vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914, sowie der Bundesratsverordnungen vom 2. November 1917 und 28. September 1918 gezahlt sind.“

Das war schon in dem früheren Gesetze gesagt, ist also nur eine Wiederholung.

„2. die für die Beschaffung der Mittel zur Zahlung der Familienunterstützungen aufgewendeten Zinsen, diskontierten Beträge und Kosten;

3. die Zuschüsse, die von Ländern, Lieferungsverbänden und Gemeinden zu den Mindestsätzen der Familienunterstützungen gezahlt sind, nebst Zinsen, diskontierten Beträgen und Kosten.“

Ich mache darauf aufmerksam, daß die städtischen Ausgaben für die Mindestsätze der Familienunterstützung rund 11 Millionen Mark betragen haben, und daß

wir schließlich 80 Prozent zugezahlt haben; es handelt sich also um einen ganz erheblichen Betrag.

„4. die sonstigen Aufwendungen der Gemeinden, Gemeindeverbände und Länder auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, soweit sie bisher als beihilfefähig anerkannt sind, nebst Zinsen, diskontierten Beträgen und Kosten.“

Weiter ist in § 52 gesagt:

„Wenn das Reich den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) neue Aufgaben zuweist, so soll die Beteiligung des Reiches an den Kosten gesetzlich geregelt werden.“

Und in § 53:

„Wenn einzelnen Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) durch Verträge, Gesetze oder Verwaltungsmaßnahmen des Reiches besondere Kosten erwachsen, so wird das Reich entweder die Kosten übernehmen oder angemessene Zuschüsse leisten.“

Also der gute Wille ist vorhanden. Wir wollen hoffen, daß dem auch die Tat folgt.

Durch die Ungewißheit, in die wir geraten sind, ist natürlich unsere finanzielle Lage augenblicklich nicht nur ungünstig, sondern auch unklar. Ich weiß nicht, ob die verehrten Herrschaften aus der kurzen Übersicht in der Vorlage ein klares Bild gewonnen haben — ich würde es Ihnen nicht übelnehmen können, wenn das nicht der Fall wäre, denn man muß sich in die Verhältnisse erst gründlich hineinarbeiten. Die Unklarheit in den finanziellen Verhältnissen wird hauptsächlich durch zwei Umstände hervorgerufen. Der eine ist, daß wir vom Reiche große Zahlungen zu erwarten haben, die wir aber augenblicklich nicht als feststehende buchen können, und der andere ergibt sich daraus, daß wir noch immer diese gewaltigen Ausgaben für die Kriegswirtschaft im weitesten Sinne leisten müssen. Das Nähere über diese umfangreichen Geschäfte, die wir immer noch treiben müssen, werden Sie im Begleitschreiben zum Haushaltsplane finden; sie erfordern ein Betriebskapital von 7 Millionen Mark und mehr, und es ist Ihnen bekannt, daß es bei diesen Geschäften ohne Verluste nicht abgegangen ist. Bei manchen Geschäften haben wir allerdings Überschüsse gehabt, aber in der großen Mehrzahl haben wir zugelegt, besonders dann, wenn wir die allgemeinen Unkosten mit in Betracht ziehen. Ehe diese Kriegswirtschaftsgeschäfte nicht von uns aufgegeben werden können, wird unsere finanzielle Lage weder günstig noch übersichtlich werden. Ich will hoffen, daß das Ende dieser Geschäfte für uns bald kommen wird.

Der Antrag des Rates in dieser Vorlage ist veranlaßt durch den Umstand, daß wir jetzt größere Zahlungen leisten müssen, namentlich für die zu übernehmenden Aktien der Strassenbahn-Gesellschaft, für das Gelände des Flugplatzes usw. Wenn das nicht der Fall wäre, hätten wir ruhig so wie bisher weiterwirtschaften können, ungeachtet des Umstandes, daß wir einen Teil der Schuld mit 6 Prozent verzinsen müssen. Das ist heute der allgemeine Diskontsatz, gegen den nichts einzuwenden ist. Da uns aber in Aussicht steht, daß in nächster Zeit größere Zahlungen eingehen, so tun wir besser, wir nehmen für einen Teil der Schuld einen höheren Zinsfuß in Kauf, als daß wir eine Anleihe zu billigerem Zinsfuß mit einem tieferen Ausgabekurs nehmen, die zu dem Parifusse zurückgezahlt werden muß. Ob diese Stellungnahme unter Umständen ungünstig für uns ausfallen wird, kann kein Mensch im voraus wissen; es kommt darauf an, wann die Zahlungen des Reiches uns zufließen. Deshalb hat sich auch der Rat der Stadt auf die mittlere Summe beschränkt, und ich möchte Sie bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Aufnahme der empfohlenen Anleihe gemäß dem Antrage des Finanzausschusses zu.

2. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung einer Schultische.

Stadtv. **Kofahr:** Im Juni vergangenen Jahres hat die geehrte Versammlung für Instandsetzung und Verbesserung der Schultische in der Bürger Schule an der Pestalozzistraße 5000 M. ausgeschrieben. Die Arbeiten sind jetzt fertiggestellt, und bei der Abrechnung hat sich herausgestellt, daß die bewilligte Summe um 747,50 M. überschritten ist. Die Überschreitung wird begründet durch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Arbeitslöhne wie auch der Preise der Materialien. Der Rat der Stadt gibt den Stadtverordneten anheim, den überschrittenen Betrag nachverwilligen zu wollen. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen Zustimmung zu diesem Antrage.

Der überschrittene Betrag wird nachverwilligt.

3. Gewährung eines Zuschusses an den Landesfeuerwehrverband.

Stadtv. **Reißner:** Der Ausschuß des Landesfeuerwehrverbandes hat an den Rat der Stadt die Bitte gerichtet, ihm aus städtischen Mitteln einen Beitrag zu den Verwaltungskosten des Ausschusses zu bewilligen. Der Verband erhebt von seinen Mitgliedern seit 1914 einen jährlichen Beitrag von 10 Pf., und sowohl von der Regierung wie auch von den Kreisdirectionen werden ihm namhafte Beihilfen

geleistet. Seitens der Städte Wolfenbüttel und Blantenburg ist bereits vor dem Kriege dem Verband ein jährlicher Zuschuß von 50 *M* bewilligt, und von den Kreisdirektionen je 100 bis 150 *M*. Der braunschweigische Landesfeuerwehrverband, dem 287 Feuerwehren angehören, verfolgt keine wirtschaftlichen, sondern rein ideale Interessen im Dienste der Allgemeinheit. Er erstrebt die Wiederbelebung des Feuerlöschwesens, seine Hebung und Förderung. Um diese Ziele zu erreichen, muß der Ausschuß eine emsige Tätigkeit entfalten, besonders in der Werbetätigkeit. Der Rat der Stadt gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Landesfeuerwehrverband zu den Verwaltungskosten seines Ausschusses widerruflich ein Zuschuß von jährlich 200 *M* gezahlt wird. In Anbetracht des guten Zweckes empfiehlt Ihnen der Finanzausschuß die Annahme dieses Antrages.

Der Zuschuß wird bewilligt.

4. Antrag eines unbefoldeten Ratsmitgliedes auf Amtsniederlegung.

Stadtv. Frau **Schulze**: Von dem unbefoldeten Mitgliede des Rates, Herrn Paul Junke, ist der Antrag gestellt worden, ihn aus seinem Amte zu entlassen. Als Begründung dafür führt er aus, daß es ihm infolge Überhäufung mit Arbeiten nicht möglich ist, sein Amt als Stadtrat länger auszuüben. Außerdem zwänge ihn sein Gesundheitszustand, für einige Zeit jede Tätigkeit, die außerhalb seiner beruflichen liegt, zu unterlassen. Der Rechtsausschuß hat dem Antrage zugestimmt, und ich habe namens desselben die geehrte Versammlung zu bitten, der Niederlegung des Amtes des Herrn Junke gleichfalls zuzustimmen.

Dem Gesuche wird entsprochen.

5. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiten.

Stadtv. **Reißner**: Die Stadtverordneten haben vor längerer Zeit den Rat der Stadt ersucht, Notstandsarbeiten in die Wege zu leiten. Die Deputation zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, der Demobilismachungsunterausschuß, hat am 25. März beschlossen, unter anderem folgende Arbeiten als Notstandsarbeiten in Vorschlag zu bringen: 1. Erweiterungsarbeiten im Bürgerparke, 2. die Ausschlämmung des Stadtparkteiches, 3. die Beseitigung eines Dammes aus der Kodelbahn auf dem Franzschen Felde. Es handelt sich hierbei ausschließlich um solche Arbeiten, die von ungelernten Arbeitern ausgeführt werden können. Die Arbeiten im Bürgerparke beziehen hauptsächlich aus Rigolen von Schuttflächen, Erdtransporten, Planierungs-

und Pflanzungsarbeiten. Die Ausschlämmung des Teiches im Stadtpark ist deshalb notwendig, weil er in seinem jetzigen Zustande nicht nur einen unschönen Anblick bietet, sondern auch in hygienischer Beziehung insofern nicht einwandfrei ist, als sich auf seinem Grunde durch herabgefallenes Laub, Gesträuch und dergleichen eine Unratschicht gebildet hat, durch deren Verwesung das Wasser verdorben wird. Auf dem Franzosen Felde soll der mittlere schmale Damm in der Kodelbahn zwischen den beiden ehemals für kleine Kinder hergerichteten Bahnen herausgenommen werden, da es sich herausgestellt hat, daß eine breitere Bahn zweifellos weniger Gefahren bietet. Durch die genannten Arbeiten entstehen Kosten von insgesamt 115 200 *M*, und der Rat der Stadt ersucht, diese Summe zur Ausführung dieser Notstandsarbeiten zu bewilligen. Der Bauausschuß, den die Sache beschäftigt hat, ist der Meinung, daß es sehr zweckmäßig ist, diese Arbeiten jetzt ausführen zu lassen, um den Erwerbslosen Beschäftigung geben zu können. Er empfiehlt Ihnen durch mich, den Betrag von 115 200 *M* dafür zu bewilligen.

Der Ausführung der Arbeiten stimmt die Versammlung zu und bewilligt die geforderte Summe.

Stadtv. Munte übernimmt den Vorsitz.

6. Änderung des Ortsbauplanes zwischen Gießmaroder Straße und Bülteweg.

Stadtv. **H. Rietz**: Im Jahre 1914 wurde bei Regulierung und teilweiser Abänderung des Ortsbauplanes in der Gegend zwischen Gießmaroder Straße und Bülteweg nicht genug Rücksicht auf das umliegende Gelände genommen, und das müßte nun nachgeholt werden. Es sind deswegen Erhebungen vom Tiefbauamt angestellt, und als Ergebnis derselben ist der zu rechter Hand ausgehängte Teilortsbauplan uns vorgelegt, der die Änderungen gegenüber dem links ausgehängten Plan verzeichnet. Der jetzt ausgearbeitete Plan stellt eine wesentliche Vereinfachung des früheren dar. Insbesondere ist die Straßenfläche erheblich verkleinert, und zwar sowohl durch durchgehende Unterscheidung von Verkehrs- und Wohnstraßen, als auch durch größere Baublockbreiten und weniger Straßen im westlichen wie im östlichen Teile des Planes. Die Wohnstraßen haben durchweg die Breite von 7 m mit je 5 m breiten Vorgärten. Ausnahmen machen die auf die Verkehrsstraßen führenden Ostweststraßen, einmal der ungünstigen Himmelsrichtung wegen, sodann auch wegen des für sie in Betracht kommenden größeren Verkehrs als Zugangsadern zu den

Bahnstraßenvierteln. Sie werden mit einer Breite von 10 m vorgeschlagen. Als Bauweise wird vorgeschlagen: Für die 22 m breite Parallelstraße zur Gliesmaroder Straße zweigeschossige geschlossene Bauweise, für ihre Querstraßen dreigeschossige und für alle übrigen Straßen zweigeschossige offene oder geschlossene Bauweise, je nach der Signatur des ausgehängten Planes. Es handelt sich bei dieser Bestimmung darum, hier von dem üblichen vierstöckigen Mietafermentyp abzugehen, damit wieder eine Möglichkeit geschaffen wird, auch für den Mittelstand Ein- und Zweifamilienhäuser mit Garten zu beschaffen ohne die beständige Furcht: Eine Kaserne nimmt demnächst Licht und Sonne. Die Überleitung von dem vierstöckigen Mietwohnhaufe der Gliesmaroder Straße zu dem zweigeschossigen müßte so geschehen, daß mit architektonischer Vorsicht erst eine dreigeschossige Bauweise auf kurze Ausdehnung einen Übergang schafft, damit nicht zu häßliche Bilder für lange Zeiten ganze Häuserviertel entstehen.

Der Teilortshauptplan hat der Baukommission vorgelegen, sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem vorgelegten Plane stimmt die Versammlung zu.

7. Verlängerung der Kurse zur Ausbildung von Handfertigkeitsehrern.

Stadtv. Frede: Um die genügende Zahl von Lehrkräften für den Handfertigkeitsehrerunterricht zu bekommen, hatten die städtischen Behörden beschlossen, für die Dauer des Winterhalbjahres einen auf sechs Monate bemessenen Kursus einzurichten, dessen Leitung der Handfertigkeitsehrer Denecke übernommen hatte. Durch den Kohlenmangel im Laufe des Winters, wodurch der Unterricht in den Schulen überhaupt unliebsame Störungen erlitten hat, ist auch hier verursacht, daß nicht so viel geleistet wurde, wie in Aussicht genommen war, und es macht sich notwendig, den Kursus nunmehr bis zum 1. Oktober zu verlängern. Herr Denecke hat einen entsprechenden Antrag an den Schulvorstand gestellt, dieser hat sich dem Antrag angeschlossen und die Stadtverordneten werden heute vom Räte der Stadt ersucht, die Mittel zu bewilligen, die diese verlängerte Dauer des Kursus erfordert, und auch die Vergütung für den den Kursus leitenden Lehrer zu erhöhen. Ursprünglich hatte dieser beantragt, in Aussicht zu nehmen, daß zu dem Zeitpunkte, wo der im Gange befindliche Kursus aufhört, für die Herren, welche eben an der Papparbeit teilnehmen, einen gleich langen Kursus für Holzarbeiten, und umgekehrt für die an der Holzarbeit teilnehmenden Lehrer einen Kursus für Papparbeit beginnen zu lassen. Diesen ursprünglichen Antrag hat man sich nicht zu eigen machen können; man will vielmehr abwarten, wie die Heizung

und Beleuchtungsverhältnisse im nächsten Winter sich gestalten, denn heute ist nicht zu übersehen, wie die Kohlenlieferung demnächst ausfallen wird. Der Schulausschuß hat diese Stellungnahme durchaus gebilligt und schlägt vor, dem Antrage des Rates zu entsprechen, der dahin geht:

1. die Dauer der beiden Lehrerbildungskurse um sechs Monate zu verlängern,
2. die Entscheidung darüber, ob nach Beendigung dieser verlängerten Kurse die beantragten neuen Kurse beginnen sollen, hinauszuschieben,
3. für den Leiter der Kurse in Rücksicht auf die erhöhte Vergütung für den Fortbildungsschulunterricht eine Entschädigung von 800 M. (statt bisher 600 M.) für die halbjährige Dauer der Kurse zu beantragen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen zu.

8. Erhöhung des Zuschusses für das Seminar für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen.

Stadtv. Frau Göge: Fräulein Heyde, die Leiterin des Seminars für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen bittet um Erhöhung der städtischerseits gewährten Beihilfe. Lange Jahre hat Fräulein Heyde ohne jeden Zuschuß gearbeitet, vom Jahre 1914 an aber, als sie eine staatlich geprüfte Jugendleiterin anstellen mußte, der ein erhöhtes Gehalt zu zahlen war, ist ihr ein jährlicher Zuschuß von 1200 M. gewährt, der im Jahre 1918, als die Preisverhältnisse schwerer wurden, auf 1800 M. erhöht worden ist. Da nun die Jugendleiterin jetzt eine Teuerungszulage fordert — wozu sie vollständig berechtigt ist, da sie bisher alles in allem nur 3000 M. Gehalt bezog — und die Vorsteherin der Anstalt nicht in der Lage ist, diese aus den Erträgen der Anstalt zu zahlen, so bittet Fräulein Heyde, der Rat der Stadt wolle geneigt sein, der an dem staatlich anerkannten Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-Seminar angestellten Jugendleiterin dieselbe Teuerungszulage zu gewähren, wie sie die wissenschaftlichen Lehrerinnen an den städtischen Schulen erhalten. Es sind Gutachten über diesen Fall eingefordert, und nach Einholung derselben gibt der Rat anheim, den dem Seminar bisher gewährten Zuschuß von jährlich 1800 M. auf 3800 M., zahlbar aus der Luise-Dittmer-Stiftung, 2. Abteilung, bis auf weiteres zu erhöhen. Da sich die Kasse dieser Stiftung in guten Verhältnissen befindet, so erwachsen aus der Zahlung des Zuschusses keine Schwierigkeiten. Man gewinnt aus den Akten den Eindruck, daß Fräulein Heyde in äußerst bescheidener Weise, ohne einen Gewinn für sich aus dem Seminar zu ziehen, gearbeitet hat, und daß sie das Seminar nicht hätte halten können, wenn sie nicht zugleich den Kindergarten hätte. Der Schulausschuß hat sich nach reiflicher Beratung des Antrages veranlaßt gesehen, dem Vorschlage des Rates

zuzustimmen, und bittet auch Sie, die Erhöhung des Zuschusses auf 3800 M zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung des Zuschusses auf 3800 M zu.

9. Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht gemäß § 3 Ziffer 2 des Statuts.

Stadtv. **Schmidt**: Der Schulvorstand der städtischen Fortbildungsschule hat unterm 29. April eine Eingabe an den Rat der Stadt folgenden Inhalts gerichtet: „Auf Grund des § 3 Absatz 1 des Statuts über die städtischen Fortbildungsschulen sind alle nicht mehr schulpflichtigen männlichen und weiblichen Personen, die im Bezirke der Stadt Braunschweig wohnen, bis zum Ablaufe des 18. Lebensjahres verpflichtet, die städtische Fortbildungsschule zu besuchen. Die Schulpflicht besteht aber noch nicht für die außerhalb der Stadt Braunschweig wohnenden, aber innerhalb derselben beschäftigten Personen. Aus diesem Grunde haben sich Unzuträglichkeiten entwickelt, besonders suchen die nicht schulpflichtigen Lehrlinge ihre schulpflichtigen Mit-Lehrlinge vom Besuche der Schule zurückzuhalten. Es liegt darum im Interesse eines regelmäßigen Schulbesuches und somit der gedeihlichen Entwicklung der städtischen Fortbildungsschule, wenn diesem Zustande ein Ende bereitet wird. Die Möglichkeit dazu bietet § 3 Absatz 2 des erwähnten Statuts. Hier heißt es: „Durch Beschluß der städtischen Behörden kann bestimmt werden, daß die Schulpflicht auch auf die außerhalb der Stadt Braunschweig wohnenden, innerhalb derselben beschäftigten Personen in Kraft treten soll. Der Beschluß ist vom Magistrat unter Angabe des Zeitpunktes des Inkrafttretens in den Braunschweigischen Anzeigen bekanntzugeben.“

Wir ersuchen den Rat ergebenst, diesen Beschluß herbeizuführen.“

Der Rat erkennt die Berechtigung dieses Ersuchens an und empfiehlt den Stadtverordneten, dem Beschlusse des Schulvorstandes seine Zustimmung zu geben. Der Schulausschuß hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ersucht die Versammlung mit Rücksicht darauf, daß endlich gedeihliche Verhältnisse bezüglich des Fortbildungsschulbesuches eintreten, indem alle in Frage kommenden der Schule zugeführt werden, dem Beschlusse des Schulvorstandes beizutreten.

Der Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht gemäß § 3, Absatz 2 des Statuts wird zugestimmt.

10. Übersicht über die Verteilung der Beihilfen an Turn- und Sportvereine.

Stadtv. **Frau Göge**: Vor einiger Zeit ist aus der geehrten Versammlung eine Anfrage an den Rat der Stadt ergangen, in welcher Weise vom Spielplazausschuß die Verteilung der für Turn- und Sportvereine für das Jahr 1919/20 ausgeworfenen

Summe von 5000 M vorgenommen ist. Darin könnte ein gewisses Mißtrauen gegenüber der Verteilung liegen; ein solches wäre aber völlig unbegründet, denn die Verteilung ist in absolut korrekter Weise vorgenommen durch den Spielplauschuß, der aus den Stadtverordneten Frau Boehm, Herren Rector und Salomon besteht. In den Sitzungen des Ausschusses oder bei den Umläufen haben die sämtlichen Mitglieder des Ausschusses ihre Zustimmung zu der Verteilung erklärt, und es ist bei ihr nach dem Gesichtspunkte verfahren, daß Anwartschaft auf die Zuteilung nur solche Vereine haben, deren Wirken im öffentlichen Interesse liegt, während an unbedeutende Sportvereine Zuschüsse nicht gewährt werden sollen.

Von den 5000 M haben bekommen: Der Braunschweiger Ausschuß für Leibesübungen 1000 M, der Braunschweiger Männer-Turnverein 1000 M, die freie Turnerschaft 500 M, der Verein für Bewegungsspiele 450 M, der Sportverein Eintracht 500 M, die Turnerschaft des Handwerkervereins 350 M, der Fußballklub Viktoria 100 M, der Fußballverein Wacker 150 M, der Sportklub Acosta 200 M, der Braunschweiger Schwimmverein von 1902 200 M, der Schwimmverein Delphin 200 M. Ferner sind dem Ruderverbände, als dem größten der hiesigen Rudervereine, 200 M und dem Radfahrerverein Panther, als dem größten der hiesigen Radfahrervereine, 150 M als Preise für eine zu veranstaltende Regatta beziehungsweise zu einer Zuverlässigkeitsfahrt in der Voraussetzung zugebilligt, daß sich darum eine Anzahl der in Betracht kommenden Sportvereine bewerben.

Ohne weitere Besprechung

11. Aufnahme eines Rechtsstreites

Stadtv. Notabr: Infolge der Nichtwiederwahl des Herrn Stadtrat Wagner zum besoldeten Stadtrat im vergangenen Jahre hat derselbe seinerzeit Ansprüche gegen die Stadtverwaltung geltend gemacht, die die Versammlung im November vergangenen Jahres beschäftigt haben. Seinen Ansprüchen versucht nunmehr Herr Stadtrat a. D. Wagner durch Herrn Rechtsanwalt Weichsel in einer Klage gegen die Stadt Geltung zu verschaffen. Es wird darin beantragt, dem Kläger für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 1. April 1921 monatlich 866,65 M zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Kläger behält sich Erweiterung des Klageanspruches für den Fall vor, daß Gehalt und Teuerungszulagen der Ratsmitglieder für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 1. April 1921 erhöht werden. Ebenso behält er sich Ansprüche für spätere Zeiten vor. Er will damit also erst einmal nur eine grundsätzliche Festlegung über den Inhalt des Streites erfolgen lassen. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, im Hinblick auf die bereits in der Vor-

lage vom 5. November vorigen Jahres gemachten Gründe zur Aufnahme des Prozesses sowie dazu zu ermächtigen, daß dem Staate der Rechtsstreit verkündet wird. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit eingehend befaßt und bittet Sie durch mich, dem Antrage des Rates stattzugeben.

Dem Antrage des Rates der Stadt stimmt die Versammlung zu.

12. Verkauf eines Grundstückes an der Wittekindstraße.

Stadt v. Rasche: Die Firma Zeitter & Winkelmann beabsichtigt, ihren Fabrikbetrieb bedeutend zu erweitern, und hat deshalb das zwischen der Hermannstraße und der Fabrik von Amme, Giesecke & Konegen gelegene Grundstück gekauft. Zur Verbindung dieses Grundstücks mit dem bisherigen Fabrikgrundstück und der Landesbahn soll ein Anschlußgleis hergestellt werden, das etwa im Zuge der Wittekindstraße verlaufen wird. Neben diesem Gleise sollen Schuppen und Lagerräume hergestellt werden, für welche ein Teil des Spielplatzes, der zwischen Bürgerstraße und Wittekindstraße liegt, in Anspruch genommen wird. Auf einen Antrag der Firma, ihr dieses Gelände abzulassen, erucht uns der Rat der Stadt, diesen Verkauf bewilligen zu wollen. Bei Ausführung des Baues müßte dann auch eine Teilstrecke der Wittekindstraße, der Diesterwegstraße, sowie die Straße 612 aufgehoben werden. Ursprünglich war beabsichtigt, auf dem von der Firma Zeitter & Winkelmann verlangten Teile des Spielplatzes noch eine zweite Bürgerschule zu errichten. Es würde aber doch zweckmäßiger sein, zu dezentralisieren und die zweite Schule an der Celler Straße, jenseits der Landesbahn, in Aussicht zu nehmen und in Verbindung damit einen größeren Spielplatz zu schaffen. Im Interesse der Entwicklung unserer heimischen Industrie aber würde es liegen, dem Verkaufe des fraglichen städtischen Grundstücks an die Firma Zeitter & Winkelmann keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und so kommt der Rat der Stadt zu folgenden Anträgen:

1. daß der größte Teil des Spielplatzes nach Maßgabe des gleichfalls vorgelegten Vertragsentwurfes an die Firma Zeitter & Winkelmann verkauft wird,
2. die Wittekindstraße zwischen Hermann- und Hildesheimer Straße, die Straße 612 und ferner die Diesterwegstraße zwischen Hermann- und Wittekindstraße nach Maßgabe des beigelegten Teilortsbauplanes aufgehoben wird,
3. die Vorgärtenfluchtlinien auf der Nordseite der Hermannstraße zwischen Hildesheimer und Wittekindstraße, sowie auf der Westseite der Wittekindstraße zwischen Hermann- und Diesterwegstraße aufgehoben werden.

Der vorgeschlagene Vortrag ist ziemlich kompliziert, und zwar aus dem Grunde, damit bei einem eventuellen Wiederverkauf des jetzigen städtischen Geländes kein Bucher getrieben wird. Ich muß Ihnen die Hauptsachen daraus vorlesen, damit sich die Versammlung davon überzeugen kann, daß der Vertrag alles aufführt, was die Stadt in dieser Hinsicht überhaupt verlangen kann. § 1 bezeichnet das betreffende Gelände, und in § 2 wird der Kaufpreis auf 16 *M* für das Quadratmeter festgesetzt.

§ 3 lautet: „a) Der Stadtgemeinde steht gemäß § 497 ff. des B.G.B. ein Wiederkaufsrecht hinsichtlich der ganzen im § 1 genannten Fläche zu, und zwar bis zum 1. Juli 2020.

b) Die Stadtgemeinde soll berechtigt sein, dies Wiederkaufsrecht auszuüben: 1. wenn die vertraglichen Verpflichtungen verletzt werden, 2. wenn der Eigentümer die Zweckbestimmung des Grundstücks ändert, 3. wenn der Eigentümer das Grundstück veräußert, 4. sooft ein Eigentumswechsel durch Erbgang eintritt, 5. wenn der Eigentümer in Konkurs gerät oder das Grundstück zur Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung kommt.

Die Stadtgemeinde verpflichtet sich jedoch, in den Fällen 3 und 4 auf die Ausübung des Wiederkaufsrechts zu verzichten, wenn das Grundstück durch Veräußerung oder Erbgang an den Ehegatten des Eigentümers oder an eine Person gelangt, die mit ihm in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade verwandt ist, sofern der neue Erwerber bereit ist, der Stadtgemeinde ein Wiederkaufsrecht unter den gleichen Bedingungen einzuräumen.

c) Das Wiederkaufsrecht ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Zeitpunkt auszuüben, in dem der Rat der Stadt von dem Eintritt des zum Wiederkauf berechtigenden Falles Kenntnis erhält.

d) Der Käufer bewilligt die Eintragung einer Vormerkung gemäß § 883 ff. B.G.B. zur Sicherung des nach diesem Wiederkaufsrecht bestehenden Anspruches der Stadtgemeinde auf das im § 1 bezeichnete Grundstück. Dieser Vormerkung dürfen keine sonstigen Belastungen vorgehen.

e) Als Wiederkaufspreis ist zu entrichten: 1. Für den Grund und Boden der nach § 2 vereinbarte Preis, 2. für die Baulichkeiten der durch eine Schätzungskommission festzusetzende gemeine Wert.“ — Es folgen Bestimmungen über die Zusammensetzung der Schätzungskommission.

§ 4. Der Käufer räumt der Stadtgemeinde ein Vorkaufsrecht für alle Veräußerungsfälle gemäß §§ 1094—1104 B.G.B. ein und bewilligt die Eintragung dieses Vorkaufsrechts im Grundbuche im Range unmittelbar nach der im § 3 Absatz d erwähnten Vormerkung.

§ 5. Die Käuferin tritt von ihren Grundstücken Neupetritor III 171 diejenige 7,12 a enthaltende Fläche, welche zur Anlage der Hermannstraße erforderlich ist, unentgeltlich an die Stadtgemeinde ab mit der Maßgabe, daß der Wert dieser Fläche ihr bei der Bemessung der Straßenkosten zu dieser Straße mit 12 M für das Quadratmeter angerechnet wird.

In § 6 werden Bestimmungen über die Übernahme der Kosten für Umänderung der Einfriedigungen festgesetzt.

§ 7. Die Käuferin verpflichtet sich, die durch die Anlage der Hermannstraße entstehenden Straßenbaukosten, welche nach Maßgabe der statutarischen Bestimmungen sowohl auf die jetzt zu erwerbende Fläche als auch auf das in § 5 genannte Grundstück Neupetritor III 171 entfallen, sofort bei Ausbau der Hermannstraße zu erstatten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Grundstücke bebaut sind oder nicht. Ebenso verpflichtet sich Käuferin, die Straßenkosten zur Wittekindstraße zwischen Hermann- und Diesterwegstraße, welche auf die von ihr erworbenen Grundstücke Neupetritor III 171—175 entfallen, zu erstatten ohne Rücksicht darauf, ob sie bebaut sind oder nicht.“

Diese komplizierte Fassung des Vertrages war einmal, wie schon gesagt, nötig, um Sicherheit zu haben, daß kein Wucher mit dem Grundstück getrieben wird, dann aber auch, um gleich die Beträge für den Ausbau der Hermannstraße und der übrigen Straßen zu sichern. Bezüglich des Spielplatzes ist auch die Schulkommission gefragt worden; sie hat gegen die Veräußerung dieses Teiles keine Bedenken. Augenblicklich wird der Spielplatz als solcher nicht benutzt, und eine zweite Schule wird, wie schon erwähnt, besser auf einer anderen Stelle aufgeführt.

Die Kommission hat sich mit der Vorlage befaßt und empfiehlt Ihnen durch mich die Annahme derselben.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Vorlage an.

13. Verpachtung der Fischerei in der Oker zwischen Münzberg und Schuntereinnmündung.

Stadt v. **Frede**: Der bisherige Pächter der Fischerei in der Oker zwischen Münzberg und Schuntereinnmündung, Herr Richard Eichler, will diese Fischerei nicht wieder pachten, und es liegt nun ein Vertrag zur Genehmigung vor, den der Rat der Stadt vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten mit einem Herrn Schacht geschlossen hat. Er stand früher als Laternenwärter und Desinfektor in

städtischen Diensten und ist jetzt Invalide. Aus den Pachtbedingungen hebe ich folgendes hervor: An die zu verpachtende Strecke der Oker grenzt an der einen Seite das Nieselgut, und in Rücksicht darauf ist die Bestimmung getroffen, daß der Pächter dort nicht die städtischen Ufer betreten darf. Das hat seine guten Gründe, ich brauche wohl nicht näher darauf einzugehen. Die Pachtzeit wird auf 6 Jahre festgesetzt, nämlich vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1926. Das Pachtgeld war bis jetzt recht geringfügig, 100 oder 200 *M*; es soll künftig 400 *M* betragen und ist im Monat April jeden Jahres im voraus zu zahlen. Von Interesse für die Bevölkerung der Stadt ist, daß der Pächter die gefangenen Fische, soweit er sie nicht zum eigenen Gebrauch in Anspruch nimmt, der Bevölkerung der Stadt Braunschweig zuzuführen hat — ich darf annehmen: gegen Entgelt. Dann setzt der Vertrag fest, daß an Stellen, wo Badeanstalten eingerichtet werden oder bestehen, die Fischerei während der Dauer der Badezeit nicht mit Körben, Altschnüren, Schotthaken oder in sonstiger den Betrieb der Badeanstalten beeinträchtigenden Weise ausgeübt werden darf — eine durchaus weise Vorsicht. In § 6 ist ausgeführt, daß, wenn durch das Befahren der Oker mit Dampfschiffen, Gondeln, Booten oder dergleichen oder aus anderem Anlaß dem Pächter Schaden an seinen Netzen oder sonstigen Gerätschaften zugefügt wird, die Geltendmachung des Schadens ihm allein überlassen bleibt. Das sind die wesentlichsten Punkte des Vertrages.

Der Finanzausschuß ist einverstanden, daß der Vertrag in dieser Form geschlossen wird.

Dem Abschluß des Vertrages stimmt die Versammlung zu.

14. Änderung der Beleuchtungsanlage im Stadtpark.

Stadtvr. **Schmerbach**: Der Pächter des Stadtparkrestaurants, Herr Siegwalt, hat sich am 27. Februar d. Js. an den Rat der Stadt mit folgendem Schreiben gewandt: „Der Garten des Stadtparkrestaurants wird von vier Bogenlampen erleuchtet. Dieselben sind sehr schadhast und bedürfen daher einer gründlichen Reparatur. Da die Unterhaltungskosten von Bogenlampen nach heutigem Preise in bezug auf Stromverbrauch sehr hoch sind, andererseits Kohlenstifte kaum zu haben sind, so bitte ich, die Bogenlichtanlage in eine solche mit Glühlicht umändern zu lassen.“ Der Rat der Stadt hat Erhebungen in dieser Sache anstellen lassen, bei denen sich herausgestellt hat, daß tatsächlich die vorhandenen Bogenlampen insofern nicht mehr gebrauchsfähig sind, als sie einen zu großen Stromverbrauch aufweisen und sich nicht im einzelnen ausschalten lassen. Die Kosten für Umänderung dieser

Bogenlampen in Halbwattlampen, deren Lichtstärke dieselbe sein soll wie die der jetzigen Bogenlampen, betragen schätzungsweise 450 *M.* Der Rat der Stadt hat sich nun mit dem Pächter dahin verständigt, daß die vor dem Stadtparkrestaurant stehende, an vier Masten angebrachte Bogenlampenbeleuchtung auf Kosten des Pächters durch eine Glühlichtbeleuchtung (vier Halbwattlampen zu je 400 Kerzen) ersetzt wird, daß die Stadt sich jedoch bereit erklärt, die auf 300 *M.* geschätzten Kosten der Installation und der Umänderung der Bogenlampenbeleuchtung zu tragen. Die Finanzkommission hat sich mit der Sache befaßt und ist mit Rücksicht auf die durch die Ausgabe erfolgende Verbesserung der Beleuchtung damit einverstanden, daß der genannte Zuschuß seitens der Stadt gewährt wird. Ich bitte Sie namens des Finanzausschusses, dieser Ausgabe zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanzausschusses zu.

15. Instandsetzung des Mobiliars im Markthallenrestaurant.

Stadtv. **Reikner**: In Ausführung eines Beschlusses der geehrten Versammlung wurde neben anderen Räumen im vorigen Winter das Markthallenrestaurant als Wärmehalle benutzt. Durch diese Art der Benutzung haben die Inventarien, insbesondere die Tische und Stühle, die in dem Raume aufgestellt sind und dem Gastwirt noch überwiesen sind, erheblich gelitten, und letzterer ist an den Rat der Stadt mit dem Antrage herangetreten, die Sachen wieder instand setzen zu lassen. Dabei hat der Genannte für die Instandsetzungsarbeiten eine ziemlich hohe Forderung gestellt. Im Verhandlungswege ist sie dahin ermäßigt worden, daß jetzt den Stadtverordneten vorgeschlagen wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit einem Aufwande bis 250 *M.* die Tische und Stühle ausgebessert werden, da es dem Markthallenwirt billigerweise nicht zugemutet werden kann, den durch die Benutzung der Markthallenwirtschaft als Wärmehalle entstandenen Schaden zu tragen. Der Finanzausschuß ist der Meinung, daß der Antrag in dieser Form berechtigt ist, und empfiehlt Ihnen durch mich, ihn anzunehmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Vorgeslagenen an.

16. Einsprachen gegen die Landtagswählerlisten.

Stadtv. **Jahns**: Die Wählerlisten für die Landtagswahl haben ausgelegen, und es sind gegen die Wählerlisten im ganzen 43 Einsprüche erhoben. Von diesen

sind 39 als berechtigt anzuerkennen, denn der Finanzausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die grundsätzliche Frage des Rates der Stadt, ob alle die Einsprüche der Zugezogenen, die bis zum Ablauf der Frist — bis zum 11. dieses Monats — eingegangen sind, als rechtzeitig gemacht anzuerkennen sind, zu bejahen ist. Die Namen der einzelnen Personen, deren Einspruch anerkannt ist, zu verlesen, wird sich erübrigen. Dagegen sind vier Einsprüche als nicht berechtigt anerkannt. Zwei davon sind erst am 12. dieses Monats, also verspätet, eingegangen, und zwar der Einspruch von Frau Helene von Alten und Frau M. Jährgig geb. Lühr. Sodann ist der Einspruch des Tischlers W. Freitag nicht anerkannt — derselbe ist am 13. Februar nach Bergedorf verzogen, polizeilich abgemeldet, aber noch nicht wieder angemeldet, und ebenso der des Nichtmeisters Karl Preer, der am 1. Juli 1918 als nach Wusterhausen verzogen abgemeldet und noch nicht wieder polizeilich angemeldet worden ist. Diese beiden Leute konnten also nicht als hier wohnhaft angesehen werden. Der Rechtsausschuß gibt der geehrten Versammlung anheim, zu beschließen, daß die 39 Einsprüche als berechtigt anerkannt werden, die vier genannten aber mangels Berechtigung zurückgewiesen werden.

Stadttrat von Frankenberg: Die Zahl der Einsprüche könnte auf den ersten Blick als etwas groß erscheinen. Wenn Sie sich aber vergegenwärtigen, daß nach der Auffassung, die der Rechtsausschuß zu der seinigen gemacht hat, alle diejenigen Personen, die bis zum letzten Tage der Einspruchsfrist, dem 11. dieses Monats, noch hierher übergesiedelt sind und nachträglich Eintragung beansprucht haben, noch mit durchschlüpfen sollen, dann wird die Zahl als im Verhältnis gering betrachtet werden müssen. Es liegt in den Verhältnissen, daß die Personen, die jetzt erst zugezogen sind, noch die Möglichkeit haben schaffen wollen, daß sie wählen konnten. Man ist dabei so weit wie möglich gegangen. Man hätte sich auch auf den Standpunkt stellen können, daß die Zuzüge zu dem früheren Zeitpunkte, an dem wir die Wählerlisten aufstellten, hätten erfolgt sein müssen. Der Rechtsausschuß teilt aber die von mir vorgetragene Auffassung, daß man nicht recht handeln würde, bei solchen wichtigen Angelegenheiten sich auf einen streng formellen Standpunkt zu stellen. Wir haben gemeint, die Tür so weit aufmachen zu sollen, als es nur möglich war, und das geschieht, wenn Sie anerkennen, daß es genügt, wenn bis zum 11. die Vorbedingung für die Aufnahme in die Wählerlisten erfüllt ist. Ich bitte, dem Vorschlage des Rechtsausschusses zuzustimmen.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis mit dem Antrage des Rechtsausschusses an.

17. Anfrage Schmidt, betreffend die reichsseitig angekündigte Reform des Schulwesens. In Verbindung damit: Antrag Schmidt, betreffend die stadtseitige Beschaffung und Abgabe der Lernmittel.

Wortlaut der Anfrage s. Seite 90.

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wie uns allen bekannt ist, ging vor längerer Zeit durch die Presse die Notiz, daß das ganze Schulwesen einer Reform unterzogen werden solle, und daß dabei darauf zu rechnen sei, daß die von unserer Seite geäußerten Wünsche in Erfüllung gehen würden, daß sämtliche Schullasten auf das Reich bzw. auf die Bundesstaaten übernommen werden. Wir haben ja auch bei der Beratung des vorjährigen Etats darauf hingewiesen. Weil ich nun in Erfahrung gebracht habe, daß die hiesige Landesregierung vor einigen Monaten eine Umfrage veranstaltet hat, die darauf hinzielte, Unterlagen für eine solche Ordnung zu sammeln, glaubte ich die Anfrage stellen zu sollen, ob beim Räte der Stadt bestimmte Anhaltspunkte vorliegen, wie die Sache gedacht wird und wie sie ausfallen könnte.

Stadtrat **Schaper**: Leider kann ich auf die Anfrage des Herrn Stadtverordneten Schmidt keine erschöpfende Antwort geben. Auch mir ist bekannt, daß die Landesregierung eine in dieser Richtung sich bewegende Umfrage hat ergehen lassen, ob aber irgend welche Folgerungen daraus gezogen sind, kann ich nicht sagen. Jedenfalls haben wir in der Stadtverwaltung nichts davon zu hören bekommen. Ob das Reich die Frage der Schulgeldfreiheit und der Gewährung freier Lernmittel weiter bearbeitet hat, kann ich gleichfalls nicht sagen. Eine Reichsschulkonferenz findet allerdings im Laufe des nächsten Monats statt, ich glaube aber, daß sie sich kaum mit derartigen Fragen befassen wird.

Stadtv. **Schmidt** reicht im Anschluß an seine Anfrage folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Rat der Stadt wird ersucht, den Einkauf der in den städtischen Schulen benötigten Lernmittel stadtseitig vorzunehmen und diese alsdann in den einzelnen Schulen zum Selbstkostenpreis verabfolgen zu lassen.“

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung des Antrages): Nach der Erklärung des Vertreters des Rates der Stadt und nachdem wir bereits im vorigen Jahre bei Beratung des Etats einen Antrag dahin eingebracht haben, daß möglichst eine Befreiung vom Schulgeld eintreten möge und die freie Lieferung der Lernmittel

stadtsseitig übernommen würde, habe ich noch zu bemerken, daß wir uns bei unsern Beratungen davon haben leiten lassen, daß es unbedingt nötig ist, daß endlich ein neuer Vorstoß auf die Erfüllung unserer grundsätzlichen Forderungen in dieser Beziehung gemacht werden sollte. Bei der Beratung des Etats wurde seitens des Herrn Berichterstatters darauf hingewiesen, daß es gegenwärtig bei der Höhe des Objectes und bei den schlechten Finanzen der Stadt unmöglich sei, diese weitgehenden Forderungen zu berücksichtigen. Wir haben dem nachgegeben und eingesehen, daß die Erfüllung unserer Forderung im laufenden Jahre unmöglich war, stellten aber in Aussicht, daß wir bei Beratung des diesjährigen Etats mit unserm Antrag wiederkommen würden. Da inzwischen, wie ich schon zum Ausdruck brachte, angekündigt wurde, daß zu erwarten war, daß sowieso reichsseitig zu den Schullasten beigetragen würde, daß eventuell die Übernahme der gesamten Kosten auf das Reich bevorstehen könne, haben wir uns entschlossen, mit unserm Antrage noch zu warten. Nachdem nun aber Herr Stadtrat Schaper die Erklärung abgegeben hat, daß über diese Sache bisher nichts verlautet, daß man im Räte nicht weiß, wie sie ausfallen werde, bin ich der Meinung, daß in der Viesierung der Lernmittel etwas geschehen muß. Wie die Dinge liegen, handelt es sich bei der fortwährenden Preissteigerung für alle möglichen Dinge hier auch mit um eine Teuerung der ganzen Lernmittel, die ganz ungeheuerlich im Preise gestiegen sind. Besonders der Preis der Schreibhefte hat eine Höhe erreicht, daß es einzelnen Familien schwer fällt, die Kosten dafür zu bestreiten, und besonders dieser Umstand führt uns dazu, diesen Antrag zu stellen. In den meisten Bürgerschulen wird gleich von Beginn der Schulpflicht an mit dem Gebrauch des Schreibheftes vorgegangen, und man hat feststellen müssen, daß ein Drittel des Platzes für die Randbemerkungen des Lehrers vorbehalten wird und nur zwei Drittel als Schreibraum für die Kinder benutzt werden kann. Das ist eine grundsätzliche Verschwendung von Papier. Es kommt hinzu, daß die Art der Linierung vorgeschrieben ist und auch darin Papier gespart werden könnte. Richtig wäre es vielleicht auch, daß in ein Heft mehr Bogen eingestekt werden, so daß der Umschlag längere Zeit verwendet werden könnte. Jetzt ist es einzelnen Familien überlassen, die Hefte zu kaufen, und sie werden hier und dort von ihnen bezogen. Da wäre zu wünschen, daß von der Stadt aus Mittel vorgestreckt würden, um die Bücher und Hefte im großen zu kaufen und sie dann zum Selbstkostenpreise an die Kinder abzugeben. Ich bin der Meinung, daß dadurch eine Verbilligung eintreten würde. Dann könnte man auch die Bücher einheitlich in sparsamer Weise gestalten. Heute sind die Hefte durch die Fabrikanten so eingerichtet, daß recht viele davon verbraucht werden. Durch eine städtische Regelung könnte

Papier gespart werden, und der Nutzen, der den privaten Händlern zukommt, würde wegfallen. Auch die Lesebücher im großen zu beziehen, würde sich empfehlen, damit sie preiswerter abgegeben werden können, als das heute der Fall ist. Ich bin der Meinung, daß ein solches Vorgehen möglich sein müßte, und möchte mit meinem Antrage die Anregung dazu geben, daß der Rat der Stadt in dieser Beziehung bahnbrechend vorgeht und eine Verbilligung der Anschaffungskosten für Schüler und Eltern geboten wird, indem in dieser Frage einheitlich vorgegangen wird.

Der Vorsitzende überweist den Antrag der Schulkommission zur Vorberatung.

18. Anfrage **H. Kiefe**, betreffend die Anlage einer Wasserzapfstelle für die Schrebergärten auf dem Franzschen Felde.

Stadtvt. **H. Kiefe**: Die Anlage einer Wasserzapfstelle für die Schrebergärten auf dem Franzschen Felde hat uns hier schon einmal beschäftigt. Es wurde damals zuerst vorgesehen, einen Brunnen anzulegen, und als das zu teuer wurde, kam man überein, eine Zuleitung durch die Wasserleitung anzulegen und einen Brunnenring aufzustellen, von wo die Pächter der Schrebergärten Wasser holen könnten. Es ist jetzt bald der Sommer gekommen, und die Pächter haben ihre Gärten bestellt. Bis heute ist in diesem Jahre ja noch Regen genug niedergegangen, aber wenn die trockene Zeit des Jahres kommt, wird die Sache für die Schrebergartenbesitzer brenzlich werden. Deshalb werde ich öfter gefragt: Kriegen wir denn nun eine Wasserleitung dorthin oder nicht? Ich möchte die Ausführung der Sache nochmals anregen und anfragen, wie weit sie gediehen ist.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Nachdem die Mittel für die Herrichtung einer Wasserzapfstelle auf dem Franzschen Felde bewilligt waren, ist das Betriebsamt sofort beauftragt, die Anlage herzurichten. Vor acht Tagen habe ich mich danach erkundigt, ob die Zapfstelle fertig sei, und es wurde mir darauf geantwortet, es solle am nächstfolgenden Montag damit begonnen werden, sie anzulegen. Wenn das zutreffend ist, müßte die Anlage jetzt im Bau sein, und ich nehme an, daß das der Fall ist. Ich werde mich aber noch heute davon überzeugen, ob die Arbeiten im Gange sind — wenn nicht, dann werde ich sie beschleunigen lassen.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 5³/₄ Uhr.